

die internationale
theorie

**Arbeiterkontrolle der
Produktion**

DM 5,-
Heft 26

Inhalt:

Arbeiterkontrolle: Herzstück einer strategischen Orientierung <i>Daniel Berger</i>	3
Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung <i>Ernest Mandel</i>	8
Über Arbeiterkontrolle der Produktion - Brief an Genossen <i>Leo Trotzki</i>	28
Gegen die Widersacher der Losung der »Kontrolle der Produktion« (Neuer Brief an die Well-Gruppe) <i>Leo Trotzki</i>	32
Arbeiterkontrolle <i>Ernest Mandel</i>	33
Verstaatlichte Industrie und Arbeiterkontrolle <i>Leo Trotzki</i>	35

Herausgeber: Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB) - IV. Internationale, September 2000

Redaktion: Gerlef Gleiss (verantwortlich), Axel Senkrecht, Harry Tuttle, Andy Byte

Bestellungen: Gerlef Gleiss, Steinwegpassage 6, 20355 Hamburg
Tel/Fax: 040 34 45 71
Je Exemplar DM 5,-, bei Sammelbestellungen ab 5 Expl. DM 4,-

Überweisungen: Gerlef Gleiss; KtoNr.: 250 183 202, Postbank Hamburg,
BLZ: 200 100 20; Vermerk: Internationale Theorie

Kontakt zum RSB: RSB; Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24
68159 Mannheim
www.rsb4.de
buero@rsb4.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Daniel Berger

Arbeiterkontrolle: Herzstück einer strategischen Orientierung

„Kontrolle der Arbeiter und Bauern über die Produktion“, „Arbeiterkontrolle über die Industrie“ oder kurz „Arbeiterkontrolle“ sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts kaum geläufige Begriffe. Sie erscheinen vielen als überholte Kategorien und als untaugliches Konzept, um auf die Herausforderungen der „Moderne“ oder der globalisierten „Neuen Wirtschaft“ zu reagieren. Wenn die Arbeiterklasse in den großen Industriebetrieben, zumal die „Handarbeiter“, im Verhältnis zu den Dienstleistungsbetrieben oder zu „den“ Angestellten immer weniger werden, welche Orientierung bietet dann das Konzept „Arbeiterkontrolle über die Produktion“?

* * *

In der Geschichte der proletarischen Revolution des 20. Jahrhunderts spielt die Arbeiterkontrolle eine bedeutende, in einigen Fällen eine zentrale Rolle (vor allem in Russland und Spanien). In vorrevolutionären oder revolutionären Prozessen taucht das Bestreben nach Arbeiterkontrolle immer wieder spontan oder „halbspontan“ auf, manchmal von revolutionären Kräften in langjähriger Propagandaarbeit (und in der revolutionären Phase durch intensive Agitation) vorbereitet. Im Prozess der revolutionären Bewusstwerdung nimmt sie durchweg eine Schlüsselstellung ein und zwar fast immer in Verbindung mit dem Rätegedanken sowie mit dem Bestreben nach (bewaffneter) Selbstverteidigung.

Die konkreten Forderungen, die entlang dieser Achse - oder sagen wir in dieser Logik - aufgestellt wurden, erwiesen sich in fortgeschrittenen Phasen des revolutionären Prozesses als extrem mobilisierungsfähig und gleichzeitig als systemsprengende Lösungen.¹ Nicht zufällig hat das Konzept Arbeiterkontrolle in der revolutionär marxistischen Programmatik einen hohen Stellenwert, im besonderen in den programmatischen Schriften und der methodischen Herangehensweise der IV. Internationale.

Die Forderung nach Kontrolle der ArbeiterInnen über die Produktion geht von dem unversöhnlichen Gegensatz zwischen der kapitalistischen Produktionsweise auf der einen Seite und einer Wirtschaftsweise im Interesse der ArbeiterInnenklasse auf der anderen Seite aus. Sie zielt nicht auf Beteiligung der ArbeiterInnen an den (einzel-)betrieblichen Entscheidungen im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaft (welche Investitionen, welche Produkte, welche Preisbildung). Wer die Arbeiterkontrolle im Sinn hat, lehnt jegliche Verantwortung für das wirtschaftliche Gelingen eines Betriebes ab, weil die irrationalen kapitalistischen Produktionsverhältnisse über den Markt gesteuert werden und damit nicht nur an den wirklichen Bedürfnissen der Menschen vorbeiproduzieren, sondern zwangsläufig zu Betriebsschließungen, Entlassungen usw. führen.

Arbeiterkontrolle geht stattdessen vom Gedanken des

Vetos aus, der Blockierung von Entscheidungen, die sich gegen die ArbeiterInnen richten, sie sagt (noch) nicht, welche Einzelentscheidungen der Betrieb und vor allem welcher Plan für die Gesamtwirtschaft gelten sollen. Sie zielt zwar auf vollständige Information („Offenlegung der Bücher“), sagt aber nicht **wie** (etwas laufen soll), sondern zunächst einmal im wesentlichen **„so nicht!“**. Die Logik der Arbeiterkontrolle ist also eine Achse, die mit ihrer Durchsetzung den Übergang von der kapitalistischen Produktionsweise zu einer sozialistischen weist und ist so ein ganz wesentlicher Baustein in einem revolutionären Übergangsprogramm.

Aber die Arbeiterkontrolle wird in einer wirklichen sozialistischen Gesellschaft, in einer vergesellschafteten Produktion nicht etwa überflüssig, sondern wird hinüberwachsen in eine tatsächliche Planung aller gesellschaftlichen Bereiche durch die Betroffenen selbst. Das Räte-system baut somit ganz naturwüchsig auf den Elementen der Arbeiterkontrolle sowie auf den dort gemachten Erfahrungen auf, geht aber grundsätzlich über die Lösung „so nicht“ hinaus. Denn unter den Bedingungen einer gesamtgesellschaftlichen Planung (nicht nur der Produktion, sondern auch der Verteilung, der Bildungsplanung, der Gesundheitsversorgung usw.) werden wirtschaftliche Entscheidungen nicht mehr unter den Bedingungen einer irrationalen Produktionsweise getroffen werden. Die KollegInnen stehen dann nicht unter dem Damoklesschwert „unrentabler“ (einzelbetrieblicher) Entscheidungen mit den im Kapitalismus üblichen Konsequenzen von Lohnkürzungen, Entlassungen und dergleichen mehr.

Mit welchen organisatorischen Instrumenten die ArbeiterInnenklasse und speziell die Arbeitervorhut für die Perspektiven der Arbeiter(produktions)kontrolle kämpft ist eine vollkommen zweitrangige Frage. In Deutschland beim heutigen Stand der von der ArbeiterInnenklasse anerkannten „Institutionen“ wäre es auf absehbare Zeit mehr als fahrlässig, das Organ Betriebsrat nicht zu nutzen. Die Möglichkeit der Informationsbeschaffung, Informationsverbreitung, aber auch die Möglichkeiten, mit den Mitteln des Betriebsrates Sand ins Getriebe der kapitalistischen Rationalisierungsvorhaben zu streuen, können von klassenkämpferischen Elementen nur unter dem Vorzeichen eines extremen Sektierertums außer acht gelassen werden. Heute, in den eher ruhigen Zeiten, ist der Betriebsrat zwar meist eine Instanz der Klassenzusammenarbeit, doch sie spiegelt hier nur den aktuellen Stand des Bewusstseins wider. Wie die ArbeiterInnen und speziell die Arbeitervorhut unter veränderten politischen Verhältnissen (also bei sich zuspitzenden Klassenkämpfen) dieses Instrument nutzen, ist eine ganz andere Frage.

Drei Einwände gegen die Arbeiterkontrolle

Die ersten beiden Einwände, die manche gegen die Perspektive der Arbeiterkontrolle vorbringen, lauten: Heu-

te zieht ein solcher Gedanke nicht, weil erstens die meisten Lohnabhängigen keine ArbeiterInnen mehr sind (und es auch nicht sein wollen) und weil zweitens unter den Bedingungen der Neuen Ökonomie, des Internet, des e-commerce und der Dienstleistungsgesellschaft solche Konzepte auch objektiv nicht mehr greifen.

ad 1. Unter ArbeiterInnenklasse verstehen wir - ganz im Sinne Friedrich Engels' - alle Lohnabhängigen, also all die Menschen, die zur Erhaltung eines (einigermaßen) menschenwürdigen Lebensstandards (bei einem gegebenen Stand der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung) gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Hier gehört der Postbeamte genauso dazu wie der Ingenieur in der Industrie, der Lehrer genauso wie die Sachbearbeiterin auf dem Sozialamt. Entscheidend ist auch nicht, ob diese Kolleginnen und Kollegen sich selbst als ArbeiterInnen begreifen oder ob sie überhaupt denken, dass es so etwas wie eine ArbeiterInnenklasse gibt. Entscheidend ist ihre Stellung in dieser Gesellschaft, denn das ist die Grundlage dafür, dass sie bei einer sich zuspitzenden Gesellschaftskrise für fortschrittliche Lösungen (und gegen die Reaktion) gewonnen werden können. Entgegen vielen oberflächlichen Betrachtungen nimmt der Anteil der ArbeiterInnenklasse an der Gesamtbevölkerung weiter zu. In den OECD-Ländern (also den führenden Industrieländern) beträgt ihr Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung zwischen 70 und 92 Prozent, in der Gruppe der G 7 - Staaten zwischen 84% und 92%.

ad 2. Kern der kapitalistischen Produktionsweise ist die Warenproduktion. Gibt es keine Waren, die produziert und auf dem Markt getauscht werden, kann sich das Kapital nicht verwerten. Auch wenn die Produktivität heute auf einem so hohen technischen Stand ist, dass nur ca. 1/3 aller Lohnabhängigen in der Produktion beschäftigt sind (1998 knapp 11,5 Millionen; die Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe betrug 1998 34,7% des BSP; Quelle Jahrbuch 1998 des Statistischen Bundesamtes), so bleibt doch die unumstößliche Tatsache, dass der Mehrwert, also die Quelle aller Profite im Kapitalismus, nur in der Produktion entsteht, also dort, wo der Neuwert aufgeteilt wird in Mehrwert (der sich in Profit verwandelt) und in Lohn. Welche Teile des Mehrwerts sich davon wie auf welche Teile der Bourgeoisie, der „besitzenden Klasse“ (also diejenigen, die nicht gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen) verteilen, ist dabei unerheblich. Findet die Mehrwertproduktion nicht mehr statt, können alle Finanzjongleure des Casinokapitalismus, alle AktienbesitzerInnen von Internet-Firmen und e-commerce-Häusern noch so geschickt operieren: Ihnen wird in kürzester Zeit die Puste ausgehen.

Gegen alle SkeptikerInnen in Sachen Arbeiterkontrolle und gegen alle oberflächlichen BetrachterInnen des „Shareholder-Kapitalismus“ behaupten wir im Gegenteil, dass gerade im Zeitalter der Globalisierung und der Just-in-Time-Produktion das Kapital im Produktionsbereich so wirksam zu treffen ist wie an keiner anderen Stelle. Nicht zuletzt die erfolgreiche Gegenwehr der

Opel-Belegschaft in Bochum vom Juni 2000 hat gezeigt, wer über die entsprechenden Machtmittel verfügt, das Kapital in die Knie zu zwingen: Nach der Ankündigung der Ausgliederung von Betriebsteilen in ein Gemeinschaftsunternehmen mit FIAT trat die Belegschaft in den Streik. Noch keine 48 Stunden später standen andere Werke des GM-Konzerns still, weil Zulieferteile aus Bochum fehlten. Das Kapital musste nachgeben und den Beschäftigten die Beibehaltung ihrer bisherigen Vertragsbedingungen zugestehen.

Dennoch: Grundsätzlich sind alle Branchen letztendlich miteinander verquickt. Die totale Vernetzung der gesamten kapitalistischen Ökonomie aufgrund der alles durchdringenden Wirkung des Wertschöpfungsprozesses wird schließlich bei jeder internationalen Finanzkrise überdeutlich („Mexikokrise“, „Asienkrise“, „Brasilienkrise“). Deswegen: So zentral der Nerv der kapitalistischen Wirtschaft in der Produktion zu treffen ist, auch in den anderen Sektoren der Wirtschaft kann und sollte das Konzept der Arbeiterkontrolle Leitmotiv für eine konsequente Durchsetzung von Arbeiterinteressen sein.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die ArbeiterInnenklasse ist die Beherrscherin des Produktions- und Verteilungsprozesses der Güter (im Kapitalismus der Waren) und Dienstleistungen. Dies ist die Keimzelle der Wirtschaft und damit Dreh- und Angelpunkt der herrschenden Gesellschaftsordnung. Es können sich „ideologisch“, „kulturell“, allgemein politisch noch so viele Dinge ändern: Sie bleiben zweitrangig, vorübergehend (jederzeit wieder einholbar), wenn die Arbeiterkontrolle über die Produktion nicht erkämpft ist und die ArbeiterInnenklasse nicht auf diesem Weg die Machtfrage zu ihren Gunsten gelöst hat.

Der dritte Einwand, der hin und wieder geäußert wird, bezieht sich auf die zweifellos vorhandene Ruhe an der Front des Klassenkampfes. Anders ausgedrückt: Wenn die Achse der Arbeiterkontrolle ein zentraler Baustein in einem Übergangsprogramm ist, wenn ihre Logik auf die Überwindung dieser Gesellschaft ausgerichtet ist, die Kolleginnen und Kollegen aber gar nicht in solche Art von Kämpfen verwickelt sind und verwickelt sein wollen (sie gar nicht das Bewusstsein haben, dass eine andere Gesellschaft besser wäre usw.): Wie soll dann die Propagierung solcher Losungen auf fruchtbaren Boden fallen? Ist das nicht zumindest heutzutage ein abgehobenes Konzept, das gar nicht greifen kann?

Wer nicht von einem statischen Geschichtsverständnis ausgeht, sondern tatsächlich Lehren aus der Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft und des Klassenkampfes zieht, der/die wird an der Erkenntnis nicht vorbeikommen, dass die Entwicklung hin und wieder sehr schnell gehen kann, dass bestimmte „molekulare Prozesse“ (wie Trotzki sie nennt) der Bewusstseinsveränderung in der ArbeiterInnenklasse zuweilen auch unter der Oberfläche stattfinden und neue Bewegungen möglich machen, die oft nur eines scheinbar zweitrangi-

gen Anlasses bedürfen. Bei aller gebotenen Vorsicht, was den Vergleich zwischen zwei politisch so verschiedenen Ländern wie Frankreich und Deutschland angeht, so wollen wir doch auf die „Plötzlichkeit“ der Eruption des „französischen Mai '68“ verweisen. Noch eine Woche vor den ersten Demonstrationen vom 3. Mai im Quartier Latin mokierte sich die bürgerliche *Le Monde* über die französischen Studenten, die sich nur um „die Einrichtung gemischter Studentenwohnheime, Besuchserlaubnisse etc.“ kümmerten. An einen Streik, gar einen Generalstreik hatten nicht nur die Bürgerlichen keinen Gedanken verschwendet: Auch die (stalinistische) KPF hatte nichts anderes zu tun als die Studenten zu beschimpfen und die ArbeiterInnen zur Ruhe (und zur Arbeit) zu mahnen.

Am 13. Mai brach der größte Generalstreik der neueren Geschichte aus, in seiner Breite nur noch übertroffen vom „schleichenden Mai“ in Italien, nämlich der Streikbewegung vom Herbst 1969. Gesellschaftliche Krisen sind selten langfristig vorhersehbar, auch MarxistInnen können sich nicht „planmäßig“ darauf vorbereiten oder sie gar „herbeiagitieren“. Aber wir müssen grundsätzlich auf solche Entwicklungen vorbereitet sein und wir müssen mit möglichst vielen Kräften „am Puls“ der ArbeiterInnenklasse hängen, ihre Regungen und Bewegungen verfolgen und damit verbunden sein, um frühzeitig die Möglichkeiten und die Richtung ihrer Bestrebungen zu erkennen. Nur dann kann man in organisierter Weise Einfluss nehmen und mit dazu beitragen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Denn:

Gerade im Mai '68 hat sich die Unzulänglichkeit der „spontanen Revolte“ erwiesen. Die Arbeiterbewegung war politisch nicht ausreichend bewaffnet und es gab keine starke organisierte revolutionäre Kraft, die für eine positive Lösung der Krise (sprich die Überwindung des Kapitalismus) eingetreten wäre.

Wenn in der Masse der Belegschaften nicht mal im Ansatz die Idee der Durchsetzung von Arbeiterinteressen gegen die Kapitalinteressen verankert ist, keine ersten Erfahrungen mit Elementen der Arbeiterkontrolle vorhanden sind, wie soll in einer gesellschaftlichen Krise, selbst bei einem Generalstreik, die Perspektive der Überwindung des Kapitalismus sich mehrheitlich durchsetzen? Gerade weil die Erfahrungen der Räte von Saclay², der Volksmacht in Nantes³ nur sehr begrenzt waren, kann man vom Mai '68 nur von einer Revolte, bestenfalls von einer vorrevolutionären Situation sprechen.

Für uns geht es heute um zweierlei:

- die Ausarbeitung und Klarstellung unsrer Methode, unsrer strategischen Ausrichtung (keine Verantwortung für das „wirtschaftliche“ Gelingen innerhalb des Kapitalismus übernehmen) und das Einüben in die Logik eines konsequenten Arbeiterkampfes. Dies erfordert eine ständige theoretische Schulung, aber auch eine politische Anstrengung der Konkretisierung (oder, wenn man so will, der „Aktualisierung“)
- die Vermittlung dieser Methode zumindest an eine breitere Schicht von klassenbewussten ArbeiterInnen.

Gerade unser Verhalten als Betriebsräte ist dabei von ganz besonderer Bedeutung: Was ist das Leitmotiv unsrer Aktivitäten im Betrieb (BR, VK)? Und: Wie treten wir als Partei (etwa mit Flugblättern vor dem Betrieb) gegenüber den KollegInnen auf?

Wenn die revolutionären MarxistInnen sich und die Menschen, die sie erreichen können, nicht darauf vorbereiten, nicht helfen sich in die Denkwiese der Arbeiterkontrolle „einzuüben“, dann haben sie ihr politisches Erbe verspielt.

Wir wollen aber nicht die Illusion verbreiten, als könne man durch intensive Propaganda eine Bewegung für die Arbeiterkontrolle lostreten. Kein Geringerer als Leo Trotzki, Vorsitzender des Petersburger Sowjets von 1905 und 1917 und derjenige, der sich am ausführlichsten dazu geäußert hat, schreibt:

„Die Losung der Arbeiterkontrolle gehört im großen und ganzen der gleichen Periode an wie die Schaffung von Sowjets [Räten]. Aber auch das darf nicht mechanisch verstanden werden. Besondere Bedingungen können die Massen sehr viel früher zur Produktionskontrolle bringen, als sie bereit sind, an die Schaffung von Sowjets heranzugehen.

Brandler und sein linker Schatten - Urbahns - haben die Losung der Produktionskontrolle unabhängig von der politischen Situation aufgestellt. Das hat nichts gebracht als die Diskreditierung der Losung selbst. Dennoch wäre es unrichtig, auf die Losung jetzt, unter den Bedingungen der heraufziehenden Krise [1932], zu verzichten, bloß deshalb, weil es noch keine Massenoffensive gibt. Für die Offensive selbst braucht man Losungen, die die Perspektive der Bewegung festlegen. Eine Periode der Propaganda muss dem Eindringen der Losung in die Massen unvermeidlich vorausgehen.

Die Kampagne für die Arbeiterkontrolle kann je nach den Umständen unter dem Gesichtspunkt der Produktion oder unter dem des Konsums eingeleitet werden...“⁴

Auch heute - und gerade heute - wäre nichts schlimmer als sich vor das Fabriktor zu stellen und zu rufen: „Arbeiterkontrolle!“ Die Losungen, die jeweils geeignet sind, Bewegungen zu fördern, hängt von der konkreten Lage ab. Aber die Orientierung, wo wir hinwollen, muss klar sein. Noch einmal Trotzki:

„Die politische Rückständigkeit der amerikanischen Arbeiter ist sehr groß. Dies ist der Ausgangspunkt für unsere Aktivität. Das Programm muss die objektiven Aufgaben der Arbeiterklasse eher ausdrücken als die Rückständigkeit der

Arbeiter. Es muss die Gesellschaft widerspiegeln so wie sie ist und nicht die Rückständigkeit der Arbeiterklasse. Es ist ein Werkzeug, die Rückständigkeit zu überwinden und zu besiegen. Deshalb müssen wir in unserem Programm die ganze Schärfe der sozialen Krise der kapitalistischen Gesellschaft ausdrücken, einschließlich in erster Linie die der Vereinigten Staaten. Wir können die objektiven Bedingungen - die nicht von uns abhängen - nicht aufschieben, modifizieren. Wir können nicht garantieren, dass die Massen die Krise lösen werden, aber wir müssen die Lage ausdrücken, wie sie ist, und das ist die Aufgabe des Programms.

Eine andere Frage ist, wie man dieses Programm den Arbeitern darlegt. Das ist mehr eine pädagogische Aufgabe und Frage der Terminologie, wie man den Arbeitern die aktuelle Lage darlegt...“⁴⁵

Keine Blaupause

Die strategische Orientierung an dem Konzept Arbeiterkontrolle knüpft an den Erfahrungen an, aber daraus lässt sich kein fester Katalog von hierarchisch gegliederten Forderungen (oder in der Abfolge zeitlich festgelegter Schritte oder gar Formulierungen) auflisten und „herunterbeten“. Arbeiterkontrolle ist „von Natur aus“ kein „geregelter Zustand“, der also in Gesetzen, Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen kodifiziert wird. Sie lässt sich auch nicht - wie dies bei den Vorstellungen der ReformistInnen vorherrscht - stufenweise langsam ausdehnen. Es kann mit den Mitteln der Arbeiterkontrolle auch keine „befreiten Gebiete“ (oder sozialistische Inseln im Kapitalismus) geben. Deswegen lehnen revolutionäre MarxistInnen auch die Parole der Arbeiterselbstverwaltung innerhalb einer kapitalistischen Wirtschaft strikt ab (siehe dazu auch den entsprechenden Abschnitt in dem nachfolgenden Text von Ernest Mandel).

Und selbst da, wo ganz eindeutig Elemente der Arbeiterkontrolle im Kampf durchgesetzt wurden, sind sie keine „sichere Errungenschaft“. Sie sind grundsätzlich der Gefahr der Restauration der alten Verhältnisse ausgesetzt, denn ihre Logik ist die der Etablierung einer Doppelherrschaft, was per se kein Zustand auf Dauer sein kann. In der Geschichte hat dies bestenfalls Monate gehalten, dann muss sich die eine oder andere Seite durchsetzen.

Die Arbeiterkontrolle ist - im Gegensatz zur reformistischen Illusion der Wirtschaftsdemokratie oder des Co-Managements - eine Kampf- und Mobilisierungsperspektive. Sie ist also ein dynamisches Element, in ihrer voll entfalteten Form eine wesentliche Achse zur Eroberung der Macht durch die ArbeiterInnenklasse.

Das Konzept der Arbeiterkontrolle ist also nicht zu trennen vom marxistischen Verständnis des bürgerlichen Staates. Auf der Ebene des Staates, also der politischen Macht, wird der Kampf für eine andere, eine menschliche Gesellschaftsordnung entschieden. Dies kann nicht

ohne breiteste Beteiligung der ArbeiterInnenklasse (des historischen Subjekts, wie Marx es ausdrückt) und ohne Organisation gelingen. Und ohne Planung und ohne Herrschaftsabsicherung (gegen die Bestrebungen der früher herrschenden Klasse) wird der Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung nicht gelingen. Für all diese Ebenen ist die Arbeiterkontrolle eine ganz zentrale Lerninstanz. Hier werden nicht nur Fakten geschaffen, hier entsteht z. B. das Bewusstsein für die Notwendigkeit betriebsübergreifender Planung, für die Notwendigkeit der Beteiligung aller Betroffenen, für die organisierte Selbstverteidigung usw.

Über den Betrieb hinaus: zwei Sonderaspekte

Das Leben ohne die Direktiven der KapitalistInnen und ohne die Einmischung des bürgerlichen Staates selbst zu organisieren, hat die selbständige Klassenaktivität immer wieder auch außerhalb der Betriebe beherrscht, etwa da, wo es nach dem zweiten Weltkrieg darum ging, Lebensmittel, Brennstoffe usw. vollkommen unabhängig von den Mechanismen der Marktgesetze zu „besorgen“ und zu verteilen. Nicht zufällig waren dies gerade auch diejenigen Kräfte, die am vehementesten für die Sozialisierung der Großindustrie eingetreten sind.

Aus der „neueren Zeit“, den 70er Jahren datieren Ereignisse, die auf weitere Aspekte verweisen:

1. Der Streik der ArbeiterInnen von LIP (Uhrenfabrik in Besançon, Frankreich) 1973 hat gezeigt, wie wichtig es ist, im Kampf für die Durchsetzung von Arbeiterinteressen die ArbeiterInnenklasse in anderen Regionen und gleichzeitig auch die Stadt (d. h. auch andere Bevölkerungsschichten) einzubeziehen. Leider konnte die ArbeiterInnenklasse auf nationaler Ebene nicht für eine breite Unterstützung des Kampfes gewonnen werden, so sehr die Revolutionäre (nicht zuletzt die französische Sektion der Vierten Internationale) sich auch darum bemüht haben.

Die Mobilisierung der Stadt ist der LIP-Belegschaft allerdings sehr gut gelungen und nur so konnte sie den Betrieb monatelang besetzt halten. Die Ausdehnung des Kampfes lag in der Dynamik der Arbeiterkontrolle, die die Kolleginnen und Kollegen von LIP in der Praxis umsetzten. Ausgangspunkt war die drohende Entlassung von 400 bis 500 Beschäftigten. Unter den damaligen politischen Kräfteverhältnissen ist es aber nicht gelungen, andere Betriebe der Stadt zur Nachahmung zu bewegen oder in anderen Werken der Uhrenindustrie in Frankreich und der Schweiz breite Solidaritätsstreiks zu organisieren.

So blieb der Belegschaft nach einiger Zeit nichts anderes übrig als die Produktion unter eigener Regie zu organisieren und sich einen „Arbeiterlohn mit aufgeteiltem Mehrwert“ auszuzahlen. Dies war aber ausschließlich als politische Kampfmaßnahme gedacht. Charles Piaget, Sprecher des Streikrates von LIP, erklärte dazu: Was wir hier machen ist keine Selbstverwaltung, son-

dem eine Selbstverteidigung.⁶

Das Gegenbeispiel zu dieser politisch vollkommen korrekten Orientierung war die Erfahrung, die bei *Manuest* gemacht wurde, wo die neuen Fabrikdirektoren (ehemalige CFDT-Delegierte, also das, was grob gesagt unseren Betriebsräten entspricht) die Entlassung der neuen CFDT-Delegierten vorschlugen.⁷

Wir sind aufgrund aller Erfahrungen in der Geschichte davon überzeugt, dass die ArbeiterInnen die Selbstverwaltung ohne Planwirtschaft ausschließlich bei ihren eigenen politischen, gewerkschaftlichen, sozialen und kulturellen Organisationen umsetzen können und müssen.

2. Der gesellschaftliche Zusammenhang eines betrieblichen Konflikts kann aber auch noch auf einer weiteren Ebene existieren: Während der portugiesischen Revolution 1974/75 setzte die Belegschaft der Zeitung *Republica* (der PS nahestehend) ihr Verständnis von Arbeiterkontrolle auf eine ganz besondere Weise um: Sie kontrollierte nicht nur den Betrieb, sie kontrollierte auch den Inhalt der Zeitung, mit deren klassenversöhnlicher Linie sie nicht einverstanden war. Sie hatte das Bestreben - zusammen mit den anderen fortgeschrittenen Sektoren der portugiesischen ArbeiterInnenklasse - mit der bürgerlichen Ordnung insgesamt zu brechen, eine Orientierung, die von der PS nicht geteilt wurde.

In dem Moment aber, in dem mit der faktischen Ausschaltung der Parteipresse einer anderen Partei (in dem Fall einer Partei, die von weiten Teilen der Klasse zumindest damals als eine Arbeiterpartei begriffen wurde) werden Grundsatzrechte der Arbeiterdemokratie und der sozialistischen Demokratie verletzt. Statt das Recht auf Gegeninformation zu fordern und durchzusetzen liefen die ArbeiterInnen von *Republica* mit ihren Zensurmaßnahmen de facto in eine Falle und vertieften die Kluft zu den ArbeiterInnen, die sich an der PS orientierten, statt sie politisch zu überzeugen.⁸

Elemente der Arbeiterkontrolle

Eine schöpferische Anwendung der Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung wird immer wieder neue Formen und „Anwendungsgebiete“ finden, auf denen der Gedanke der Arbeiterkontrolle zum Tragen kommen wird. Es ist deshalb müßig, eine erschöpfende Liste von „Parolen“ erstellen zu wollen. Die folgenden Beispiele sollen also nur die entsprechende Logik zu Ausdruck bringen.

- Offenlegung der Bücher (Weg mit dem „Geschäftsgeheimnis“); speziell: Kontrolle des „Cashflow“ (also des sogenannten „Bruttoertrags“), des Ertragswerts und des „Nettoertrags“ (also nach Steuern)
- Offenlegung aller Bankkonten von kapitalistischen Unternehmen
- Vetorecht bei Entlassungen, Lohnkürzungen etc.
- Kontrolle der „Bandgeschwindigkeiten“ (Veto gegen jegliche Beschleunigung des Rhythmus; Kontrolle der Arbeitsbedingungen etc.)

- Kontrolle über die Bedingungen der Arbeitssicherheit; gerade in diesem Bereich lässt sich sehr gut auch heute schon die Logik der Arbeiterkontrolle vermitteln, indem man keine Verantwortung für die Inbetriebnahme bestimmter Stoffe übernimmt, indem man aber bei Gefahrstoffen oder bestimmten Arbeitsverfahren ganz klar sagt: So nicht!
- Kontrolle (also Vetorecht) darüber, was produziert wird, wie produziert wird
- Kontrolle der Abnehmer (etwa bei „dual use-Produkten, also Waren, die auch militärisch einsetzbar sind)
- Kontrolle der Medien (gegen ein Meinungsrecht, das im Kapitalismus de facto den Besitzenden vorbehalten ist; freier Zugang für alle Strömungen der Arbeiterbewegung)
- Kontrolle der Umweltverschmutzung (besonders aller Emissionen und Immissionen)
- Kontrolle aller Maßnahmen im Gesundheitswesen, im Bildungssektor usw.

Anmerkungen:

¹ Vgl. dazu die vielfältigen Erfahrungen, die in der von Ernest Mandel herausgegebenen Anthologie aufgeführt werden: *Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiter-selbstverwaltung*, Frankfurt/Main, 1971 (vergriffen)

² Vgl. „Räte in Saclay? Räte in Turin“ Verlagskooperative Trikont, o. J. (1969)

³ Vgl. dazu das Heft Nr. 2 der *internationale theorie* „Mai 68 Frankreich“, zu bestellen über die Redaktionsadresse.

⁴ Leo Trotzki: *Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats* (27. 1. 1932), abgedruckt in Leo Trotzki *Schriften über Deutschland*, herausgegeben von Helmut Dahmer, Ffm 1971 (EVA), S. 289.

⁵ Leo Trotzki: *Diskussion über das Übergangsprogramm* (19. 5. 1938) *Writings of Leon Trotsky 1938-39*, New York 1969, die Übersetzung wurde entnommen der Broschüre: Trotzki: *Übergangsprogramm der 4. Internationale, Schriften zum Programm, Zur Geschichte der 4. Internationale*, Essen, o. J. (Verlag Ergebnisse und Perspektiven)

⁶ „LIP ce n'est pas l'autogestion, c'est l'autodéfense“, zitiert nach der Broschüre, die die GIM, die damalige deutsche Sektion der Vierten Internationale damals herausgegeben hat. (vergriffen)

⁷ René Yvetot: *Sur quelques problèmes du contrôle ouvrier* in *Critique Communiste*, Nr. 17 (September 1977)

⁸ Zu den Grundfragen der sozialistischen Demokratie und den Maßstäben, die in der Arbeiterbewegung (vor und nach der Revolution) gelten sollten, vgl.: *Für Räte-demokratie und Arbeiterselbstverwaltung. Thesen der Vierten Internationale*, XII. Weltkongress der Vierten Internationale (1985), für 4.- DM über die Redaktionsadresse zu beziehen.

Zur Literatúrauswahl

Der Text *Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung* von Ernest Mandel erschien zum ersten Mal 1971 auf Deutsch. Wir haben die Übersetzung so belassen (sie war damals von E. M. autorisiert), auch wenn an einigen (wenigen) Stellen der Satzbau im Deutschen hätte übersichtlicher sein können. Nur an 3 Stellen haben wir die Übersetzung korrigiert, dort, wo es sich um eindeutige Übersetzungsfehler handelte (z. B. da, wo für das französische *fonctionnaire* im Deutschen „Beamter“ und nicht „Funktionär“ stehen muss)

Der erste Text *Über Arbeiterkontrolle der Produktion* von Trotzki gehört zu den Standardtexten, die der „Alte“ zu diesem Thema vor allem in den Jahren 1931-32, aber auch 1936-38 geschrieben hat. Der zweite Text (*Gegen die Widersacher der Losung »Arbeiterkontrolle der Produktion«*) ist schon etwas weniger geläufig. Er erscheint uns als Ergänzung sehr gut geeignet.

Ernest Mandel**Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung**

Jeder umfassendere Kampf der Arbeiter, der über Sofort- und korporative Ziele hinausgeht, wirft das Problem von Organisationsformen des Kampfes auf, die im Keim die Infragestellung der kapitalistischen Herrschaft enthalten. Der preußische Minister von Puttkamer hatte nicht unrecht, als er den berühmten Satz aussprach: »Jeder Streik birgt die Hydra der Revolution in sich.«

Ein Streik um ökonomische Sofortforderungen zielt vom Standpunkt derjenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen, lediglich auf eine bessere Aufteilung des von ihnen geschaffenen Werts zwischen Arbeitern und Unternehmern, die sich davon einen Teil aneignen. Aber auch ein solcher Streik, sofern er entschlossen und kämpferisch geführt wird, stellt Teile der kapitalistischen Herrschaft in Frage. Er versucht, den Fabrikbesitzer daran zu hindern, die Arbeitskraft »frei« zu kaufen, d.h. den Arbeitern eine gegenseitige Konkurrenz aufzuzwingen, damit sie sich nicht durch die Überwindung dieser Konkurrenz gegen die finanzielle Allmacht des Kapitals verteidigen können. Er versucht, den Fabrikbesitzer daran zu hindern, in »seinem« Betrieb einzuführen, was ihm passt: Dies ist die Bedingung für den Erfolg eines jeden Streiks. Er stellt somit ebenfalls das Recht der gesamten Bourgeoisie – des bürgerlichen Staates – in Frage, die Zugangswege zum Betrieb und den dortigen Verkehr zu kontrollieren: dies ist die Funktion der Streikposten, die »die Verkehrspolizei« um die streikenden Betriebe anstelle der bürgerlichen Polizei zu bilden versuchen. Er stellt sogar die herrschende bürgerliche Ideologie (inklusive des bürgerlichen Rechts) in Frage, indem er aufdeckt, dass selbst der »liberalste« bürgerliche Staat in der Verteidigung abstrakter Prinzipien, wie »der Freiheit der Arbeit« oder »des Rechts, sich frei auf den Straßen zu bewegen« (Zugang zu den Betrieben), weit davon entfernt ist, im Klassenkampf seine »Neutralität« oder seine versöhnende Rolle wahrzunehmen, und statt dessen

Der Text *Arbeiterkontrolle* von Ernest Mandel erschien zuerst in einer Artikelserie in *Was tun*, Zeitung der *Gruppe Internationale Marxisten (GIM)*, der damaligen Sektion der Vierten Internationale in Deutschland, Jahrgang II, Nr. 6, Mannheim 1969

Der letzte Text in dieser Sammlung (*Verstaatlichte Industrie...* von Leo Trotzki) ist eine deutsche Erstveröffentlichung. Er behandelt die Frage der Arbeiterkontrolle im Zusammenhang einer vollkommen anderen weltpolitischen Konstellation (auch in einem anderen historischen Zusammenhang), nämlich in einem abhängig gehaltenen Land der 30er Jahre. In solchen Situationen werden teilweise andere Fragen aufgeworfen, was ganz besondere Anforderungen an die Arbeiterbewegung und speziell an das flexible Herangehen seitens der Revolutionäre stellt.

Daniel Berger

aktiv auf Seiten des Kapitals und gegen die Arbeiter in einem Streik interveniert.

Denn im Streik bestehen die Arbeiter auf ihrem Recht, gegen die »Freiheit der Ausbeutung« und für die Kontrolle über das Angebot der Arbeitskraft durch die gesamte Arbeiterklasse zu kämpfen. Die offizielle Ideologie ist in dieser Hinsicht außerdem nicht nur eine bürgerliche, sie ist auch widersprüchlich. Indem sie das »Recht auf Arbeit« proklamiert, verweigert sie der Mehrheit der Arbeiter (den Streikenden) gleichzeitig die Möglichkeit, unter Bedingungen zu arbeiten, die ihnen gemäß sind, ohne ihnen zur selben Zeit dauerhafte Vollbeschäftigung zu garantieren. Das »Recht auf Arbeit« ist somit das Recht des Kapitals, die Arbeitskraft zu Bedingungen und in Zeiten zu kaufen, die ihm genehm sind. Und die sozialen, juristischen und ideologischen Einrichtungen dienen zur Aufrechterhaltung der ökonomischen Bedingungen, die die Arbeiter zum Verkauf ihrer Arbeitskraft zu diesen Bedingungen *zwingen*. Ihre wahren »Rechte« werden mit Füßen getreten, und nur das »Recht«, nicht Hungers zu sterben, bleibt bestehen.

All dies jedoch ist in einem einfachen ökonomischen Streik nur potenziell und im Keim enthalten und hat die Tendenz, sich erst dann deutlicher zu bestätigen, wenn der Streik sich ausdehnt. Wenn man von einem Streik in einer Fabrik zu einem Streik im gesamten Industriezweig, der von entscheidender Bedeutung ist, übergeht; wenn man von hier zu einem lokalen, regionalen und vor allem nationalen Generalstreik kommt; wenn ein Streik, in dessen Verlauf die Arbeiter den Betrieb verlassen, sich in einen Streik mit Fabrik-, Werkstatt- und Bürobesetzung verwandelt; und wenn der Streik von der passiven endlich in einen Streik mit aktiver Besetzung übergeht (in dem die Arbeiter beginnen, die Arbeit unter eigener Verwaltung wieder aufzunehmen), so entwickelt sich das

gesamte revolutionäre Potenzial des einfachen »Arbeitskonfliktes« bis zur letzten Konsequenz: dem Entscheidungskampf darüber, wer Herr der Industrie, der Wirtschaft und des Staates sein soll: die Arbeiterklasse oder die Bourgeoisie.

In der Organisation, die die Arbeiter entfalten, um ihren Kampf mit einem Maximum an Erfolgchancen zu führen, kommt die durch den Streik installierte »Gegenherrschaft« am klarsten zum Ausdruck. Ein wirksames Streikkomitee muss – sofern der Streik ausgedehnt ist, lange genug dauert und mit genügender Kampfkraft geführt wird – unter den Streikenden verantwortliche Kommissionen zur Sammlung und Verteilung von Geldmitteln, zur Verteilung von Lebensmitteln und Kleidung an die Streikenden und ihre Familien, zur Blockierung der Fabrikzugänge durch Streikposten, zur Organisation der Freizeit der Streikenden, zur Verteidigung der Sache der Streikenden durch adäquate Massenmedien, zum Aufspüren von Informationen über die Absichten des Gegners usw. aufbauen. Wir sehen hier die Anfänge einer Arbeitermacht, die die Bereiche der Finanzen, der Versorgung, der bewaffneten Miliz, der Information, der Freizeit und selbst der Nachrichtendienste organisiert. In dem Maße, in dem der Streik sich ausdehnt, verbindet sich logischerweise eine Abteilung der industriellen, der Planung und sogar des Außenhandels mit den genannten Abteilungen. Und selbst wenn die zukünftige Arbeitermacht nur in Ansätzen besteht, manifestiert sich bereits hier die ihr eigene Tendenz, möglichst viele Streikende an der direkten Machtausübung zu beteiligen und soweit wie möglich die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Verwaltern und Verwalteten zu überwinden, die dem bürgerlichen Staat und allen Staaten eigen ist, die in der Geschichte die Interessen der ausbeutenden Klassen vertreten.

Vom Augenblick an, in dem wir einem lokalen, regionalen oder nationalen Generalstreik gegenüberstehen, beginnen diese Ansätze der Arbeitermacht, sich zu entfalten und sich in alle Richtungen zu entwickeln. Selbst unter Leitung relativ gemäßigter Führer, die nicht revolutionär sind, werden zentrale Streikkomitees großer proletarischer Städte gezwungen, die Organisation der Versorgung und der öffentlichen Dienste in die Hand zu nehmen¹. In Lüttich organisierte die Streikleitung während des Generalstreiks 1960/61 den Autoverkehr der Stadt und verbot allen Lastkraftwagen, die keine Genehmigung der Streikkomitees hatten, den Zugang zum Stadtgebiet. Die Bevölkerung, einschließlich der Bourgeoisie, erkannte die Macht des Streikkomitees als Tatsache an, unterwarf sich der Autorität der Gewerkschaften, um die erforderlichen Ausweispapiere zu erhalten, so wie sie sich normalerweise an die Stadtverwaltung wendet. Man befand sich nicht mehr in der Anfangsphase: die üblichen Geburtswehen eines Streiks waren überwunden.

Ein Streik kann durch eine Gewerkschaft bürokratisch geführt werden, durch Funktionäre, die sich weit entfernt vom Arbeitsplatz befinden und dort nur von Zeit

zu Zeit auftauchen, um sich über die Kampfbereitschaft der Arbeiter zu informieren. Er kann demokratisch von einer Gewerkschaft geführt werden, d.h. auf Basis von Versammlungen streikender Gewerkschafter, die die Entscheidung über die Entwicklung ihres Kampfes in der Hand behalten. Die demokratischste Form jedoch, die für die Durchführung eines solchen Kampfes ist, besteht offensichtlich durch die Gesamtheit der Streikenden, seien sie Gewerkschaftsmitglieder oder nicht, gewählt und demokratisch den Entscheidungen der sehr regelmäßig einberufenen Vollversammlungen unterstellten Streikkomitees.

Im letzteren Fall beginnt der Streik, seine durch unmittelbare Forderungen bestimmte Funktion zu überwinden. Eine solche demokratische Kampforganisation erreicht mehr, als den Erfolg des Streiks und die Realisierung unabhängig gesteckter Ziele zu sichern. Sie beginnt, den einzelnen Arbeiter von der langen Gewohnheit der Passivität und der Unterordnung im Wirtschaftsleben zu befreien. Sie befreit ihn vom Druck verschiedener »Autoritäten«, die ihn im täglichen Leben unterdrücken. Sie beginnt somit einen die Entfremdung aufhebenden Prozess, einen Prozess der Emanzipation im wahren Sinne des Wortes. Aus einem Objekt, das durch das wirtschaftliche und gesellschaftliche System, durch das Kapital, die »Marktgesetze«, die Maschinen und die Meister und Vorarbeiter bestimmt und unterdrückt ist, wird der Arbeiter zu einem sich selbst bestimmenden Subjekt. Deshalb haben alle aufmerksamen Beobachter immer ein Gefühl von Freiheit und elementarer »Lebensfreude« konstatiert, das die großen Streiks in der Gegenwart begleitet.

Wenn man die Entwicklung eines lokalen Generalstreiks beobachtet; wenn sich dann demokratisch gewählte Streikkomitees nicht nur in einer Fabrik, sondern in allen Fabriken der Stadt (vielmehr noch in der Region, im Land) bilden, die von Vollversammlungen der Streikenden gewählt werden; wenn diese Komitees sich zusammenschließen, sich zentralisieren und ein Organ schaffen, welches regelmäßig seine Delegierten zusammenruft, dann entstehen *territoriale Arbeiterräte*, Basiszellen des zukünftigen Arbeiterstaates. Der erste »Sowjet« in Petrograd² war nichts anderes als das: ein Rat der Delegierten der Streikkomitees der wichtigsten Fabriken der Stadt.

II

Wenngleich jeder große, lange und kämpferische Streik im Keim die Bildung einer ähnlichen, die Herrschaft des Kapitals in Frage stellenden Arbeitermacht enthält, so bedeutet das natürlich noch nicht, dass sich diese Ansätze jedesmal voll entwickeln. Genauer gesagt: normalerweise werden sie sich nicht entwickeln. Zwischen einer potenziellen und einer tatsächlichen Infragestellung des kapitalistischen Regimes besteht nicht nur ein Unterschied im politischen Entwicklungsgrad, im Umfang der Bewegung, in der Zahl der Streikenden, im Druck des

Streiks auf die nationale kapitalistische Wirtschaft usw. Was das eine vom anderen trennt, ist ein ganz bestimmter Bewusstseinsgrad der Arbeiter. Ohne eine Reihe *bewusster* Entscheidungen kann kein Streik das Regime in Frage stellen, kann sich kein Streikkomitee in einen Sowjet verwandeln.

Man trifft hier direkt auf eines der Grundmerkmale der sozialistischen und proletarischen Revolutionen. Alle sozialen Revolutionen der Vergangenheit haben die Gesellschaftsklassen zur Macht gebracht, die vorher die wichtigsten Reichtümer des Landes in ihren Händen vereinigten. Sie setzten mit dieser Machtergreifung lediglich einen Tatbestand durch, der im wesentlichen bereits vorher gegeben war. Die Arbeiterklasse hingegen ist die erste Klasse in der Geschichte, die die Produktionsmittel und nationalen Reichtümer nur in dem Augenblick in die Hand nehmen kann, in dem sie sich emanzipiert und dann die politische Macht übernimmt. Ohne die Macht des bürgerlichen Staates zu stürzen, kann sie sich auf die Dauer nicht zum Herren über die Fabriken machen, wie sie dauerhaft die Macht des kapitalistischen Staates nicht beseitigen kann, ohne sich der Herrschaft über die Produktionsmittel zu bemächtigen.

Der Sturz des bürgerlichen Staates erfordert somit eine bewusste und zentralisierte Aktion. Die Organisation einer sozialisierten und geplanten Wirtschaft verlangt ihrerseits bewusste, artikulierte und aufeinander abgestimmte Maßnahmen. Kurz, die sozialistische Revolution – die sich gewiss nicht auf eine plötzlich ausbrechende elementare und spontane Bewegung (zu der es in jeder Volksrevolution kommt und ohne die eine sozialistische Revolution unvorstellbar wäre) begrenzen kann – stellt eine Reihe von bewussten Umstürzen dar, wobei der eine auf den anderen folgt. Wird auch nur ein Glied in dieser Kette außer Acht gelassen, dann ist das ganze Unternehmen zum Scheitern verurteilt³.

Allgemeiner ausgedrückt: die sozialistische Revolution, deren Aufgabe in der Umwandlung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter, der Ausgebeuteten und Unterdrückten von Objekten in Subjekte der Geschichte, von entfremdeten Menschen in solche, die ihr eigenes Schicksal bestimmen, besteht, kann nicht ohne die bewusste Beteiligung der Massen in Angriff genommen werden. Eine solche Revolution kann so wenig hinter dem Rücken der Interessenten realisiert werden, wie ein Wirtschaftsplan nicht »hinter dem Rücken« derer angewandt werden kann, die die Wirtschaft verwalten.

Damit sich der Keim der Doppelherrschaft, der in jedem bedeutenden, langen und kämpferischen Streik angelegt ist, tatsächlich entfaltet, bedarf es folglich einer großen Anzahl günstiger Bedingungen, die es dem Klassenbewusstsein des Proletariats ermöglichen, eine plötzliche Veränderung durchzumachen, einen »großen Sprung vorwärts« zu tun. Diese Voraussetzungen sind nicht neu. Es handelt sich dabei um jene, die von vorrevolutionären Situationen hervorgerufen werden: objektive Krise der Produktionsweise (verstärkt oder nicht durch konjunkturelle Überproduktionskrisen, heute »Re-

zessionen« genannt); Krise der Staatsmacht (und Krise in allen Hauptgebieten des Überbaus); Uneinigkeit und Schwankungen innerhalb der herrschenden Klasse und der Regierung; massive Unzufriedenheit innerhalb der Mittelschichten; langfristige Anhäufung von Unzufriedenheit und nicht erfüllter Erwartungen in der revolutionären Klasse; steigendes Selbstvertrauen der Arbeiter in ihre eigenen Kräfte und dadurch steigender Kampfwille ihrerseits, welcher das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten und zu Ungunsten der herrschenden Klassen verändert; kleinere vorbereitende Auseinandersetzungen, die in einer Reihe von Fällen ohne Niederlage beendet werden; die Festigung einer Avantgarde, die in der vorrevolutionären Phase nicht notwendig eine bereits über Masseneinfluss verfügende revolutionäre Partei werden muss⁴.

Wenn die Mehrzahl oder all diese Bedingungen zusammenfallen, kann ein beliebiger Funke plötzlich eine Explosion auslösen: Streiks, die sich gewöhnlich auf traditionelle Formen des Kampfes und rein ökonomische Ziele beschränken, werden bis an die Grenze einer Doppelherrschaft geführt. Ob diese Grenze überschritten wird oder nicht, hängt hauptsächlich vom Bewusstsein der Avantgarde der Arbeiter ab (das selbst abhängig von mehreren Faktoren ist, unter denen jedoch das Bestehen einer revolutionären Organisation und die systematische Erziehung, die diese Organisation innerhalb der Masse der fortgeschrittenen Arbeiter während der vorhergehenden Periode durchführen konnte, offensichtlich eine wichtige Rolle spielen). Diese Voraussetzungen waren in Russland im Jahre 1905 und in Spanien im Jahre 1936 erfüllt, nicht so in Italien im Jahre 1948 und in Frankreich im Jahre 1968.

Die Manipulation des Bewusstseins (und sogar des Unbewussten) der Arbeiter durch die Kapitalisten und den Staat, die die Massenmedien kontrollieren, ist ein heutzutage gern diskutiertes Problem; die Marxisten mussten jedoch nicht auf Herbert Marcuses Entdeckungen warten, um zu begreifen, dass die herrschende Ideologie jeder Epoche diejenige der herrschenden Klasse ist. Sie war es gestern wie heute. Das kapitalistische Regime würde keine weitere Woche überleben, wenn die Gesamtheit der Arbeiter global vom Einfluss der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie befreit wäre. Es wäre eine absurde Verniedlichung des Kapitalismus zu behaupten, die Arbeiter seien unter der Herrschaft des Kapitals von sich aus in der Lage, sich vom Einfluss dieser Ideologie befreien zu können, wo das Kapital nicht nur die Schule, die Presse, das Radio, das Fernsehen und die Filmproduktion beherrscht, sondern diese Herrschaft vor allem auf folgendem beruht: allgemeine Ausdehnung der Marktwirtschaft, universelle Verdinglichung menschlicher Beziehungen, Versklavung durch Lohnarbeit, d.h. Zwangs- und entfremdete Arbeit, parzellierte Arbeit, die nichts anderes als ein »falsches Bewusstsein« von der gesellschaftlichen Wirklichkeit innerhalb der Massen hervorrufen kann.

Bezeichnend für die Herrschaft des Kapitals ist, dass sie

sich normalerweise nicht durch die Ausübung äußerer – politischer und militärischer – Gewalt auf das tägliche Leben auswirkt. Lediglich in Zeiten verschärfter Krisen des Regimes muss die Bourgeoisie auf diese Mittel der massiven Unterdrückung zurückgreifen, um ihre Herrschaft zu erhalten. Normalerweise wird diese Herrschaft über tägliche, von allen (inklusive der Arbeiter) als offensichtlich und unvermeidlich anerkannte Tauschverhältnisse ausgeübt. Jedermann »kauft« Brot und Schuhe, »bezahlt« seine Miete und seine Steuern, und ist somit verpflichtet, seine Arbeitskraft zu »verkaufen« (es sei denn, er besitzt Kapital). Und selbst die Arbeiter, die durch Studium, durch Überlegung, durch politische Erziehung, durch die Fähigkeit, allgemeine Erkenntnisse aus begrenzten Kampferfahrungen zu ziehen, verstanden haben, dass diese kapitalistischen Tauschverhältnisse keinesfalls »evident« und »natürlich«, sondern im Gegenteil die Quelle allen Übels der gegenwärtigen Gesellschaft sind, und dass man sie durch andere Produktionsbeziehungen ersetzen kann und muss, selbst diese Arbeiter sind in der Praxis des täglichen Lebens gezwungen, die kapitalistischen Beziehungen zu tolerieren, sich ihnen zu unterwerfen und sie zu reproduzieren, wenn sie sich nicht dazu verurteilen wollen, Asoziale⁵ zu werden.

Es kommt deshalb nur in relativ seltenen Fällen dazu, dass eine über lange Zeit dauernde Anhäufung von Unbehagen, Unzufriedenheit, Sorgen, Entrüstung, Teilerfahrungen und neuen Ideen plötzliche Umwälzungen im Bewusstsein der arbeitenden Massen (oder zumindest bei einer genügend starken und einflussreichen Avantgarde unter ihnen, um ihre entscheidenden Schichten mit sich zu reißen) hervorrufen kann. Plötzlich verstehen die Massen instinktiv, dass es weder »normal« noch »unvermeidlich« ist, dass der Unternehmer kommandiert, dass die Maschinen und die Fabriken das Eigentum anderer als derjenigen sind, die sie produziert haben und täglich benutzen, dass die Arbeitskraft, die Hauptquelle alles Reichtums, auf das Niveau einer einfachen Ware, die man kauft, wie man irgendein lebloses Objekt kauft, erniedrigt wird, dass die Arbeiter periodisch Einkommen und Beschäftigung verlieren, nicht, weil die Gesellschaft zuwenig, sondern weil sie zuviel produziert. So beginnen sie instinktiv mit dem Versuch, die Dinge gründlich zu verändern, d.h. die Struktur der Gesellschaft, die Produktionsweise, umzuwälzen.

Und wenn sie sich der ungeheuren Macht bewusst werden, die sie, nicht nur durch ihre Zahl, ihren Zusammenhalt, ihre kollektive Kraft, die durch ihre Vereinigung entsteht, besitzen, sondern vor allem durch die Stärke, die sie empfinden, sobald sie sich allein in der Fabrik befinden, in der dann die gesamte ökonomische Macht in ihren Händen liegt, kann plötzlich das, was in Ansätzen in jedem großen und aktiven Streik vorhanden ist, bewusst zutage treten. Die Arbeiter errichten tatsächlich eine »Gegenmacht«. Ihre Räte eignen sich Machtbefugnisse an. Sie intervenieren aktiv in allen politischen, wirtschaftlichen, militärischen, kulturellen und internationalen Problemen des Landes. Sie stellen real ihre eigenen

Klassenlösungen allen Lösungen der Bourgeoisie entgegen. So erscheint auf der Oberfläche, wie in Russland zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution, eine wirkliche Doppelherrschaft. Die Arbeiterräte wirken als Organe eines neu entstehenden Staates. Danach wird eine letzte Auseinandersetzung – Aufstand im politischen Sinne des Wortes, dessen Grad der Gewalt vom Widerstand des Feindes abhängt – die Frage entscheiden, wer den Sieg davonträgt: der alte, durch die Geschichte zum Tode verurteilte bürgerliche Staat (der jedoch überleben kann, wenn die Energie und Einsicht der Arbeiter im entscheidenden Augenblick versagen, wenn sie nicht über eine angemessene revolutionäre Führung verfügen) oder der neue, bereits entstehende Arbeiterstaat.

III

Jeder bedeutende Streik enthält im Keim den bis zu seiner äußersten Konsequenz, d.h. zur Infragestellung der kapitalistischen Macht im Betrieb, in der Gesellschaft und im Staat, sich entfaltenden Klassenkampf. Damit dieser Kampf sich aber seiner gesamten Logik entsprechend entwickeln kann, bedarf es günstiger Machtverhältnisse. Marxisten sind jedoch nicht einfache Kritiker des gesellschaftlichen Lebens. Sie geben sich nicht damit zufrieden, die Kräfteverhältnisse wie eine gegebene, unveränderliche Größe festzustellen oder die Chancen zukünftiger Änderungen passiv zu berechnen. Sie handeln in einem genau bestimmten Sinn: Sie versuchen, die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit durch die Erhöhung des Vertrauens der Arbeiter in ihre eigenen Kräfte zu steigern, indem sie ihr Klassenbewusstsein heben, ihren politischen Horizont erweitern, ihren Grad der Organisiertheit und des Zusammenhalts verstärken und eine revolutionäre Vorhut aufbauen, die in der Lage ist, die Arbeiter zu siegreichen Kämpfen zu führen.

Dies bedeutet natürlich nicht, dass die Marxisten die in bestimmten Situationen durch objektiv ungünstige Bedingungen festgelegten Grenzen der Möglichkeit, Organe der Selbstverteidigung der Arbeiter in Organe der Doppelherrschaft zu verwandeln, verkennen. Es war erfreulich festzustellen, dass die spanischen Arbeiter nach 25 Jahren des Faschismus und der senilen Militärdiktatur instinktiv in der Lage waren, Organisationsformen in den Betrieben wiederzufinden, die an die besten Traditionen der spanischen Revolution anknüpfen: die »comisiones obreras« (Arbeiterkommissionen)⁶. Die gemäßigten und opportunistischen Führer der spanischen illegalen Arbeiterbewegung (inklusive jener der spanischen KP) versuchten, diese Kommissionen in einfache Gewerkschaften zu verwandeln und sie so z.T. zu legalisieren – was außerdem den Anschauungen und den Bedürfnissen der spanischen Bourgeoisie nahekam. Die spanischen Arbeiter verstanden instinktiv, dass unter Bedingungen der direkten und uneingeschränkten Diktatur des Kapitals die Begrenzung der Tätigkeit dieser Kommissionen auf rein ökonomische Forderungen und Aktionen unsinnig wäre. Infolge der immanenten Logik der Situation versuchten die »comisiones obreras«, zu re-

präsentativen Organen der Selbstverteidigung der Arbeiter auf allen Gebieten zu werden. Sie kämpften für demokratische und materielle Forderungen, für die Verteidigung der Opfer der Repression und der Klassenjustiz sowie für die Anerkennung ihres Rechtes, im Namen all ihrer Arbeitskollegen zu verhandeln. Sie konnten jedoch nicht zu Organen der Doppelherrschaft werden, solange die Diktatur nicht in Gefahr stand, durch einen mächtigen revolutionären Stoß der Massen gestürzt zu werden.

Die marxistisch-revolutionäre Avantgarde kann weder vorrevolutionäre Situationen noch Revolutionen einfach »auslösen«. Diese resultieren aus einem Zusammenspiel einer großen Anzahl von Veränderungen unter der Oberfläche, von denen nur einige direkt durch bewusstes Handeln beeinflusst werden können, während andere allen genauen Vorhersagen, wenigstens im gegenwärtigen Stadium unserer Kenntnisse, entgehen. Aber die revolutionäre Avantgarde kann und muss, wenn es zu einer solchen vorrevolutionären Lage dank ausreichender Vorbereitung kommt, sicherstellen, dass günstige Bedingungen für die Arbeiter bestehen, sich einen Durchbruch zum Sozialismus durch die Errichtung einer Doppelherrschaft erkämpfen, und die darauffolgende revolutionäre Periode mit der Eroberung der Macht beenden zu können.

Diese Vorbereitung beruht auf vier Hauptfaktoren: die Verbreitung von programmatischen Thesen innerhalb der Arbeiterklasse⁷, die sie in die Lage versetzt, in einem bestimmten, objektiv revolutionären Sinne zu handeln, bis ein allgemeiner Kampf ausbricht; die Erziehung der militanten Avantgarde in den Betrieben, die dieses Programm verkörpern, die ausreichendes Verständnis und Autorität bei ihren Arbeitskollegen erlangen, um den Kampf um die Leitung der Belegschaft führen zu können, wenn ein allgemeiner Kampf ausbricht; die Zusammenfassung dieser Vorhut in einer nationalen und internationalen Organisation, in der sich auch Arbeiter, Intellektuelle, Studenten, arme revolutionäre Bauern aus anderen Fabriken, Gebieten und Ländern befinden, um somit den engen Horizont zu überwinden, der für alle Arbeiter, die nur die Erfahrung ihres eigenen Arbeits- und Lebensbereiches besitzen, unvermeidlich ist, um die Auswirkungen der Teilung der Arbeit und des unvollständigen und daher falschen Bewusstseins, das daraus entsteht, aufzuheben, um dank einer allgemeinen revolutionären Praxis die Entwicklung einer Theorie zu ermöglichen, die die Probleme des Imperialismus und der sozialistischen Revolution in ihrer Gesamtheit bewältigt und, durch diese Tatsache, die Praxis vervollständigt und sie auf eine Ebene höchster Koordination und Wirksamkeit hebt. Schließlich muss diese Vorhutorganisation (oder wenigstens einige ihrer Sektoren), in der Lage sein, das Stadium der Propaganda und der rein literarischen Kritik zu überwinden, um fähig zu werden, exemplarische Aktionen auszulösen, die den Arbeitern in der Praxis die Bedeutung der sozialistischen Strategie zeigen sowie die Marxisten von den Reformisten und Neo-

reformisten traditioneller bürokratisierter Organisationen der Arbeiterbewegung unterscheidbar macht.

Diese Strategie der Übergangsforderungen – in Belgien unter dem Namen »antikapitalistische Strukturreformen« bekannt – zielt auf die Überwindung eines der Arbeiterbewegung, zumindest in den imperialistischen Ländern, innewohnenden Widerspruchs ab. Die *Aktionen* der Arbeiter richten sich notwendigerweise immer auf Sofortziele (materielle Forderungen, Sozialgesetzgebung, Eroberung politischer Rechte, Kampf gegen Repression oder reaktionäre Staatsstriche usw.) Die Aktivitäten der Massenorganisationen, die sich auf die Arbeiterbewegung beriefen, konzentrierten sich immer auf solche Sofortziele, an die sich gelegentlich eine abstrakte Propaganda für »den Sozialismus« (oder für »die Diktatur des Proletariats« usw.) anschließt. *Das durch die Arbeiterbewegung zu verwirklichende historische Ziel blieb immer von den täglichen praktischen Kämpfen getrennt*, und dies gilt sowohl für alle Reformisten alter oder neuer Richtung (für die, um einen Ausspruch von Bernstein zu paraphrasieren, die Sofortziele alles und das Endziel nichts war), wie für die radikalsten »Linksextremisten«, die jeglichen Kampf um Sofortziele verächtlich von sich weisen und nur den Kampf um die »Eroberung der Macht« (oder »die Eroberung der Betriebe«, oder »die Zerstörung des Staates« usw.) anerkennen. In der Praxis kommen sich diese beiden Positionen sehr nahe, da aus beiden folgt, dass der Kampf um Sofortforderungen (»für Reformen«) radikal von dem um den Sturz des Kapitalismus getrennt wird.

Die Strategie der Übergangsforderungen sucht diesen Zwiespalt zu überwinden. Und zu diesem Zweck beginnt sie mit einer Feststellung: die Tatsache, dass selbst die radikalsten Sofortforderungen total in das Regime integrierbar waren, ohne die Produktionsweise an sich in Frage zu stellen, hat deshalb bis heute das Überleben des kapitalistischen Regimes bedeutend erleichtert, als diese Forderungen die Grundlage des Regimes, die Herrschaft des Kapitals über die Maschinen und die Arbeit nicht in Frage stellten.

Es hängt im wesentlichen von der Wirtschaftskonjunktur und der Schwere der Strukturkrise ab, die den Spätkapitalismus erschüttert, ob und bis zu welchem Punkt er Widerstand leisten wird, anstatt diesen oder jenen Gehaltserhöhungen zuzustimmen oder aufs neue die freie Ausübung des Streikrechts oder die Tarifautonomie der Gewerkschaften in Frage zu stellen. Aber wie scharf auch immer seine inneren Widersprüche sein mögen, alle diese Forderungen sind langfristig integrierbar und für das Regime nicht tödlich. Wenn es mit einer so mächtigen Massenbewegung konfrontiert wird, dass sein Fortbestehen selbst in Gefahr ist, wird es immer vorziehen, solchen Forderungen zuzustimmen. Der Spätkapitalismus verfügt in der Tat über zahllose Mittel, um die explosiven Inhalte solcher Reformen für seine Wirtschaft aufzufangen und abzubauen, gerade weil er ja die Macht über Wirtschaft und Staat behält.

Wenn man jedoch, ausgehend von der gegebenen Unzufriedenheit der Arbeiter, Forderungen formuliert, *die nicht in das Regime integrierbar sind*; wenn die Arbeiter von der Notwendigkeit des Kampfes um diese Forderungen vollständig überzeugt sind, dann kann ein Zusammenhang zwischen dem Kampf um Sofortziele und dem um den Sturz des Kapitals hergestellt werden. Denn unter diesen Bedingungen wird der Kampf für Übergangsforderungen sozusagen durch seine innere Logik zu einem Kampf, der die Grundfesten des Kapitals in Frage stellt und gegen den das Kapital gezwungen ist, zähesten Widerstand zu leisten. *Und der Kampf um die Arbeiterkontrolle ist das typischste Beispiel eines Kampfes für eine Übergangsforderung.*

IV

Früher wurde der tägliche Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit um die Probleme der Verteilung des durch die Arbeit geschaffenen Wertes geführt. Die sich daran anschließenden Forderungen (wie der Kampf um das allgemeine Wahlrecht) hatten die Funktion, zusätzliche Kampfinstrumente zur Verbesserung dieser Verteilung vom Standpunkt der Arbeiter aus (durch die Erzwingung einer »Sozialen Gesetzgebung« usw.) zu liefern. Lediglich in scharfen Krisen wurde das Problem der »Sozialisierung« von verschiedenen Industriezweigen in Tageskämpfen aufgeworfen (z.B. nach dem Ersten Weltkrieg), und dies weniger aus Gründen, die aus der Erfahrung der Arbeiter hinsichtlich des Funktionierens (oder Nichtfunktionierens) dieser Industriezweige abgeleitet waren, denn aufgrund allgemeiner politischer Erwägungen. Im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte verlagerte sich die Achse des Klassenkampfes allmählich in eine andere Richtung. Dies nicht durch bössartige Agitation oder gar eine Verschwörung der Marxisten, sondern durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise selbst. Auf der einen Seite bedingt die dritte industrielle⁸ Revolution eine Verkürzung des Reproduktionszyklus des fixen Kapitals, eine Beschleunigung des Rhythmus der technologischen Erneuerungen. Dies macht es für die monopolistischen Trusts erforderlich, die Amortisierung des fixen Kapitals und die Akkumulation neuen fixen Kapitals genau im Voraus zu planen, d.h. exakte Kostenplanung (inklusive der Lohnkosten) wird notwendig und die Tendenz zu einer nationalen und selbst internationalen »Wirtschaftsprogrammierung« setzt sich durch. Auf der anderen Seite kann sich das spätkapitalistische Regime, das nach dem Zweiten Weltkrieg im Weltmaßstab noch geschwächer war als nach dem Ersten Weltkrieg, den Luxus der passiven Hinnahme katastrophaler Überproduktionskrisen des Typus der Jahre 1929-1932 nicht mehr leisten. Es ist daher gezwungen, ein ganzes Register von Antikrisentechniken anzuwenden, welche sich hauptsächlich auf die Inflation von Papiergeld und Bankkrediten stützen.

Diese beiden Tendenzen verändern tiefgreifend jene Bedingungen, unter denen sich die traditionellen Aus-

einandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit im Rahmen des bürgerlich-demokratischen Staates vollziehen. Die Monopole suchen nahezu um jeden Preis, Streiks zu umgehen und zu diesem Zweck die Gewerkschaftsapparate in wachsendem Ausmaß in den Staatsapparat und vor allem in solche Organe zu integrieren, die die »Planung« der Löhne und des »Wirtschaftswachstums« zur Aufgabe haben. (Einkommenspolitik, Sozialprogrammierung, »konzertierte« Lohnpolitik, konzertierte Aktion usw.) Da die Autorität der Gewerkschaftsapparate durch die langfristige Anwendung dieser Praktiken allmählich erschüttert wird, ist ein Vorgehen gegen die »wilden Streiks« zur Erhaltung der wenigstens zeitweiligen Wirksamkeit dieses Systems unumgänglich⁹. Da darüber hinaus ein Klima allgemeiner Inflation besteht, das mit raschen technologischen Umstellungen koinzidiert, richtet sich die Aufmerksamkeit der Arbeiter unvermeidlich in wachsendem Ausmaß auf Fragen der Arbeitsorganisation, der Fließbandgeschwindigkeit, der Sicherung des Arbeitsplatzes, der Orientierung der Investitionen, und dies um so mehr, als der Eindruck (wenn auch nicht immer gerechtfertigt) entsteht, dass unter Bedingungen der Vollbeschäftigung oder Quasivollbeschäftigung die Lohnforderungen sowieso befriedigt würden.

Diese Verschiebung ist um so frappierender, als die dritte industrielle Revolution einen anderen, zusätzlichen Widerspruch auf gesellschaftlichem Gebiet zum Ausbruch kommen lässt. Sie neigt dazu, die Bedeutung der Hilfsarbeiter, der unqualifizierten und rein repetitiven Arbeit im Produktionsprozess immer mehr einzuschränken. Sie verlangt deshalb eine qualifiziertere, besser ausgebildete Arbeitskraft, welche eine Erziehung auf höherem Niveau als bisher erhalten hat (auch wenn es sich um eine überspezialisierte und den objektiven Möglichkeiten und Bedürfnissen der zeitgenössischen Wissenschaften unterlegene Erziehung handelt). Die Arbeiter jedoch, die aus dieser höheren Bildung hervorgehen, finden sich plötzlich in ein Unternehmen geschleudert, in dem alle raffinierten Techniken der »menschlichen Beziehungen«, der »Delegierung der Verantwortung« und der Bildung »informeller Kommunikationsbeziehungen« keineswegs die Tatsache verschleiern können, dass die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit extrem hierarchisch sind: Beziehungen zwischen jenen, die befehlen, und jenen, die gehorchen.

So verschiebt sich der Schwerpunkt des Klassenkampfes von den Problemen der *Verteilung* des Nationaleinkommens auf Probleme der Arbeitsorganisation und der *Produktion* des Nationaleinkommens, d.h. auf die Frage der kapitalistischen Produktionsbeziehungen selbst. Ob es sich in der Tat darum handelt, der Betriebsleitung das Recht abzuspochen, den Arbeitsrhythmus im Betrieb zu bestimmen oder um das Recht, den Ort einer neuen Fabrik zu wählen; ob es sich darum handelt, die Natur (den Gebrauchswert) der fabrizierten Produkte in einer Fabrik in Frage zu stellen oder um den Wunsch, an die Stelle von Meistern und Vorarbeitern durch die

Arbeitskollegen selbst gewählte Delegierte zu setzen; ob es für die Arbeiter darum geht, alle Entlassungen oder die Zahl der Verringerung von Arbeitsplätzen in einem bestimmten Gebiet zu verhindern, oder die Erhöhung der Lebenshaltungskosten selbst zu berechnen – all diese Bemühungen laufen letzten Endes auf eine einzige Konsequenz hinaus¹⁰: Die Arbeiter akzeptieren nicht mehr, dass das Kapital die Herrschaft über Betriebe und Wirtschaft innehat; sie akzeptieren nicht mehr die Logik der kapitalistischen Wirtschaft, jene des Profits; sie suchen, die Wirtschaft auf Grundlage anderer Prinzipien – den sozialistischen, die ihren eigenen Interessen entsprechen – umzugestalten. Die intelligenteren Kapitalisten sind der Gefahr vollkommen bewusst, die diese instinktive Revolte der Arbeiter gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit sich bringt¹¹. Sie begreifen auch, dass diese Revolte das Risiko in sich birgt, mit der Propaganda, Agitation und Aktion der revolutionären Avantgarde für die Arbeiterkontrolle zusammenzufließen, und dass eine solche Verbindung das System zu sprengen droht. Sie versuchen deshalb (mit Hilfe der Gewerkschaftsapparate), diese Revolte in Richtung der Klassenzusammenarbeit und nicht in Richtung einer allgemeinen Konfrontation zwischen den Klassen zu lenken. Dies ist der Hintergrund der gesamten Propaganda für Ideen der Mitbestimmung, der »participation« und der »co-gestion«, die heute von bedeutenden Teilen der europäischen (und morgen der japanischen und der nordamerikanischen) Bourgeoisie vorgebracht werden. Die benutzten Begriffe sind im Allgemeinen bereits klar genug, um die Abgrenzung von Übergangsforderungen zu ermöglichen. Die Verwirrung beginnt dann, wenn sich der linke Flügel der Gewerkschaftsapparate seinerseits des Slogans der Arbeiterkontrolle bedient, um ihm einen absolut anderen Inhalt als den zu geben, den ihm die Marxisten zuordnen.

Der grundlegende Unterschied zwischen den Ideen der Mitbestimmung einerseits und dem Konzept der Arbeiterkontrolle andererseits lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Arbeiterkontrolle lehnt jegliche Verantwortung der Gewerkschaften und/oder der gewählten Arbeitervertreter in der Verwaltung der Unternehmen ab. Sie verlangt ein Vetorecht der Arbeiter auf einer ganzen Reihe von Gebieten, die ihre tägliche Existenz im Betrieb oder ihre Anstellungsdauer betrifft. Die Arbeiterkontrolle lehnt jegliche Geheimhaltung, jegliche »Öffnung der Rechnungsbücher« lediglich vor einem kleinen Gremium von sorgfältig ausgesuchten Gewerkschaftsbürokraten oder Aufsichtsratsmitgliedern ab. Sie verlangt im Gegenteil die weitestgehende Veröffentlichung aller Geheimnisse, die zur Aufklärung der Arbeiter beitragen können, und dies nicht nur durch die Untersuchung der Rechnungsführung der Betriebe und ihrer Bankoperationen, sondern auch und vor allem durch die Nachprüfung am Arbeitsplatz, durch die Konfrontation dieser Daten mit der ökonomischen Wirklichkeit des Betriebes. Die Arbeiterkontrolle lehnt jegliche Institutionalisierung¹², d.h. jegliche Umstellung ab, auch nur vorübergehend zu einem »integrierenden Teil« des Sys-

tems zu werden, denn ihre Befürworter wissen, dass eine Integration notwendigerweise ihre Entartung in ein Instrument der Klassenversöhnung und Klassenzusammenarbeit mit sich bringen würde.

Es handelt sich dabei nicht um eine dogmatische, durch gefühlsmäßige, irrationale Axiome bestimmte Position. Es ist dies, aus der Sicht des Klassenkampfes, vielmehr eine logische Schlussfolgerung auf der Basis einer Analyse der grundlegenden Entwicklungstendenzen des zeitgenössischen Kapitalismus selbst.

Der zeitgenössische Kapitalismus versucht vor allem, sämtliche für die ununterbrochene erweiterte Reproduktion des Kapitals unerlässlichen Faktoren und Prozesse zu kontrollieren. Das ist der tiefere Sinn von Formeln wie »Wirtschaftsprogrammierung«, »Plan oder Kampf gegen den Zufall«, und ähnliche Losungen, die auf ihre Weise eine Anerkennung des neuen, dem Kapitalismus aus der verkürzten Umschlagszeit des fixen Kapitals entspringenden Zwanges darstellen. Es ist dem Kapital deshalb in wachsendem Ausmaß gleichgültig, ob bestimmte Gruppen von Werktätigen ihre »Rechte« in dieser oder jener spezifischen Phase des Produktionsprozesses erweitern, solange die Kontrolle des Kapitals über den Produktionsprozess in seiner Gesamtheit bewahrt bleibt, sich konsolidiert und sich sogar verstärkt.

In dem Masse, wie bestimmte Teile der Arbeiterklasse sich an der Verwaltung »ihrer« besonderen Betriebe beteiligen lassen, auch wenn dies auf paritätische Weise oder über den Umweg der »Gewinnbeteiligung« oder von »Volksaktien« geschieht, werden sie sich mehr und mehr mit den »Betriebsinteressen« gegen jene der Konkurrenzbetriebe identifizieren, d.h. sie werden es akzeptieren, dass die kapitalistische Konkurrenz in die Arbeiterklasse hineingetragen wird, zu einer Konkurrenz zwischen einander bekämpfenden Arbeiterlagern sich entwickelt, und sie werden dann zwangsläufig die Fähigkeit verlieren, die objektiven Folgen dieser Konkurrenz, sobald sie diesen bestimmten Betrieb treffen, von den in ihm beschäftigten Arbeitergruppen abzuwenden.

Das alles kann nur den Interessen der kapitalistischen Klasse in der gegenwärtigen Phase des Klassenkampfes dienen, auch wenn es ein Aufgeben solcher »Prinzipien« mit sich bringt, die das Bürgertum früher keineswegs zu opfern bereit war, als die allgemeine Solidität seiner Gesellschaftsordnung sowie günstigere Kräfteverhältnisse ein solches »Opfer« weder notwendig noch nützlich machten.

Die Arbeiterklasse kann jedoch ihrerseits nicht akzeptieren, dass das Prinzip der kapitalistischen Konkurrenz vom kapitalistischen Markt her in ihre eigenen Reihen, bis zur Zersetzung ihrer Klassenorganisation und ihres elementaren Klassenbewusstseins, hineingetragen wird. Sie muss versuchen, die wirtschaftliche Entwicklung im umgekehrten Sinne zu beeinflussen, d.h. versuchen, die Prinzipien der freiwilligen Assoziation, der Kooperation und der Solidarität, die sie erst in ihren eigenen Organisationen überprüft und angewandt hatte, in die

Wirtschaftsorganisation hineinzutragen. Gegen den Begriff der »Mitbestimmung«, die zu einer Zersplitterung ihrer Kräfte führt, und die Arbeiter zwingen will, mit »ihrem Betrieb«, d.h. mit »ihrem« Unternehmer, anstelle mit all ihren Klassenbrüdern, solidarisch zu sein, gilt es deshalb, das Prinzip der Arbeiterkontrolle zu verteidigen, das das Argument der individuellen Rentabilität der Unternehmen im Namen des Prinzips der kollektiven Solidarität und der elementaren Lebensrechte *sämtlicher* Werktätigen kategorisch ablehnt.

»Unabhängig von der ›Rentabilität‹ dieses oder jenes Unternehmens lehnen wir Entlassungen und Erwerbslosigkeit ab. *Ohne* den ›Interessen der Betriebsrationalisierung‹ Rechnung zu tragen, weigern wir uns, den Rhythmus des Fließbandes zu erhöhen. *Ohne Anerkennung* der ›Bedingungen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität‹ weigern wir uns, die Zersplitterung der Belegschaft in Kauf zu nehmen, die sich aus der Einführung neuer Entlohnungssysteme (*job evaluation, measured day work* usw.) ergeben würde.« Dies ist der Geist der Auflehnung, den die Propaganda für die Arbeiterkontrolle in die Arbeitermassen hineinragen sollte. Und in diesem Sinne ist die Propaganda für die Arbeiterkontrolle den Sirenenklängen der »Beteiligung« (participation), »konzertierten Aktion« und »Mitbestimmung« entgegenzustellen.

Handelt es sich um eine vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehene irrationale Haltung? Keineswegs. Die materialistische Basis dieser Haltung liegt in der Überzeugung – die durch die Wirtschaftstheorie durchaus bestätigt wird –, dass die *globale* Rentabilität der nationalen (und noch mehr: der internationalen) Wirtschaft höher ist als die Summe der »individuellen Rentabilität«, wenn es gelingt, eine demokratisch-zentralisierte Planwirtschaft mit einem Minimum an durch das Rätssystem gesicherter Wirksamkeit zu errichten.

Handelt es sich um eine utopische Hoffnung, dass immer breitere Bereiche der Werktätigen an einem solchen Geist auch in »nichtrevolutionären Zeiten« teilhaben könnten? Dieser Einwand entsteht aus einer undialektischen Betrachtungsweise der Entwicklung des proletarischen Klassenbewusstseins. Sie setzt eine mechanische Korrelation zwischen den Überzeugungen und den Handlungen der Arbeiterklasse voraus.

Aber damit breitere Arbeitermassen die Fähigkeit erringen, während eines weitgreifenden Ausbruchs von Auseinandersetzungen die Arbeiterkontrolle zu fordern, müssen sie sich offensichtlich schon vorher mit dieser Parole vertraut gemacht und beschäftigt haben, muss ihre innere Logik ihnen geläufig geworden sein. Und dies kann nur in der diesen Ausbruch ausgedehnter Arbeitskämpfe vorangehenden Periode geschehen. Eine solche Vorbereitung wird aber nie voll wirksam sein, wenn sie rein literarischen Charakter behält, wenn sie sich nicht gelegentlich bemüht, von der Propaganda zur Agitation überzugehen, d.h. wenn sie nicht versucht, die Losung der Arbeiterkontrolle dem Katalog der Sofortziele, für die die Teilkämpfe geführt werden, hinzuzufügen. Die

praktische Erfahrung, die sich aus diesen Teilkämpfen ergibt, ihre pädagogische Wirkung auf breitere Massen, das schrittweise Erlernen der Anwendung dieser völlig neuen Form von Agitation und Kampfzielen, das alles bildet ja gerade die notwendige vorbereitende Etappe des Reifungsprozesses des revolutionären Klassenbewusstseins, ohne welches es nie zur berühmten »revolutionären« Krise kommen wird.

Dies bedeutet natürlich nicht, dass in »ruhigen Zeiten« die Agitation und die Aktion für diese an und für sich explosive Forderung in unverantwortlicher Weise überall und immer entfaltet werden soll. Es bedeutet nur, dass eine revolutionäre Avantgarde, die sich dieses Namens würdig zeigt, mit größter Aufmerksamkeit die Wirkung ihrer Propaganda für die Arbeiterkontrolle auf bestimmte fortgeschrittene Teile der Arbeiterklasse in bestimmten spezifischen Situationen verfolgen muss und dass sie von dem Augenblick an, wo sich in der Praxis zeigt, dass gewisse Sektoren den Geist dieser Forderung erfasst haben und von sich aus Initiativen in dieser Richtung zu entfalten beginnen, systematisch versuchen sollte, die günstige Gelegenheit für eine Teilerfahrung der Agitation und der Aktion für Arbeiterkontrolle aufzugreifen. Und könnte sich der Gegensatz zwischen »ruhigen Zeiten« und einer vorrevolutionären Phase nicht gerade durch die Zustimmung, die der Kampf für die Arbeiterkontrolle in einem wichtigen Betrieb, in einer wichtigen Stadt oder einem wichtigen Revier findet, überwunden werden.

V

Die Reformisten haben lange Zeit ernsthaft geglaubt, dass eine Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie »eine Etappe« in Richtung auf »rein sozialistische Regierungen« sein würde. Die Erfahrung hat gezeigt, dass diese »Arbeiterregierungen«, die im Rahmen des bürgerlichen Staates funktionieren und das Fundament der kapitalistischen Gesellschaft selbst nicht in Frage stellen, unvermeidlich darauf festgelegt sind, die Interessen des Kapitals zu verteidigen. In Wirklichkeit waren die Koalitionsregierungen Etappen in Richtung auf die Integration der »Arbeiterparteien« in den bürgerlichen Staat und weit davon entfernt, Stufen zur »Eroberung des Staates« durch die Arbeiterklasse zu sein. Das jedoch, was für den Staat gilt, gilt noch viel mehr für die Wirtschaft. Die kapitalistische Ökonomie kann nicht anders funktionieren, als auf Grundlage der Profitmaximierung. Jegliche »Beteiligung« von Arbeitervertretern an der Verwaltung der Wirtschaft verpflichtet sie, sich in diesem Rahmen an den ständigen Anstrengungen zur Rationalisierung des Betriebs zu »beteiligen«, die vor allem zu periodischen Einschränkungen der Zahl der Arbeitsplätze führen wird. Weit davon entfernt, eine Etappe auf dem Wege der »Eroberung der Betriebe« zu sein, stellt diese Teilnahme einfach einen weiteren Schritt zur Integration der Gewerkschaftsbürokratie in den bürgerlichen Staat, eine letzte Etappe ihrer Transformation von einem Verteidigungsinstrument der Arbeiter in ein Instrument

der Verteidigung der Interessen der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Arbeiter dar.

Der Gedanke einer schrittweisen Eroberung der »Wirtschaftsdemokratie« ohne vorherigen Sturz der bürgerlichen Staatsmacht und ohne vorhergehende Enteignung des Großkapitals ist so alt wie der sozialdemokratische Reformismus selbst. Man findet seine Wurzeln bereits bei Bernstein, wenn nicht schon in den Lassalleschen, vom (bürgerlichen!) Staat zu fördernden Produktionsgenossenschaften. Nach dem Ersten Weltkrieg konnte Bernstein sich rühmen, dass die Praxis der internationalen Sozialdemokratie in dieser Frage durch seine und nicht durch die »orthodoxe« Theorie der Kautsky und Bebel, die ihm in der großen Revisionismusdebatte zu Beginn des Jahrhunderts entgegengetreten waren, bestimmt worden sei³.

Die Verwandlung der Betriebsräte nach dem Ersten Weltkrieg von einem Ansatz einer neuen Arbeiterräte-macht in Instrumente der Klassenversöhnungs- und Kollaborationspolitik mit den kapitalistischen Unternehmern stellt tatsächlich einen der größten »Erfolge« der internationalen Sozialdemokratie in den zwanziger Jahren dar (wofür sie dann prompt den »Dank der Unternehmer« in Form des siegreichen Aufmarsches des internationalen Faschismus zu spüren bekam). Auch hier handelte es sich anfangs darum, wie Otto Bauer aufrichtig glaubte, einen »ersten Schritt in Richtung zur sozialistischen Produktionsweise« zu machen⁴. Aber da sich »die Kräfteverhältnisse verschlechtert hatten«, konnten diese Betriebsräte später eben nur noch eine defensive Rolle spielen, und ihre Integration in die »Betriebsgemeinschaft« wurde unter dem Druck der großen Wirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932 immer stärker. Aus einem Instrument des Klassenkampfes hatten sie sich in Instrumente der Spaltung der Arbeiterklasse verwandelt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich das Kräfteverhältnis anfänglich wiederum zuungunsten des Großbürgertums gewandelt, der Begriff »Mitbestimmung« konnte entstehen und »dank demokratischen Verstaatlichungen« dazu führen, den Einfluss der Arbeiterbewegung im Rahmen des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« zu vergrößern⁵. Tatsächlich spielte die Praxis der Klassenzusammenarbeit, die diesmal nicht nur durch die sozialdemokratisch, sondern auch durch die KP-geführte Gewerkschaftsbürokratie den Arbeitermassen aufgedrängt wurde, wiederum eine wichtige Rolle für den Wiederaufbau und die Konsolidierung der Wirtschaft und Klassenherrschaft des Großkapitals.

Der Gedanke einer durch Regierung, Parlament, Länder und Gemeinden in paritätischen Körperschaften ausgeübten »öffentlichen Kontrolle« über die kapitalistische Wirtschaft ist eine Illusion, solange sich die Staatsmacht und die tatsächliche Wirtschaftsmacht in den Händen des Bürgertums befindet. Teilnahme an bürgerlichen Koalitionsregierungen wird in den Augen der Reformisten und Neoreformisten durch »Errungenschaften« gerechtfertigt, die sich bei genauerer Analyse als noch größere Scheinlösungen erweisen als jene, die seinerzeit in der Weima-

rer Republik hervorgebracht wurden.

Der österreichische linke Sozialdemokrat Eduard März, der sich noch auf Karl Marx beruft, ist der letzte Überlebende des Austromarxismus der zwanziger und dreißiger Jahre. Für ihn bildet die »Mitbestimmung« nur eine Etappe auf dem Weg zur »Arbeiterverwaltung«, genauso wie die Beteiligung an Regierungskoalitionen mit dem Bürgertum nur eine Etappe zur »Eroberung der Staatsmacht« bilden soll. Um die korrekte Richtung nicht zu verfehlen, genüge es nicht, auf die »Mitbestimmung an der Spitze« zu beschränken, man müsse vielmehr die »Mitbestimmung am Arbeitsplatz« u.a. durch breite »Generalversammlungen von Gewerkschaftsmitgliedern (oder der Belegschaft) am Arbeitsplatz«, vorantreiben und diese Generalversammlungen in Richtung der Ausübung einer wachsenden Anzahl von Kontroll- und Mitbestimmungsfunktionen lenken⁶. Der linke Flügel des DGB und der SPD versucht, die gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland anlaufende Diskussion um die Erweiterung der Mitbestimmung in einem ähnlichen Sinne zu beeinflussen.

Revolutionäre Marxisten sind gewiss nicht an semantischen Streitereien interessiert. Wenn man der Formel »Mitbestimmung am Arbeitsplatz« denselben Inhalt gibt, den wir für die Arbeiterkontrolle ausgeführt haben, ohne ihm irgendein Element der Mitverantwortung bei der Verwaltung kapitalistischer Unternehmen – oder der kapitalistischen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit – hinzuzufügen, dann wäre es gewiss verfehlt, sich auf einen reinen Wortstreit einzulassen.

Aber die Polemik wird sofort sinnvoll und notwendig, wo es sich zeigt, dass eine sogenannte »Mitbestimmung am Arbeitsplatz« mit dem Funktionieren einer Vielfalt von »paritätischen« Ausschüssen *verbunden* wird, in denen Arbeitervertreter mit Vertretern des Großkapitals permanent zusammentreten. Die ganze Logik der kapitalistischen Produktionsweise verwandelt derartige Ausschüsse unvermeidlich in Organe der Klassenzusammenarbeit, d.h. sie führt zur Stärkung des Kapitals und zur Spaltung der Arbeiterklasse. In dem Maße, wie die linken Gewerkschafter und Sozialdemokraten diese Verbindung von »Mitbestimmung am Arbeitsplatz« mit »paritätischen Verwaltungsräten« und ähnlichen Körperschaften nicht ausdrücklich ablehnen, stehen vor einer Neuauflage der alten »Schritt-für-Schritt«-Illusion in der erhofften »Eroberung der Wirtschaftsdemokratie« über den »Umweg« der Klassenzusammenarbeit mit den Unternehmern, und nicht einfach vor einer Neuformulierung der Forderung nach Arbeiterkontrolle.

Eine der schlaun – und außerdem sehr alten – Formen der reformistischen Entstellung der Parole der Arbeiterkontrolle gelangte kürzlich innerhalb der französischen linkssozialistischen PSU, vor allem durch Gilles Martinet in seinem Buch, das das Konzept des Reformismus selbst zum Titel hat – »La conquête des pouvoirs« (»Die Eroberung der Machtpositionen«) – zu neuen Ehren. Aus der unbestreitbaren These, die Macht jeder herrschenden Klasse und besonders die der kapitalistischen sei

immer eine soziale Tatsache, die sich auf alle Gesellschaftsbereiche ausdehne, ziehen die Neoreformisten die Schlussfolgerung, dass man in jedem dieser Bereiche sozusagen nacheinander die Macht erobern müsse. Vergessen wird hier, dass diese »Machtpositionen« an zwei wesentliche Grundlagen des Kapitalismus gekettet sind: die *Produktionsweise* (d.h. das Recht des Großkapitals, mittels der Institutionen, die die kapitalistische Wirtschaft am Leben erhalten: Privateigentum, Lohnarbeit, verallgemeinerte Marktwirtschaft, Integration in den internationalen kapitalistischen Markt usw., über die Produktivkräfte zu verfügen) und an den *bürgerlichen* Staat. Die Illusion vom allmählichen Zerfall dieser »Mächte« ist genauso sonderbar, wie die Illusion der Veränderung der Klassennatur einer Armee durch die »Eroberung« eines ihrer Bataillone nach dem anderen.

Eine ähnliche irrealer Konzeption findet man auch in der Plattform der französischen CFDT (der ehemaligen christlichen Gewerkschaft), die durch einige der fortgeschrittensten Erfahrungen des »aktiven Streiks« im Mai 1968 genährt wurde (wir beziehen uns hier auf die offizielle Position der Mehrheit der CFDT, nicht auf jene der linken Minderheit um Krumnov, die der unsrigen viel näher steht)¹⁷. Es ist dort von einer »Selbstverwaltung der Betriebe« die Rede, die die Aufhebung des Privateigentums erfordere, aber keineswegs in allen Unternehmen! Die »Selbstverwaltung« wird als das »beste Modell der Demokratisierung der Betriebe« dargestellt; sie sei eine Möglichkeit für die Arbeiter, »wirtschaftliche Entscheidungsgewalt« zu erlangen.

Die Frage der »Entscheidungsgewalt« wird jedoch von der Frage der *Macht*, d.h. der Staatsmacht und der Wirtschaftsmacht, getrennt. Der »demokratische Wirtschaftsplan« taucht plötzlich in dieser Konzeption als ein der »Selbstverwaltung« fremdes Element auf. Auch das Parlament bleibt als ein vom Kongress der Selbstverwaltungsorgane getrenntes Element bestehen. Und die Selbstverwaltung wird nicht als durch Arbeiterräte ausgeübt verstanden, sondern als ein »durch die Arbeiter gewähltes *Direktionsorgan*« (eine gewählte Betriebsleitung).

Man scheint nicht zu verstehen, dass eine solche »Selbstverwaltung« ohne vorherigen Sturz der bürgerlichen Staatsmacht reine Utopie ist. Und im Falle eines solchen Sturzes würde die Dualität zwischen den wirtschaftlichen »Leitungsinstanzen« auf Betriebsebene einerseits und den »politischen Leitungsinstanzen« im Rahmen der Trennung der in Vertreter und Vertretende verewigenden parlamentarischen Demokratie andererseits gerade alle jene Bürokratisierungstendenzen nur beschleunigen, die die Aktivisten der CFDT zu Recht verhindern möchten.

Jede Verwechslung zwischen der im Rahmen des Kapitalismus zu fördernden Arbeiterkontrolle und der nach dem Sturz des Kapitalismus zu fördernden Arbeiterselbstverwaltung und Arbeitermacht – die nur zugleich politisch und wirtschaftlich bestehen kann, wenn sie real sein und sich nur in Räten entäußern kann – führt dem-

nach zu Fehlanschauungen, die die meisten reformistischen Illusionen, vor allem einer schrittweisen Eroberung der »Selbstverwaltung« im Rahmen des kapitalistischen Regimes, bestehen lassen.

VI

Innerhalb des Betriebes beginnt die universelle Konkurrenz zwischen Individuen, der der kapitalistischen Gesellschaft eigene »Kampf aller gegen alle«, zum erstenmal unter den Arbeitern überwunden zu werden. Innerhalb des Betriebes entfalten sich die Kooperation und die Solidarität unter Arbeitskollegen, die es den Arbeitern ermöglicht, ihr Gefühl der Ohnmacht gegenüber dem unendlich viel reicheren und kultivierteren Unternehmer zu überwinden. Der Betrieb war immer die Grundzelle einer potenziellen »Arbeitermacht«¹⁸. Indem sie sich vom Betrieb entfernen, führen die immer größer, komplexer, undurchsichtiger und hierarchischer werdenden Arbeiterorganisationen zu immer indirekteren Vertreterentschlüssen anstatt zur direkten Entscheidungsgewalt der Mitglieder. Am Ende dieses Prozesses bürokratischer Verselbständigung drohen sie sich gegen diejenigen zu wenden, von denen sie mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt wurden. Auf diese Weise bestätigten sich die unmittelbaren Erfahrungen der Arbeiterschaft durch die bitteren Erfahrungen der bürokratisierten Massenorganisationen. Sie begriff, dass eine tatsächliche »Arbeitermacht« nur auf Betriebsbasis ausgeübt werden könne. Revolutionärer Syndikalismus und teilweise auch die *Rätekommunisten* kehren so zu Ideen proudhonistischen Ursprungs zurück, die Marx heftig bekämpfte, und deren utopischen Charakter die Geschichte des öfteren bestätigt hat¹⁹.

Die scharfsichtigsten Anarchisten haben seit langem begriffen, um welches Problem es geht: um die den modernen Produktivkräften unvermeidlich anhaftende Tendenz zur Zentralisation, um die Tendenz, sich im objektiven Sinne des Wortes zu »sozialisieren«, d.h. *gleichzeitig* große Massen von Produzenten und nichtproduktiven Arbeitern (im Sinne der Wertschöpfung und nicht der sozial nützlichen Arbeit) in ihren Entfaltungprozess miteinzubeziehen. Sie haben deshalb eine Phantasiewelt erdacht, in der die technische Entwicklung ins Gegenteil der immer stärkeren Zersplitterung von Betrieben und Produzenten umschlagen wird²⁰. Dies spiegelt deutlich einen kleinbürgerlichen Aspekt des Anarchismus wider, der sich mit den den Marxisten gemeinsamen Zielen und mit der Verteidigung historischer Tendenzen des Proletariats vermischt und Idealen entspricht, die aus Handwerkerinnungen und Bauerngemeinschaften der Vergangenheit stammen. Die Wirklichkeit hat jedenfalls bewiesen, dass die Grundtendenz der modernen Technik (die natürlich dauernd von einer sie aufhebenden Gegentendenz begleitet ist, jedoch nichtsdestoweniger die vorherrschende Tendenz bleibt) in Richtung der Zentralisierung und der Vergesellschaftung der Arbeit und nicht in Richtung einer wachsenden Zersplitterung der Betriebe und einer wachsenden Zersplitterung

der Produzenten geht.

Der utopische Charakter der Idee, die Emanzipation der Arbeiter auf die Übernahme der Einzelbetriebe durch Arbeiterräte zu beschränken, tritt auf verschiedenen Ebenen zutage. Der offenkundigste Aspekt – auf den sich bis heute die marxistische Kritik des Syndikalismus immer konzentriert – ist derjenige, dass man durch die ideelle Verleugnung des Staates letzteren noch keineswegs real gestürzt hat. Dieser Sturz kann nicht als »automatisches« Ergebnis eines Streiks, inklusive eines »aktiven« Generalstreiks mit Besetzung der Betriebe, erwartet werden. Die Bourgeoisie benutzt alle ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel, um das Privateigentum zu verteidigen, wenn dies in letzten Bastionen angegriffen wird. Sie verfügt über einen mächtigen polizeilichen und militärischen Unterdrückungsapparat und über ein nicht weniger komplexes Kommunikationsnetz. All dies schmilzt nicht wie der Schnee in der Sonne aufgrund der alleinigen Auswirkung eines Generalstreiks. Ein derartiger Streik hat außerdem die Wirkung, die Macht der Arbeitermasse nicht allein zwischen verschiedenen Betrieben, sondern auch zwischen denjenigen Werkträgern, die die Betriebe besetzen, und jenen, die aus verschiedensten Gründen zu Hause bleiben, aufzuteilen. Diese dezentralisierten Arbeiterfestungen können voneinander getrennt durch die konzentrierte Macht der Bourgeoisie angegriffen und nacheinander gebrochen werden, wenn sie sich untereinander nicht verbinden, wenn sie dem zentralisierten Staatsapparat des Kapitals nicht eine Zentralisierung der Arbeitermacht gegenüberstellen. Die Geschichte hat diese Lehre eindeutig bestätigt: Die Arbeiter können ihre Befreiung von der Herrschaft des Kapitals nicht erkämpfen, ohne den bürgerlichen Staat durch eine zentralisierte politische Aktion zu stürzen, und ohne den bürgerlichen Staatsapparat durch einen Staat neuen Typs, den Arbeiterstaat, zu ersetzen²¹.

Koordination aller ökonomischen Aktivitäten ist eine absolute Forderung des gegenwärtigen Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte. Es gibt grundsätzlich nur zwei Möglichkeiten einer solchen Koordination: entweder die bewusste, durch den Plan, oder die spontane, durch den Markt. Indem sie die bewusste Koordination unter dem Vorwand ablehnen, sie führe in fataler Weise zur »administrativen Zentralisierung« und zur Bürokratisierung, arbeiten die Befürworter einer zersplitterten und in autonomen Betrieben dezentralisierten »Arbeitermacht« praktisch zugunsten eines verallgemeinerten Wiederaufkommens der Marktwirtschaft, deren entfremdende Wirkungen nicht weniger schädlich sind als jene einer zentralen Bürokratie²².

Die Emanzipation der Arbeiter erfordert nicht nur die Aufhebung des Privateigentums, der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit und das Absterben der Marktbeziehungen, Quelle der Verdinglichung und der Entfremdung, sie erfordert ebenfalls das graduelle Absterben der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der parzellierten Arbeit und der Trennung von Verwaltungs- und Produktionsfunktionen. Zu ihrer Verwirklichung bedarf

es einer Arbeiterschaft, die nicht an »ihren« Betrieb gefesselt ist und eifersüchtig »ihre Arbeit« verteidigt (wenn nicht sogar den durch »ihren« Betrieb realisierten »Profitanteil«), sondern sie erfordert Arbeiter, denen auf der Basis eines jährlich garantierten Konsumniveaus die Bewältigung einer wachsenden Anzahl von Aufgaben möglich wird, und für die die Bewältigung dieser Aufgaben mit einer gewaltigen Erweiterung des Bewusstseins, des Zugangs zu Informationen und mit einer Hebung kultureller Leistungen verbunden ist. All dies hat nur wenig mit einer auf einen Betrieb oder sogar den »Ertrag« dieses Betriebes konzentrierten »emanzipatorischen« Tätigkeit gemein.

Wenn die syndikalistische und proudhonistische Idee einer Aneignung der Produktionsmittel jeder Fabrik durch die Arbeiter bereits utopisch ist, so geht die einer solchen Aneignung durch isolierte »genossenschaftliche« oder »selbstverwaltete« Betriebe innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft – nach dem Modell der Produktionsgenossenschaften oder der israelischen Kibbuzim noch weiter ins Utopische. Soweit diese Unternehmen nicht zum raschen Fehlschlag verurteilt sind (wie z.B. die Mehrheit der im 19. Jahrhundert in den USA gegründeten »kommunistischen Kolonien«), verwandeln sie sich unvermeidlich in Betriebe, die kapitalistische Ausbeutungsbeziehungen mit der Außenwelt herstellen. Nur in Zeiten revolutionärer Krisen, wenn sich die Erfahrung der Arbeiterkontrolle bereits zu verallgemeinern beginnt und somit nicht Gefahr läuft, in einigen Betrieben isoliert zu bleiben, können die durch die Arbeiter besetzten Betriebe die Arbeiterselbstverwaltung einführen und somit die Verschärfung der Krise beschleunigen und sie zum entscheidenden Kampf um die Macht auf nationaler Ebene vorantreiben.

Aus dem gleichen Grund ist es falsch, die Losung der »Arbeiterkontrolle« heute durch jene der »Arbeiterselbstverwaltung« als zentrale Losung des Übergangsprogramms zu ersetzen. Die Hauptfunktion des Übergangsprogramms besteht darin, die Erhöhung des Bewusstseinsstandes der Massen durch die Mobilisierung dieser Massen in Aktionen bis zu dem Punkt zu gestatten, an dem sie beginnen, das kapitalistische Regime zu stürzen. In agitatorischer Weise die Losung der Selbstverwaltung auszugeben, bedeutet, das entscheidende Problem, das es zu lösen gilt, als bereits gelöst zu betrachten. Zu glauben, dass die werktätigen Massen in den imperialistischen Ländern bereit seien, sofort die Verwaltung der Wirtschaft in eigene Hände zu nehmen, stellt einen Selbstbetrug dar und führt zur Verbreitung schädlicher Illusionen bezüglich des tatsächlichen Bewusstseinsstandes dieser Massen.

Die Agitation für die Arbeiterkontrolle hat gerade zur Aufgabe, diese Massen über ihre eigenen Erfahrungen und ausgehend von ihren unmittelbaren täglichen Sorgen dahin zu führen, die Notwendigkeit, die Kapitalisten aus den Betrieben und die kapitalistische Klasse von der Macht zu jagen, zu begreifen. Die Ersetzung dieser pädagogischen Agitation durch jene für die »Arbeiter-

selbstverwaltung« hindert die große Masse der Arbeiter daran, diese Erfahrung zu machen, man zwingt sie sich auf Sofortforderungen zu beschränken, und man riskiert, einige isolierte Ansätze von »Selbstverwaltung« avantgardistischer Betriebe zu initiieren, die zu Entartung und Integration in die kapitalistische Gesamtwirtschaft, wenn nicht zum kläglichen Scheitern, verdammt sind.

Ein anderer Nachteil hinsichtlich des Versuchs der Anwendung von Arbeiterselbstverwaltung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft in nichtrevolutionärer Situation besteht darin, dass sie die zu Aktionszwecken mobilisierbare Energie der Arbeiter für den bestehenden Wirtschaftsprozess umsetzt. Anstatt sich im besetzten Betrieb zu organisieren, der Bourgeoisie auf der Ebene des Klassenkampfes, da wo sie am stärksten ist, durch die Ausweitung des Kampfes in der Stadt, im Industrieviertel, im Industriezweig, wenn nicht im ganzen Land, entgegenzutreten, werden die Arbeiter dazu gebracht, den Kampf auf dem Gebiet des Marktes, wo ihre Unterlegenheit manifest ist, auszutragen.

VII

Die aus einem Streik oder einer großen revolutionären Welle hervorgegangenen, im Rahmen des Kampfes für die Arbeiterkontrolle oder Auseinandersetzung mit der repressiven Staatsmacht geschaffenen Streikkomitees sind die natürlichen Organe der Machtausübung durch das Proletariat²³. Von den »Arbeiterkomitees«, von denen Marx bereits im Jahre 1850 auf Grundlage der Erfahrung der Revolution von 1848 sprach, von der Pariser Kommune und dem Petersburger Sowjet von 1905, bis zu den Sowjets, die in der russischen Oktoberrevolution die Macht ergriffen, und zu den Arbeiterräten, die im Verlauf der deutschen, der österreichischen, der spanischen, der zweiten ungarischen und anderer Revolutionen entstanden, drängte und drängt sich noch immer diese Organisationsform der proletarischen Macht aus offensichtlichen Gründen der revolutionären Praxis auf. Sie ist sehr anpassungsfähig und erlaubt alternative Erscheinungsformen im territorialen und funktionellen Rahmen (Räte der Arbeiter, der Soldaten, der Studenten, der Matrosen usw.) Sie ermöglicht es am umfassendsten, die Masse der Kämpfenden an der direkten Machtausübung zu beteiligen. Sie erlaubt, in großem Ausmaß die Trennung der legislativen von den exekutiven Funktionen zu überwinden. Sie erleichtert die Kontrolle der Massen, die Durchschaubarkeit der Operationen, die allgemeine Wählbarkeit und die Absetzbarkeit der Gewählten. Sie schafft vor allem einen idealen Rahmen für die proletarische und sozialistische Demokratie, da sie gleichzeitig ein Forum bildet, in dem die verschiedenen Tendenzen und Parteien der Arbeiter ihre ideologischen und politischen Differenzen austragen können, und indem sie gleichzeitig diesem Kampf eine rationale Begrenzung auferlegt: die notwendige Aktionseinheit, das Minimum an zu akzeptierender gemeinsamer Disziplin angesichts des gemeinsamen Feindes, die die Bedingung zur Teilnahme an der Arbeit der Räte bildet (man kann

nicht an einem Streikkomitee teilnehmen, wenn man sich nicht am Streik beteiligt!), und über welche die Massen selbst ebenso aufmerksam wachen, wie sie dies über die Einhaltung der Arbeiterdemokratie tun.

Es ist wenig wahrscheinlich, dass in kommenden Revolutionen völlig neue Organisationsformen der Arbeitermacht entstehen werden. Ebenso unwahrscheinlich ist jedoch, dass diese Organisationen einfache Nachahmungen der russischen Sowjets in den verschiedenen Etappen der Revolution im alten zaristischen Kaiserreich darstellen. Wir [kennen] zahlreiche Varianten des Organisationstypus von Arbeiterräten [...], die grundlegenden, oben skizzierten Charakteristiken werden sich jedoch zweifellos in der Mehrheit der Fälle wiederfinden.

Die besondere Erfahrung der Deformierung und später der bürokratischen Entartung des Arbeiterstaates in der Sowjetunion und vor allem die Erfahrung der stalinistischen Diktatur, haben eine gewaltige Verwirrung hinsichtlich der demokratischen Möglichkeiten eines auf Macht der Arbeiterräte gegründeten Staates hervorgerufen. Spätere Erfahrungen, wie die gewaltsame Zerschlagung der ungarischen Arbeiterräte im Jahre 1956 und die weniger gewaltsame, jedoch nicht minder schädliche Zerschlagung der Anfänge einer sozialistischen Demokratie in der CSSR nach August 1968, haben zumindest vor den Augen der objektivsten Beobachter eher den Widerspruch zwischen stalinistischer Diktatur und einem auf Arbeiterräte gestützten Staat bewiesen als ihre angebliche Übereinstimmung. Trotzdem besteht gegenüber dieser Frage große Unklarheit. Die von den sowjetischen Führern und ihren Satelliten erbittert verteidigten Mythen im Zusammenhang mit der leninistischen Staatsdoktrin können nur jene bestärken, die die Auffassung vertreten, dass eine bessere, realere und wirksamere Form der Demokratie außerhalb des bürgerlich-parlamentarischen Rahmens nicht möglich sei.

Erinnern wir deshalb in diesem Zusammenhang an einige Grundwahrheiten. Weder Marx noch Lenin haben jemals zum Prinzip erhoben, dass es im Rahmen der Diktatur des Proletariats nur Platz für eine einzige Partei gäbe, oder dass die Arbeiterklasse selbst nur durch eine einzige Partei vertreten sein könne. Die gesamte Erfahrung der Arbeiterbewegung zeigt im Gegenteil, dass die Vielfalt der Tendenzen und Parteien, die sich auf die Arbeiterklasse berufen, sowohl einer gesellschaftlichen Differenzierung wie unvermeidlichen ideologischen Differenzen innerhalb des Proletariats selbst entsprechen²⁴. Diese Tatsache erfordert Fraktionsfreiheit und die Freiheit, neue Parteien im Rahmen der sozialistischen Verfassung und Gesetzlichkeit gründen zu können. Diese Freiheiten erfüllen ebenfalls die Forderung nach tatsächlicher Leistungsfähigkeit. Viele Probleme, mit denen die Arbeitermacht konfrontiert wird, sind neue Probleme, und letztlich kann nur die Praxis (und zwar eine langfristige Praxis) darüber entscheiden, welche von den durch die verschiedenen Strömungen verteidigten Lösungen die richtigen sind. Indem das Recht, neue Arbeiterparteien zu bilden, unterdrückt wird, erstickt die sich an der Macht

befindende Partei unvermeidlich die innere Parteidemokratie. Diese Demokratie erfordert das Recht, Fraktionen zu bilden; und wie könnte man es verhindern, eine Fraktion, die einen Kampf um Prinzipienfragen führt, als den Kern einer neuen Partei zu betrachten? Indem man die interne Parteidemokratie verhindert, verringert man für die gesamte Partei automatisch die Möglichkeit, politische Fehler zu vermeiden, und verlängert die Periode, in der sie ihre Fehler nicht korrigiert.

Die Rätedemokratie bezieht das Recht auf freien Zugang zu den Massenmedien (Presse, Druckereien, Radio, Fernsehen), zu Propagandamaterial, zu Versammlungssälen usw. für alle Arbeitergruppen mit ein, die die sozialistische Verfassung anerkennen. Die gesamte Argumentation Lenins über die Überlegenheit der Räte über die bürgerliche Demokratie vom Standpunkt der *wirksamen Ausübung* der demokratischen Freiheiten durch die Masse der Arbeiter war auf diesen Vorteil fundiert. Die Vorstellung, dass allein die Partei an der Macht, oder gar nur ihr Führungskern, über die Presse und Massenkommunikationsmittel verfügen dürfe, dass sie das Recht habe, die Redakteure sämtlicher Zeitungen zu bestimmen und die allgemeine Nachrichtenzensur einzuführen, eine Idee, die Breschnew und seine Helfershelfer in verschiedenen Ländern, inklusive der CSSR seit dem »Prager Frühling«, erbittert verteidigen, stellt eine grundsätzliche Deformierung der leninistischen Prinzipien der Rätedemokratie dar, wie sie in »Staat und Revolution« entwickelt wurden. Man sollte sogar betonen, dass, wie Lenin wiederholt unterstrich, selbst die Frage, ob die demokratischen Rechte dem Bürgertum verliehen oder abgesprochen werden sollten, keinesfalls eine Prinzipienfrage, sondern lediglich eine Frage der Kräfteverhältnisse und der Wirksamkeit darstellt²⁵. Die Idee, die Mehrheit der Arbeiter von der Ausübung dieser Rechte auszuschließen, weil sie die augenblickliche Linie der Partei nicht unterstützen, ist Lenin nie in den Sinn gekommen.

Die praktische und getreue Anwendung der Prinzipien der sozialistischen Demokratie ist offensichtlich Funktion des realen Klassenkampfes und nicht Funktion abstrakter frommer Wünsche. Wenn ihr Regime in Gefahr geriet, hob selbst die liberalste Bourgeoisie in unzähligen Fällen die demokratischen Freiheiten auf, die sie dem Volk knauserig zugestand, errichtete Diktaturen und übte blutigen Terror gegen die Unterdrückten aus. Durch den Willen getrieben, ihre neu errungene Freiheit zu verteidigen, werden sich die Arbeiter erbittert gegen jeden Versuch des Kapitals verteidigen, seine gestürzte Macht wiederum herzustellen. Je geringer die Härte des Kampfes, desto stabiler der Arbeiterstaat, und je mehr die gesellschaftlichen Beziehungen sich entspannen, um so mehr werden die Restriktionen, die allen Gegnern des neuen Regimes bei der Ausübung demokratischer Freiheiten auferlegt wurden, abgebaut und aufgehoben werden. Der Arbeiterstaat, ein Staat im Dienste der großen Mehrheit und zur Unterdrückung lediglich einer kleinen Gruppe von Ausbeutern, muss in jedem Falle ein Staat besonderer Art, ein Staat sein, der sozusagen seit seiner

Entstehung abzusterben beginnt. Man kann mit Mao Tse-tung übereinstimmen, dass sich der Klassenkampf periodisch selbst in der Übergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus erneut verschärfen kann; dass jedoch nach der siegreichen Vollendung des Aufbaus des Sozialismus – d.h. nach dem ersten Schritt in die klassenlose Gesellschaft – noch immer ein Staat notwendig sei oder dass man sogar dann noch mit einer Verschärfung des Klassenkampfes rechnen könne – ein Klassenkampf nebenbei gesagt, ohne das Bestehen von Klassen! –, ist eine Absurdität, die nur ein Stalin produzieren konnte.

VIII

Wenn auch die marxistische Theorie von der Organisation des Arbeiterstaates klar genug ausgeführt ist, so ist sie jedoch weit davon entfernt, genaue Vorstellungen hinsichtlich der Organisation der Wirtschaft in Übergangsperioden zu entwickeln. Die konkrete Weise, in der sich die Wirtschaftsplanung – die von Marx wiederholt zum Grundprinzip sozialistischer Wirtschaft erklärt wurde – mit der Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse (unter der Herrschaft der »assozierten Produzenten«, wie Marx es nannte) entäußern soll, bleibt ein Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen und Differenzen. Die vielfältigen, auf verschiedenen Stufen der Entwicklung angesammelten Erfahrungen, die zuerst von der sowjetischen Wirtschaft und dann von bestimmter anderer Länder, die den Kapitalismus gestürzt haben, gemacht wurden, stellen verschiedene Lösungsmöglichkeiten dar, die von der äußersten bürokratischen Zentralisation bis zum jugoslawischen Modell reichen, das auf der Verbindung der Selbstverwaltung der Betriebe mit der »sozialistischen Marktwirtschaft« basiert. Man muss zugestehen, dass die Theorie selbst nicht viele Hinweise liefert. Marx spielte kurz auf die Produktionsgenossenschaften an, deren Angehörige selbst die Geschäftsführer ernennen. DeLéon vertrat eine vage Theorie von »Industriegewerkschaften«, die die Produktion nach der Eroberung der Macht organisieren sollten. Die Bolschewistische Partei wurde weitgehend von dieser Theorie inspiriert und vertraute während der ersten Jahre nach der Oktoberrevolution den Gewerkschaftsverbänden die Verwaltung der Wirtschaft an²⁶. Die Ergebnisse waren keineswegs überzeugend, und man ging langsam von einem gemischten Modell der Betriebsverwaltung (Direktoren-Gewerkschaften) zur »einheitlichen Betriebsleitung« über, die im Jahre 1930 von Stalin endgültig und offiziell sanktioniert wurde.

Die Idee, die Fabriksojets (Fabrikräte) zu Leitungsorganen der Wirtschaft zu machen, wurde andererseits während der ersten Jahre nach der Oktoberrevolution von mehreren linken Kommunisten verteidigt und in Europa, vor allem in Deutschland und Holland, weitgehend vertreten.

In der gegenwärtigen Diskussion über diese Frage stehen sich zweifellos zwei gegensätzliche Erfahrungen

gegenüber: die stalinistische und die jugoslawische. Von beiden Seiten versucht man, die möglichen Varianten der Betriebsverwaltung in das Dilemma einzuschließen: entweder Autonomie der Betriebe und Beurteilung ihres Erfolges nach dem globalisierenden Kriterium der finanziellen Rentabilität (des Profits), durch die Vermittlung des Marktes, oder administrative Zentralisierung, die die Unmöglichkeit jeglicher Arbeiterselbstverwaltung impliziert.

Die Argumentation, derzufolge die Arbeiterselbstverwaltung notwendigerweise eine wirtschaftliche Dezentralisierung und eine wachsende Rückkehr zur »sozialistischen Marktwirtschaft« bedingt, ist nicht überzeugend. Warum soll Arbeiterselbstverwaltung mit demokratischer Delegation der Exekutivgewalt – nicht an administrative Instanzen, sondern an solche, die für die Gesamtheit der beteiligten Arbeiter repräsentativ sind, weil sie durch sie gewählt wurden und durch sie jederzeit absetzbar bleiben (nationale, regionale, lokale und morgen zweifellos auch internationale Kongresse der Arbeiterräte) – unvereinbar sein? Tatsächlich können eine ganze Reihe wirtschaftlicher Entscheidungen nicht auf der Ebene des einzelnen Betriebs getroffen werden. Wenn man behauptet, diejenigen, die Selbstverwaltung verantwortlichen durchführen, seien in ihren Entscheidungen ungebunden, sagt man nur die halbe Wahrheit: solche Entscheidungen werden sehr rasch durch den Markt »korrigiert« und können zu einem Ergebnis führen, das dem von den »Selbstverwaltern« beabsichtigten völlig entgegengesetzt ist. Was ist somit der Unterschied zwischen ökonomischem Zwang, der sich hinter dem Rücken der »Selbstverwalter« durchsetzt, und einer administrativen Verordnung, die ohne ihr Wissen getroffen wird? Sind nicht beide Verfahren in Wirklichkeit gleich und gleichfalls entfremdend? Und besteht die wirkliche sozialistisch-demokratische Lösung nicht darin, diese Entscheidungen durch Kongresse von Arbeiterräten auf allen Ebenen, wo Entscheidungen wirksam getroffen werden können, treffen zu lassen (es versteht sich von selbst, dass eine ganze Reihe dieser Entscheidungen innerhalb eines Betriebes und selbst innerhalb einer Betriebsabteilung und Werkstatt getroffen werden können)?

Es entspricht ebenfalls nicht der Wahrheit, dass die einzige oder Hauptursache der Bürokratisierung, der Allmacht der Bürokratie, die zentralisierte Kontrolle über das gesellschaftliche Mehrprodukt sei, über welches diese im Rahmen des Systems der administrativen Planung verfügt. Die Hauptquelle der Macht der Bürokratie besteht in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, d.h. letzten Endes im Mangel an Aktivität, an Bewusstsein, an Kenntnissen, Fähigkeiten, Initiative und Kultur seitens der Arbeiter. Dies ist zweifellos eine Auswirkung der früheren kapitalistischen Verhältnisse, ein Ergebnis des ungenügenden Entwicklungsstandes der Produktivkräfte. Aber alle Faktoren, die zur Demoralisierung der Arbeiter und zur Senkung ihres Klassenbewusstseins beitragen, verstärken ihre Passivität und erhöhen daher den Einfluss der Bürokratie auf die Verwaltung der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Mehrproduktes.

Dieser Einfluss kann durch die Vermittlung des Marktes in einem System der dezentralisierten Betriebsverwaltung genauso wirksam wie in einem System der administrativen Zentralisation zur Entfaltung gelangen. Und zu den Faktoren, die die Demoralisierung der Arbeiter verursachen, darf man nicht nur den Mangel an wirklicher Beteiligung an der Betriebsverwaltung zählen (ein offensichtlicher Faktor der Entfremdung), sondern ebenfalls das Anwachsen sozialer Ungleichheit, die allgemeine Kommerzialisierung des gesellschaftlichen Lebens und die sich daraus ergebende Verdinglichung aller menschlichen Beziehungen, die wachsende Konkurrenz zwischen verschiedenen Arbeitergruppen, die Zersetzung kollektiver Solidarität, das neuerliche Wiederaufkommen von Arbeitslosigkeit und viele andere unvermeidliche Ergebnisse »sozialistischer Marktwirtschaft«, wie sie sich heute in Jugoslawien entwickeln²⁷.

Marxisten sind entschiedene Vertreter des Prinzips der Arbeiterselbstverwaltung in der Wirtschaft; sie sind jedoch überzeugt, dass die jugoslawischen Führer der Sache der Selbstverwaltung einen schlechten Dienst erwiesen haben, indem sie in irreführender Weise das Konzept der Selbstverwaltung mit jenem der »sozialistischen Marktwirtschaft« verketteten. Die wirkliche Entproletarisierung, die wirkliche Aufhebung der Entfremdung der Arbeit, erfordert nicht nur die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der bürokratischen Verwaltung der Wirtschaft, sondern ebenfalls jene der Marktbeziehungen und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Es handelt sich um Prozesse, die nicht von heute auf morgen, genausowenig im übrigen, wie das Absterben des Staates, verwirklicht werden können. Aber sowenig die Dauer dieses Prozesses ein Vorwand dafür sein darf, seinen Anfang in ferne Zukunft zu verlegen, so unlogisch ist es, den Beginn des Absterbens der Marktbeziehungen unter dem Vorwand immer weiter hinausschieben zu wollen, dieser Prozess werde sich erst dann erfolgreich entfalten, wenn ein Überfluss an Gütern und Dienstleistungen für alle garantiert werden könne.

Tatsächlich muss sich die Arbeiterselbstverwaltung als Prozess der Aufhebung der Entfremdung in den Produktionsverhältnissen *gleichzeitig auf all jenen Ebenen* vollziehen, auf denen der Produzent weiterhin entfremdenden ökonomischen Beziehungen unterworfen ist. Arbeiterselbstverwaltung meint daher, dass auf Fabrikebene, unter bewusster Beteiligung aller, durch demokratisch gewählte Arbeiterräte Verwaltungsentscheidungen getroffen werden können, und zwar unabhängig von äußerer Einmischung. Sie bedeutet, dass für alle Beziehungen zwischen dem Betrieb und der Umwelt, für die Koordinationsentscheidungen getroffen werden müssen, diese bewusst durch von den Arbeiterräten gewählte Kongresse getroffen werden. Sie bedeutet das Absterben der hierarchischen inneren Betriebsstruktur, das Absterben von Warenbeziehungen und die Verteilung einer aufeinander folgenden Reihe von Gütern und Dienstleistungen nach dem Prinzip der Bedürfnisbefriedigung (ohne das Dazwischentreten des Geldes) nach Prioritäten, die demokratisch durch die arbeiten-

den Massen selbst festgelegt werden. Sie bedeutet, dass in einer ganzen Reihe von Gebieten (Unterricht, Kultur, Wohnungswesen, Gesundheit, Städtebau usw.) die Kriterien der »Rentabilität« zugunsten derer der Solidarität und des gesellschaftlichen Nutzens bewusst ausgeschaltet werden²⁸. Die Fähigkeit einer Wirtschaft in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, diese Prinzipien tatsächlich vollständig zu verwirklichen, hängt offensichtlich von ihrem relativen Reichtum ab. Ihre Fähigkeit jedoch, *sich in diese Richtung zu entwickeln, ist in jeder Wirtschaft vorhanden.*

IX

Eine der neomarxistischen Varianten der Lehre der Arbeiterräte, die von gewissen jugoslawischen Theoretikern verteidigt wird, stellt eine kaum verschleierte Apologie der widerspruchsvollen gesellschaftlichen Wirklichkeit Jugoslawiens dar: die Arbeiter seien nicht fähig, direkte Herrschaft außerhalb der betrieblichen Selbstverwaltung – und bestimmt außerhalb der Wirtschaft – auszuüben. Im Staat müsse Macht von den »bewussten Kräften der Gesellschaft« ausgehen, d.h. von dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens.

Die heuchlerischsten Verteidiger dieser Theorie behaupten sogar, dass in der jugoslawischen Gesellschaft keinerlei Veranlassung bestünde, politische Strukturen zu schaffen, da der Staat sowieso am Absterben sei. Man kann jedoch kaum von der Hand weisen, dass dieser noch weit davon entfernt ist zu verschwinden. Warum unter diesen Bedingungen die Arbeiterräte nicht über die politische Macht verfügen, die die marxistisch-leninistische Theorie für Sowjets vorgesehen hat, wurde durch diese jugoslawischen Theoretiker niemals in zufriedenstellender Weise erklärt.

Der offensichtlichste Widerspruch des jugoslawischen Systems ist jener zwischen der zum Prinzip des Wirtschaftslebens erklärten Selbstverwaltung und der politischen Struktur, die weit davon entfernt ist, auf die direkte Ausübung der Macht durch die Arbeiterklasse gegründet zu sein. Wir haben bereits gesehen, dass unter Bedingungen übermäßiger wirtschaftlicher Dezentralisierung, der offenen Rückkehr zu den Mechanismen der »sozialistischen Marktwirtschaft«, der wachsenden Integration der jugoslawischen in die internationale kapitalistische Wirtschaft, die Selbstverwaltung der Produzenten auf Betriebsebene Gefahr läuft, ihres wirklichen Inhalts beraubt zu werden. Wir haben außerdem betont, dass eine wirkliche wirtschaftliche Selbstverwaltung nur auf der Ebene der Gesamtwirtschaft möglich ist (durch einen Kongress der Arbeiterräte). Eine andere Frage verdient jedoch ebenfalls betont zu werden: Es gibt keine reale Selbstverwaltung, solange diese sich ausschließlich auf das Gebiet des »Betriebslebens« beschränkt (sowohl in jedem Betrieb getrennt wie in allen Betrieben zu einer kohärenten Einheit vereint).

In der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gibt es unzählige Beziehungen von »Wirtschaft«

und »Politik« (sie entwickeln sich bereits unaufhörlich in der Epoche des Imperialismus und des Spätkapitalismus). Der Begriff »Wirtschaftspolitik« bringt dies klar zum Ausdruck. Die Arbeiterräte können formal über einen Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts, das in »ihrem« Betrieb entstanden ist, verfügen. Die Wirtschaftspolitik der Regierung (ihre Steuer- und Kreditpolitik, ihre Geld-, Handels- und Außenhandelspolitik usw.) kann jedoch die Bedingungen, unter denen sich dieses Mehrprodukt realisiert, d.h. seinen Umfang und seine Verwendung, von einem Tag auf den anderen radikal verändern. Wiederum gleicht diese Verfahrensweise eher einer Verschleierung als einer tatsächlichen »Aufhebung der Entfremdung«.

Ein Kongress der Arbeiterräte kann andererseits die Entscheidungsbefugnis über den Plan, die Verteilung des Volkseinkommens und die Investitionen (des Wirtschaftswachstums) nicht wirksam in die Hände nehmen, ohne ebenfalls das Entscheidungsrecht über alle jene Gebiete in Anspruch zu nehmen, die die ökonomischen Entwicklungstendenzen bedeutend beeinflussen, und die wir soeben aufzählten. Wenn er diese Entscheidungsgewalt nicht erhält, wird sich eine gefährliche »Doppelherrschaft« innerhalb der Gesellschaft entwickeln. Wenn er sie tatsächlich erhält, welche Funktionen bleiben dann für andere zentrale Staatsorgane übrig – es sei denn jene der Verwaltung spezifischer Gebiete, wie etwa kulturelle Fragen, die öffentliche Gesundheit, das Erziehungswesen usw.? Aber eine solche spezifische Verwaltungsarbeit steht im Widerspruch zu Ansprüchen parlamentarischer Art und würde außerdem die bevorzugte Vertretung gewisser Gesellschaftsgruppen rechtfertigen, um in diesen Bereichen die Verschmelzung legislativer und exekutiver Funktionen ebenfalls zu ermöglichen.

Da die zentralen ökonomischen Entscheidungen fundamentale wirtschaftliche Probleme betreffen, erfordert eine wirkliche Arbeiterselbstverwaltung das Recht der »Selbstverwaltenden«, sich – sogar auf Betriebsebene – aktiv mit Wirtschaftspolitik im nationalen Rahmen, d.h. ganz einfach das Recht, sich mit Politik zu beschäftigen. Sie setzt für jeden Arbeiterrat das Recht voraus, hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Pläne der Regierung Gegenvorschläge zu unterbreiten, Verbündete für diese Alternativprojekte und -pläne im ganzen Land zu sammeln, die Öffentlichkeit über die Alternative, mit der sie konfrontiert ist, zu informieren und in seinem Sinne zu beeinflussen usw. Eine tatsächliche Selbstverwaltung erfordert somit die Ausdehnung der Prinzipien sozialistischer Demokratie auf einen politischen Bereich, wovon die politische Entwicklung in Jugoslawien noch weit entfernt ist²⁹.

Gibt es diese sozialistische Demokratie nicht, dann ist die Selbstverwaltung weitgehend bürokratisiert und ihres emanzipatorischen Inhalts beraubt. Und da keine öffentliche Debatte zu einer klaren Information führen kann, solange sie nicht von *organisierten* Fraktionen geführt wird, trägt das Fehlen des Rechts zur Organisation anderer Parteien, die die sozialistische Ordnung

anerkennen (sowie das Fehlen des Rechtes zu Fraktionierungen innerhalb des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens) dazu bei, die Selbstverwaltung noch mehr ihres Inhalts zu berauben.

Die theoretische Krönung all dieser Widersprüche und Missformungen des jugoslawischen Selbstverwaltungssystems besteht in der Auffassung, nach der die Produktionsverhältnisse, die es zu verändern gilt, sich in letzter Instanz auf die Einkommensverteilung innerhalb des Betriebes beschränken³⁰.

Die Selbstverwaltung bestünde grundsätzlich im Recht der Arbeiter, diese Verteilung zu bestimmen; der Rest sei Sache der Techniker und des Marktes. Es erübrigt sich zu betonen, dass es sich hier um eine typisch technokratische Ideologie handelt, die wenig mit Marxismus gemein hat. Die Produktionsverhältnisse beziehen sich nicht in erster Linie auf die Einkommensverteilung, sondern betreffen die Art und Weise in der die Produktion organisiert wird. Die Einkommensverteilung als »wichtigste« Wirtschaftserscheinung setzt die Beibehaltung der Lohnarbeit und der Marktwirtschaft sowie die Tatsache voraus, dass die Arbeitsorganisation und die Kontrolle über die zu produzierenden Gebrauchswerte, d.h. über das Ziel der Produktion selbst, der Entscheidung der Arbeiter weitgehend vorenthalten wird. Die unter solchen Verhältnissen noch immer bestehende Entfremdung der Arbeiter ist daher nicht mehr verwunderlich.

Bis zu ihren äußersten Konsequenzen entfaltet, riskiert die »sozialistische Marktwirtschaft«, die Arbeiterselbstverwaltung sogar in ihrer seit 1950 teilweise realisierten Form zu untergraben. Der Druck der Technokraten, der Direktoren und der bürokratisierten Elemente innerhalb der Betriebe wirkt sich eindeutig in dieser Richtung aus: Sie versuchen, alle Entscheidungsbefugnis hinsichtlich der Arbeitsorganisation und des laufenden Produktionsprozesses wieder an Instanzen außerhalb der Arbeiterschaft zu übertragen, und dies unter dem Vorwand, die Arbeiter seien keine »Experten«, die allein »befähigt« seien, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Die von uns entwickelte, zum Teil scharfe Kritik der jugoslawischen Abweichung vom Marxismus soll die Aufmerksamkeit keinesfalls von der Tatsache ablenken, dass die Einführung des Systems der Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben Jugoslawiens dort Bedingungen geschaffen hat, die einer zukünftigen wirklichen Arbeitermacht weit günstigere Voraussetzungen bieten, als sie in allen anderen Ländern, in denen der Kapitalismus gestürzt wurde, bestehen. Die hier entwickelte Kritik soll den revolutionären Arbeitern erlauben, sich aus dem Gegensatz: »entweder stalinistische Zentralisation oder sozialistische Marktwirtschaft à la Jugoslawien« zu befreien, ohne dass damit das jugoslawische Experiment der Selbstverwaltung seiner Bedeutung beraubt würde. Es hat einen Ausgangspunkt geschaffen, von dem aus neue Revolutionen und andere Arbeiterstaaten die Suche nach einem gültigen ökonomischen Organisations-

modell für die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus fortsetzen können.

X

Die dritte industrielle Revolution hat zahlreiche Veränderungen in der bürgerlichen Gesellschaft mit sich gebracht. Die spezifische Bedeutung der Bauernschaft und der alten Mittelklassen wurde aufs Neue eingeschränkt und ist in mehreren Ländern nahezu gänzlich zurückgegangen. Die Bedeutung der freien Berufe und der »neuen Mittelklassen« hat das bereits vor Beginn der großen Wirtschaftskrise von 1929-1932 erreichte Ausmaß nicht überschritten. Die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, steigt weiter an. Im Gegensatz zu einer zäh verbreiteten Legende hat sich die innere Homogenität und der Zusammenhalt dieser gewaltigen Masse – zwischen 70 und 85% der arbeitenden Bevölkerung in den meisten der industriell hochentwickelten Länder – erhöht und nicht verringert. Die Unterschiede in der Entlohnung sowie jene des gesellschaftlichen Status zwischen Arbeitern, Büroangestellten und kleinen wie mittleren Beamten sind im Vergleich zu dem, was sie noch zu Beginn des Jahrhunderts oder zu Anfang der dreißiger Jahre gewesen waren, beträchtlich gesunken. Die durch die dritte industrielle Revolution auferlegten technologischen Veränderungen bedingen sogar, dass in der halbautomatisierten Fabrik durch eine mobile Abteilung von Reparaturarbeitern, durch mit Hilfe von Computern arbeitende Buchhalter und durch neue Maschinen installierende Techniker ausgeführten Arbeitsvorgänge sich einander mehr und mehr ähneln.

Die Ergebnisse dieser wachsenden Homogenisierung der Lohnarbeit kamen in der Mai-Explosion im Jahre 1968 in Frankreich, sowie in der Welle der 24-stündigen Generalstreiks, die in den Jahren 1969/70 über Italien zogen und heute noch ziehen, zum Ausdruck. Die Zahl der Streikenden hat all das, was man aus der Vergangenheit kannte, weit überschritten (10 Millionen Streikende in Frankreich, 15 Millionen in Italien). Die Beteiligung der Angestellten, der Beamten, des Erziehungspersonals und sogar der höheren Kader an dieser Streikwelle war bedeutend. Diese Beteiligung beschränkte sich keinesfalls darauf, mit Arbeitern die Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder Lohnerhöhungen zu fordern. Sie erstreckte sich auf Forderungen, die diesen Streiks die Bedeutung der Infragestellung des Systems gaben, d.h. der Infragestellung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse selbst: die gegen die autoritären Strukturen der Betriebe, der Büros, der Werkstätten, der Dienstleistungsunternehmen gerichteten Forderungen, die Infragestellung des Rechts des Kapitals und seines Staates, über Arbeiter und Maschinen zu verfügen.

Man hatte schnell bemerkt, dass Studentenforderungen wie die der »Studentenkontrolle«, der »Studentenmacht«, der »Selbstverwaltung« der Schulen und der Universitäten der revolutionär-marxistischen Tradition entstammen.

Was während des revolutionären Mai in Frankreich frapierend zu Tage trat, war die Tatsache, dass analoge Forderungen im »Randmilieu« des Wirtschaftslebens auftraten, deren Bedeutung jedoch im aktuellen Stadium der Entwicklung der Produktivkräfte nur wachsen kann: Forscher, Gelehrte, Ärzte und Krankenhauspersonal, Journalisten der Presse, des Radios und Fernsehens, Schauspieler und Theaterpersonal usw.³¹

Es handelt sich hier um das Ergebnis verschiedener Tendenzen von historisch tiefgreifender Bedeutung, dessen große Bedeutung für den Kampf um den Sozialismus man verstehen muss. Die dritte industrielle Revolution bringt eine umfassende Reintegration der geistigen Arbeit in den Produktionsprozess in Form von Lohnarbeit mit sich. Dies ist die objektive Basis des Bündnisses zwischen Arbeitern, Studenten und Intellektuellen. Die Intellektuellen hören mehr und mehr auf, Kleinbürger zu sein; die Studenten verändern sich mehr und mehr von Unternehmer- oder Verwalterlehrlingen in geistige Lohnarbeiterlehrlinge. Diese Reintegration der geistigen Arbeit in den Produktionsprozess impliziert jedoch in einer Gesellschaft, in der die Arbeitskraft mehr denn je eine Ware bleibt, dass die geistige Arbeit allen objektiven und subjektiven Konsequenzen eines Proletarisierungsprozesses unterliegt: d.h. die Herrschaft der Arbeitsteilung, der extremen Spezialisierung und der Parzellierung der Aufgaben, die brutale Unterordnung der individuellen Talente und Bedürfnisse unter die angeblichen »sozialen Bedürfnisse«, die sich mit den Profitbedürfnissen des Großkapitals decken, die wachsende Selbstentfremdung der geistigen Arbeit, die vom Gesetz des Angebots und der Nachfrage bestimmte Höhe der Entlohnung, begleitet von der Entstehung eines Arbeitsmarktes für geistige Arbeit, die dementsprechende Vor»selektion«, die oft zur Dequalifizierung führt oder es unmöglich macht, einen der Höhe der erreichten Qualifikationen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden usw. Dies ist die objektiv-materielle Basis der globalen Studentenrevolte, der sich ganze Schichten von Intellektuellen anschließen können, und die der revolutionären Arbeiterbewegung Verbündete von beträchtlichem Wert zuführt, nicht allein im Kampf um den Sturz des Kapitalismus, sondern auch in dem des Aufbaus einer auf kollektive Selbstverwaltung der assoziierten Produzenten fußenden sozialistischen Gesellschaft.

Die unterschiedliche Natur der Arbeit, die die materielle Grundlage der menschlichen Existenz schafft, und die Aktivität, die sich hauptsächlich in Gebieten außerhalb der materiellen Produktion abspielt, bedingt jedoch bedeutende Unterschiede in der Verwaltungsorganisation solange der Überfluss nicht erreicht ist und die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen noch nicht durch reine Bedürfnisdeckung aller Individuen realisiert werden kann. Selbstverwaltung bedeutet letztlich, dass die Produzenten selbst über den Umfang ihrer produktiven Anstrengungen und ihrer Konsumopfer, die sie aufzubringen bereit sind, entscheiden werden, solange einander ausschließende Prioritäten in der Verwendung von knappen Wirtschaftsressourcen bestehen. Wenn man je-

doch dieses Prinzip auf Gebiete wie den Erziehungssektor, die Krankenhäuser oder die Massenkommunikationsmittel ausdehnen will, darf man nicht vergessen, dass es sich hier nicht um die Verwendung materieller Ressourcen handelt, die diesen Sektoren durch den Rest der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Es ist offensichtlich, dass die Gesamtheit dementsprechend ein Recht der Kontrolle und der Einmischung über und in die Verwendung dieser Ressourcen besitzen muss, die über jenes, das die Verwendung der den einzelnen Fabriken zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel einschränkt, bedeutend hinausgeht. Am Fall der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens lässt sich dieses Problem am offensichtlichsten demonstrieren. Unter der Herrschaft der kapitalistischen Privatunternehmer bzw. des bürgerlichen Staates, der in schamloser Weise Massenmedien und Informationen »manipuliert«, haben die Journalisten offensichtlich das Recht, Kontrollrechte zu fordern und ihre Unabhängigkeit zu verteidigen, nicht zu vergessen die Druckereiarbeiter, die auch Interessen und Rechte besitzen, die die gleiche Aufmerksamkeit wie jene der Journalisten verdienen. In einer auf breite sozialistische Demokratie gegründeten nachkapitalistischen Gesellschaft wäre es jedoch absurd, die Journalisten oder Druckereiarbeiter zu Kontrolleuren darüber zu machen, was gedruckt oder gesendet werden soll und was nicht. Die Logik der sozialistischen Demokratie erfordert in diesem Zusammenhang die Ausdehnung des Zugangs zu den verschiedenen Informationsmitteln auf die Gesamtheit der Gesellschaft (auf alle Gruppen von Werktätigen, die bestimmte zahlenmäßige Schwellen überschritten haben), und nicht ein Monopol des Zugangs oder der Verwaltung dieser Medien durch einen einzigen Beruf.

Deshalb muss die Losung der »Kontrolle« und der »Selbstverwaltung« in diesen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen mit Vorsicht angewandt und den Verschiedenheiten der soeben skizzierten strukturellen Lage Rechnung getragen werden. Es steht jedoch fest, dass das Zerschlagen der autoritären Strukturen auf allen Gebieten gerechtfertigt ist, und dass die Ablösung dieser Hierarchie durch Organisationsformen, die auf dem Räteprinzip basieren – Wählbarkeit, Absetzung, permanente Kontrolle der Führung durch die Basis, breiteste Beteiligung der Masse an den leitenden Funktionen, Einheit von legislativen und exekutiven Funktionen, Entwicklung der schöpferischen Initiative der Massen usw. – als vollkommen legitimes revolutionär-sozialistisches Ziel angesehen werden kann³². Das Konzept der sozialistischen Gesellschaft als einer komplexen, von sich selbst verwaltenden Produzenten und Bürgern bewusst geplanten und geleiteten Einheit stellt das Wesen des Marxismus dar.

XI

Es bleibt uns eine letzte umstrittene Frage zu erläutern. Welches Verhältnis besteht zwischen den Bemühungen der werktätigen Massen, ihre Selbsttätigkeit und Selbst-

organisation durch den Kampf für die Arbeiterkontrolle und die Arbeiterselbstverwaltung, durch die Schaffung von Arbeiterräten zu erreichen, und dem Bestreben, revolutionäre Avantgardeparteien aufzubauen? Die Erfahrung von der Zerschlagung der Rätedemokratie durch die Sowjetbürokratie führte in gewissen Avantgardekreisen zur Neureflexion einer These, die durch die historische Entwicklung schon oft widerlegt wurde. Wir halten es daher für notwendig, mit Nachdruck die Errungenschaften der marxistisch-leninistischen Theorie auf diesem Gebiet hervorzuheben.

Der objektive Hintergrund für die Notwendigkeit revolutionärer Avantgardeparteien kann in drei Punkten angegeben werden: der partielle und bruchstückhafte Charakter der Erfahrung sowohl von der bürgerlichen Gesellschaft als auch vom Klassenkampf, die durch auf bestimmte Betriebe oder Gebiete beschränkte Arbeitergruppen gemacht werden kann (eine Tatsache, die letztlich aus der kapitalistischen Arbeitsteilung selbst und aus ihren Folgen resultiert, im Sinne einer Beschränkung des Bewusstseins der Arbeiter, die dieser Arbeitsteilung unterworfen sind); die unvermeidliche ideologische Differenzierung der Arbeiterklasse, die aus ihrer Berufsstruktur, aus ihrer unterschiedlichen sozialen Herkunft sowie aus Faktoren sich herleitet, die dem Überbau zugerechnet werden müssen (Einfluss der Familie, Schulbildung, verschiedenste ideologische Einflüsse, denen sie unterworfen ist); der diskontinuierliche Charakter der politischen Massenaktivität, und vor allem die historischen Schwankungen in Umfang und Bedeutung revolutionärer Massenbewegungen.

Aus diesen drei Gründen hebt sich die Avantgarde unvermeidlich von der Klasse ab. Sie besteht aus Elementen, die durch individuelle Anstrengungen den beschränkten und fragmentarischen Charakter des Klassenbewusstseins der breiten Massen überwinden. Sie erlaubt, Teilerfahrungen von zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern durchgeführten Klassenkämpfen in eine unendlich viel reichere Gesamterfahrung überzuführen und sie auf diese Weise in einer wissenschaftlich-theoretischen Gesamtkonzeption, dem revolutionär-marxistischen Programm, zu verallgemeinern. Sie versammelt die Individuen, die durch Bewusstsein, Charakter, Aufopferungsfähigkeit, Identifikation mit ihrer Klasse die revolutionäre Aktivität selbst in Zeiten des Rückgangs des Klassenkampfes aufrechterhalten.

Allein schon der letzte Grund rechtfertigt die Existenz einer revolutionären Vorhutorganisation, denn sie muss die spätere revolutionäre Massenerhebung unterstützen und vorantreiben. In Phasen des Niedergangs bewahrt diese Organisation die theoretischen Errungenschaften, verhindert, dass die Idee der Arbeiterräte infolge der allgemeinen Demoralisierung in Vergessenheit gerät, erzieht eine neue Generation auf der Grundlage der Erfahrungen der Vergangenheit, verbreitet allem Widerstand zum Trotz ihr Programm unter den Massen. Es braucht kaum betont zu werden, dass die Möglichkeit der zukünftigen Bildung und Verbreitung von Arbeiterräten

dank dieser Aktivität nur erhöht werden kann. Die revolutionäre Avantgarde-Organisation ist für die Sicherung des Sieges der Revolution unverzichtbare Voraussetzung. Dieser Sieg erfordert eine Zusammenfassung aller Energie, ein sicheres Gespür für die Reife der spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen, eine peinlich genaue Analyse der Vorkehrungen und der Pläne des Gegners, die Ausarbeitung einer wirklichen Wissenschaft von der Revolution, zu der den Massen in ihrer Gesamtheit der Zugang nur schwer möglich ist. Viele Revolutionen brachen spontan aus, jedoch keine einzige Revolution konnte spontan siegen.

Und endlich stellt die revolutionäre Avantgarde-Organisation ein unverzichtbares Instrument des Kampfes gegen die Gefahren einer bürokratischen Entartung der neuen Arbeitermacht dar. Zu glauben, die Arbeiterselbstverwaltung allein stelle eine ausreichende Garantie für Verhinderung derartiger Entartungen dar, bedeutet, die grundlegenden Ursachen dieser Entartung, nämlich das Fortbestehen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Warenwirtschaft in der Übergangsphase zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zu verkennen. Interessenkonflikte zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, Berufen, Gebieten, zwischen verschiedenen Gruppen von Produzenten, sind in dieser Phase absolut unvermeidlich. Es ist eine Illusion anzunehmen, dass einfache demokratische Verfahren (die Wahl) den Ansichten, die die Interessen der Klasse in ihrer Gesamtheit am besten widerspiegeln, automatisch zur Mehrheit verhelfen werden. Nur durch den fortwährenden politischen und ideologischen Kampf sowie durch intensive theoretische Arbeit, die durch einen solchen Kampf entscheidend vorangetrieben wird, kann solchen Auffassungen zum Durchbruch verholfen werden. Die strukturierte Zusammenfassung von Fraktionen in Organisationen und Parteien macht die Auseinandersetzungen überschaubarer. Die chaotische Konfrontation einer Vielzahl unorganisierter Individuen kann den beherrschenden Einfluss von Demagogen oder privilegierten Gruppen nur fördern. Die erforderliche Spontaneität der Massen und eine effektiv arbeitende Avantgarde-Organisation stehen selbstverständlich nicht im Widerspruch zueinander. Letztere führt die Massen in Zeiten revolutionären Aufschwungs und gibt ihnen Rückhalt in Zeiten politischer Rückschläge. Noch weniger besteht ein Widerspruch zwischen der sozialistischen Rätedemokratie, der vollen Ausübung der Herrschaft durch die Arbeiterräte und ihre Kongresse, und der Aktivität einer revolutionären Avantgarde-Organisation. Diese gibt der ersten die Möglichkeit, sich zu artikulieren, und erleichtert dadurch entschieden die Ausübung der Macht durch das Proletariat, indem sie eben die politischen Alternativen deutlich herausarbeitet, auf die eine solche Machtausübung dann zusteuern muss. Gleichermaßen erlaubt es das Bestehen einer revolutionären Internationale, die theoretische Arbeit und die Praxis der nationalen Avantgarde-Organisationen zu einer Einheit zusammenzufassen. Diese Vereinheitlichung ist ohne Organisation nicht realisierbar, jedoch in der Epoche der immer stärkeren Inter-

nationalisierung aller Aspekte des gesellschaftlichen Lebens unerlässlich.

Allerdings sollte sich der Kampf gegen alle dogmatischen Proklamationen richten, denen zufolge eine selbsternannte Avantgarde aus der Tatsache dieser Selbsternennung Anspruch auf irgendwelche materiellen und politischen Vorteile hätte. Materielle Vorteile sind in jedem Falle strikt abzulehnen. Und die politischen Vorteile, die die Aktivisten einer revolutionären Organisation mit »Recht« fordern können, bestehen darin, in den vordersten Reihen für die Interessen ihrer Klasse zu kämpfen, im »Recht«, dem politischen und sozialen Kampf einen viel größeren Teil ihres Lebens zu opfern. Deshalb erhalten sie noch keine Sonderrechte. Zweifellos gibt es ihnen jedoch die Möglichkeit, ihre Arbeitskollegen und Mitbürger stärker zu beeinflussen und zu überzeugen als andere. In einer sozialistischen Demokratie steht diese Möglichkeit allen offen. Und wenn in diesem Zusammenhang das Wort Auslese gebraucht wird, so handelt es sich eindeutig um eine Auslese durch die revolutionäre gesellschaftliche Praxis.

Eine selbsternannte Avantgarde-Organisation verwandelt sich nur in eine wirkliche, wenn bedeutende Teile der Massen die politische Linie dieser revolutionären Avantgarde akzeptieren.

Diejenigen, die die Notwendigkeit einer revolutionären Organisation Avantgarde mit Hinweis auf die Spontaneität der Massen ablehnen oder selbst die Bildung solcher Organisationen im Namen der Räteherrschaft verhindern möchten, verfallen in Wirklichkeit in den theoretischen Fehler der stalinistischen Verteidiger des Prinzips der Einheitspartei, die die Herrschaft der Arbeiterräte unter Hinweis auf eine angeblich universelle Weisheit der Partei ablehnen. Für beide besteht ein unversöhnlicher Widerspruch zwischen der Aufgabe der politischen Überzeugung und Führung durch die Avantgarde und der Selbsttätigkeit organisierter Massen. Dieser unversöhnliche Widerspruch ist für den Marxismus-Leninismus nicht bewiesen. Innerhalb der Arbeiterräte ist die Avantgarde-Partei als unerlässliche Ergänzung für die Organisation der Massen mitkonzipiert. Marx und Engels haben dies bereits in ausreichender Weise zur Zeit des »Kommunistischen Manifests« zum Ausdruck gebracht, und diesem Zitat braucht nichts hinzugefügt werden:

»Sie (die Kommunisten – E. M.) haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennte Interessen.

Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.

Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass einerseits sie in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität abhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, die der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets

das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.«³³

1. Mai 1970

Anmerkungen:

¹ Siehe die Beispiele der Streikkomitees von Seattle im Jahre 1919 [abgedruckt in *Ernest Mandel (Hgb.): Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie (Theorie und Praxis der Gewerkschaften), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1971*] und von Nantes im Jahre 1968 (Yannick Guin, »La Commune de Nantes«, Paris, Maspero, 1969).

² Vgl. den diesbezüglichen Text Trotzki's in o. g. Anthologie.

³ Z.B. die nicht durchgeführte Entwaffnung der Armee im November - Dezember 1918 in Deutschland; die unterlassene Verteilung des Bodens an die Bauern in der ungarischen Revolution von 1919; die unterbliebene Errichtung einer ausschließlich auf die lokalen revolutionären Organisationen fußenden Zentralgewalt in Spanien nach Juli 1936 usw.

⁴ Siehe die Rolle der revolutionären Obleute der Berliner Metallindustrie in der Vorbereitung der deutschen Novemberrevolution im Jahre 1918.

⁵ Wir benutzen diesen Begriff im negativen, jedoch keineswegs im bürgerlichen Sinne. Für uns werden sie Asoziale, weil sie nicht mehr an einer Bewegung der Emanzipation *aller* Ausgebeuteten teilnehmen, sondern sich mit der Illusion einer individuellen Befreiung begnügen, obwohl von allgemeiner Ausbeutung umgeben.

⁶ Für die Arbeiterkommissionen siehe vor allem »Le Commissioni Operaie Spagnole«, Musolini Editore, Turin 1969.

⁷ Wir präzisieren, dass wir in diesem Zusammenhang den Begriff »Arbeiterklasse« auf alle diejenigen anwenden, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, und deren Arbeit für die Produktion und die Realisierung des Mehrwerts der Waren unentbehrlich ist.

⁸ [Ernest Mandel hat in seinen späteren Schriften Wert auf die seiner Ansicht nach korrektere Bezeichnung „dritte technologische Revolution“ gelegt, weil es nach seiner Ansicht nur 2 industrielle Revolutionen gab: die erste, die sich mit der Dampfkraft und der Entwicklung der Werkzeugmaschinen Mitte bis Ende des 18. Jahrhunderts vollzog; die zweite - Ende des 19. Jahrhunderts mit der Entwicklung der Petrochemie, der Elektrizität und der elektrisch betriebenen Werkzeugmaschinen. d. Red.]

⁹ Man beachte die Hartnäckigkeit, mit der der »Sozialist« Wilson diese Bestrafung verteidigt.

¹⁰ In den Betrieben der Firma Pirelli (Mailand) änderten die Arbeiter auf eigenen Beschluss die Geschwindigkeit des Fließbandes. In den FIAT-Werken (Turin) wurden Versuche unternommen, die Änderung des Typs der Produktion durch den Unternehmer zu verhindern (Ersetzung der billigeren durch Luxuswagen). Ein gewählter Arbeiterrat funktioniert dort seit Anfang 1970. Die Frage des Vetorechtes gegen die Verminderung der Arbeitsplätze wurde in Belgien auf breiter Ebene proklamiert.

¹¹ Ein intelligenter Kapitalist wie Bloch-Laine begriff dies seit 1963, als er darauf hinwies, dass die Unzufriedenheit der Arbeiter aufgrund ihrer Entfremdung als Produzenten bei ersten Anzeichen einer zurückgehenden Konjunktur zu wirklichen Revolten führen kann (»Pour une réforme de l'entreprise«. Editions du Seuil, Paris 1963, S. 25).

¹² In diesem Punkt unterscheiden wir uns von André Gorz, der in »Stratégie ouvrière et néo-capitalisme« (Editions du Seuil, Paris 1964, S. 116 f.) eine schrittweise Konzeption der Arbeiterkontrolle mit »abgestuften« Zielen und die Idee einer Aufeinanderfolge von mittelfristigen, realisierbaren Forderungen verteidigt, die einen praktikablen Weg zum Sozialismus öffnen sollen. Diese Konzeption unterschätzt die Notwendigkeit einer revolutionären Massenmobilisierung des Typus Mai 1968, um die Eroberung der Arbeiterkontrolle zu ermöglichen. Sie unterschätzt die direkte Verbindung zwischen einer solchen Mobilisierung und der Frage der politischen Macht, die sie impliziert; und sie unterschätzt die Unmöglichkeit, ein solches »Gleichgewicht« (wie Gorz es nennt) zwischen der Arbeiterbewegung und dem Kapitalismus, welches in Wirklichkeit keineswegs ein Gleichgewicht, sondern eine äußerst labile und zerbrechliche Lage von Doppelherrschaft darstellt, für längere Zeit zu bewahren.

¹³ Über die Bernsteinsche Herkunft des Begriffs der »Wirtschaftsdemokratie« siehe Eduard Bernstein, »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie«, erstmalig im Jahre 1899 veröffentlicht. Wir zitieren aus der Ausgabe Dietz Verlag, Stuttgart 1921, S. 170 ff., 186-190.

¹⁴ Otto Bauer, »Die österreichische Revolution«, Wien 1923, S. 171.

¹⁵ Eugen Varga, »Essais sur l'économie politique du capitalisme«, Moskau, Editions du Progrès, 1967, S. 73-76.

¹⁶ Eduard März, »La prospettiva storica della cogestione«, in: Critica Sociale, Nr. 20, 1969, S. 606-608. Dieser Artikel erschien ursprünglich in der Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie, »Die Zukunft«.

¹⁷ Gilles Martinet, »La conquête des pouvoirs«, Le Seuil, Paris 1968. »Perspectives et Stratégie de la CFDT – Inventaire des Problèmes«, in: »Syndicalisme«, Nr. 1247, S. 13 f., Sonderbeilage.

¹⁸ Zweifellos unterstützte und verstärkte zur Zeit der ersten und zweiten industriellen Revolution die Konzentration der Arbeiter in den Arbeitervierteln und proletarischen Städten den Zusammenhalt und die Solidarität mit der Klasse. In diesem Zusammenhang tragen zwei Elemente der gegenwärtigen kapitalistischen Zivilisation, das Automobil und das Fernsehen, dazu bei, durch den dezentralisierten Freizeitkonsum und selbst den dezentralisierten Wohnbezirk die Zentralisation der Vergangenheit aufzuheben. Anstatt ihre Freizeit zusammen in den Volkshäusern und Versammlungssälen zu verbringen, neigen die Arbeiter dazu, sie individuell zu verbringen. Dies schwächt den Zusammenhalt der Klasse und gibt somit den bestehenden Verbindungen im Betrieb selbst noch stärkere Bedeutung.

¹⁹ Siehe Pierre-Joseph Proudhon, Oeuvres Complètes, Editions Rivière, Paris. James Guillaume, »L'Idée sur l'organisation sociale«, 1876. Und eine gute Zusammenfassung in Daniel Guérins Buch, a.a.O. Die klassische Antwort wurde von Marx im »Elend der Philosophie« gegeben.

²⁰ Siehe das Werk von Peter Kropotkin, »Landwirtschaft, Industrie und Handwerk«, erstmalig veröffentlicht im Jahre 1898. Wir verweisen auf die Ausgabe des Verlags »Der Syndikalist«, Fritz Kater, Berlin 1921.

²¹ Über die allgemeine Frage der Bürokratie im Arbeiterstaat, seine Ursprünge und Mittel, sie zu bekämpfen, siehe Fernand Charlier, »The Roots of Bureaucracy and Ways to Fight it«, in: »Fifty Years of World Revolution«, herausgegeben von E. Mandel, Merit Publishers, New York 1968, S. 253-274.

²² Wir verweisen auf die schmerzliche Erfahrung Jugoslawien, vor allem seit der Wirtschaftsreform des Jahres 1965 und werden im Teil VIII dieser Einleitung die Probleme der »sozialistischen Marktwirtschaft« und ihrer Überkreuzungen mit der Dynamik der Bürokratisierung behandeln.

²³ Trotzki kommt das Verdienst zu, als erster seit dem Jahre 1906 den universellen Wert der Sowjets verstanden zu haben [...].

²⁴ Siehe in diesem Zusammenhang die interessante Studie Ossip K. Flechtheims über die Soziologie der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in SPD und KPD (1920-1933). Diese Studie zeigt insbesondere, dass die KP in dem Augenblick, in dem sie den stärksten Einfluss besaß – die Periode 1921-1928 – in den Industriezweigen, in denen die Löhne am höchsten waren und die industrielle Konzentration am stärksten, das Übergewicht gewann, während die SPD die Hegemonie über die am schlechtest bezahlten und am meisten zerstreuten Arbeiterschichten bewahrte (»Die KPD in der Weimarer Republik«, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1969, S. 311-321).

²⁵ W. I. Lenin, »Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky«, in: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 436 f.

²⁶ [...]

²⁷ Dies wird von den fanatischsten Apologeten der jugoslawischen Bürokratie beharrlich abgestritten, die dann zu wahrlich grotesken Formulierungen kommen. So widersetzt sich ein Verteidiger der »sozialistischen Marktwirtschaft« in der Zeitschrift »Student« (18. März 1969) der strikten Anwendung des Prinzips der Verteilung gemäß dem für die Gesellschaft geleisteten Produktionsbeitrages, indem er betont, dass dieses Prinzip »die unterschiedlichen Begabungen und Leistungen ignoriert. Eine derartige Forderung führt zur Bildung einer allmächtigen administrativen und bürokratischen Macht über die Produktion und die Gesellschaft, einer Macht, die eine künstliche und oberflächliche Gleichheit errichtet, und die zu Mangelerscheinungen, zur Ungleichheit und zu Privilegien führt.« Diese angeblich gemäß dem Prinzip der Gleichheit errichtete Bürokratie ist wirklich ein Hohn für jeden, der auch nur vorgibt, Marxist zu sein.

²⁸ »Der Kampf über die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit wütete um so heftiger, je mehr er, abgesehen von aufgeschreckter Habsucht, in der Tat die große Streitfrage traf, die Streitfrage zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, welche die politische Ökonomie der Mittelklasse bildet, und

der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet.« (Karl Marx: »Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation«, in: Karl Marx – Friedrich Engels, Werke, Dietz Verlag, Berlin 1964, Bd. 16, S.11 (Hervorhebung von mir – E. M.)

²⁹ Siehe das vor kurzem erlassene Verbot der Studentenzeitschrift »Student«.

³⁰ [...]

³¹ Siehe »Räte in Saclay?« in: Trikont-Schriften zum Klassenkampf, Nr. 9, Verlagskooperative Trikont, München.

³² Man sollte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die Bildung von »Schüler-« und »Studentenräten« bereits in der russischen Revolution im Jahre 1918 und besonders in der ungarischen Revolution weitgehend verbreitet war. Siehe hierzu: »Die Jugend der Revolution«, Verlag der Jugend-Internationale, Verlag Junge Garde, Berlin 1921, S. 202-223.

³³ Karl Marx – Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 35.

Leo Trotzki

ÜBER ARBEITERKONTROLLE DER PRODUKTION (Brief an Genossen)

In Beantwortung eurer Anfrage will ich versuchen, hier zur Einleitung des Meinungs austausches einige allgemeine Erwägungen zu skizzieren, die die Parole *Arbeiterkontrolle der Produktion* betreffen.

Die erste Frage, die dabei entsteht, ist: kann man sich die Arbeiterkontrolle der Produktion als ständiges, nicht ewiges natürlich, aber sehr lange andauerndes Regime denken? Um diese Frage zu beantworten, muss die Klassennatur eines solchen Regimes konkreter bestimmt werden. Die Arbeiter haben in Händen - die Kontrolle. Das heißt: Eigentum und Verfügungsrecht bleiben in Händen der Kapitalisten. Somit besitzt das Regime einen widerspruchsvollen Charakter, indem es eine Art Interregnum darstellt.

Die Arbeiter brauchen die Kontrolle nicht für platonische Zwecke, sondern um Produktion und Handelsoperationen der Unternehmer praktisch zu beeinflussen. Diese lässt sich jedoch nicht erreichen, wenn nicht die Kontrolle in der einen oder der anderen Form, in den einen oder den anderen Grenzen in direkte Verfügungsfunktion übergeht. In entwickelter Form bedeutet somit Arbeiterkontrolle eine Art ökonomische Doppelherrschaft in Fabrik, Bank, Handelsunternehmen usw.

Soll die Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung dauerhaft, stabil, »normal« sein, muss sie auf Arbeitsgemeinschaft der Klassen, nicht aber auf Klassenkampf beru-

hen. Eine solche Arbeitsgemeinschaft der Klassen ist nur zu verwirklichen durch die Spitze der Gewerkschaften und der kapitalistischen Verbände. Solche Versuche gab es nicht wenige: in Deutschland (»Wirtschaftsdemokratie«), in England (»Mondismus«) usw. Doch handelte es sich in allen diesen Fällen nicht um Arbeiterkontrolle über das Kapital, sondern um Dienstbeflissenheit der Arbeiterbürokratie für das Kapital. Eine solche Dienstbeflissenheit kann, wie die Erfahrung zeigt, lange währen: je nach der Geduld des Proletariats.

Je näher der Produktion, der Fabrik, der Fachabteilung, um so unmöglicher ist dieses Regime, denn hier geht es um die unmittelbaren Lebensinteressen der Arbeiter, und der gesamte Prozess entwickelt sich vor den Augen der Arbeiter selbst. Die Arbeiterkontrolle durch Betriebsräte ist nur denkbar auf der Basis des scharfen Klassenkampfes, aber nicht auf der der Arbeitsgemeinschaft. Doch bedeutet auch dies Doppelherrschaft im Unternehmen, im Trust, im gesamten Industriezweig, in der gesamten Wirtschaft.

Welches Staatsregime entspricht der Arbeiterkontrolle der Produktion? Es ist offenkundig, dass die Macht sich noch nicht in den Händen des Proletariats befindet, andernfalls hätten wir keine Arbeiterkontrolle der Produktion, sondern die Kontrolle der Produktion durch den Arbeiterstaat als Einleitung zum Regime der staatlichen

Produktion auf den Grundlagen der Nationalisierung. Bei uns ist die Rede von Arbeiterkontrolle im Bereich des kapitalistischen Regimes, unter der Macht der Bourgeoisie. Jedoch wird niemals eine Bourgeoisie, die sich fest im Sattel fühlt, die Doppelherrschaft in ihren Betrieben dulden. Die Arbeiterkontrolle ist folglich nur durchführbar unter der Bedingung einer schroffen Veränderung der Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der Bourgeoisie und ihres Staates. Die Kontrolle kann vom Proletariat der Bourgeoisie nur gewaltsam aufgezwungen werden, auf dem Wege zu jenem Augenblick, wo es ihr die Macht und danach auch das Eigentum an den Produktionsmitteln wegnimmt. Somit kann das Regime der Arbeiterkontrolle, ein seinem Wesen nach provisorisches, ein Übergangsregime, nur der Periode der Erschütterung des bürgerlichen Staates, der proletarischen Offensive und des Zurückweichens der Bourgeoisie entsprechen, das heißt, der Periode der proletarischen Revolution, im weitesten Sinne des Wortes gedacht.

Ist der Bourgeois bereits nicht mehr der Herr, das heißt nicht mehr ganz der Herr in seinem Betriebe, dann ist er folglich auch nicht mehr völlig der Herr in seinem Staate. Dies bedeutet: das Regime der Doppelherrschaft in den Betrieben entspricht dem Regime der Doppelherrschaft im Staate.

Dieses Verhältnis darf jedoch nicht mechanisch verstanden werden, das heißt, nicht in der Art, dass die Doppelherrschaft im Betrieb und die Doppelherrschaft im Staate an ein und demselben Tage das Licht der Welt erblicken. Das fortgeschrittene Regime der Doppelherrschaft, als eine der wahrscheinlichen Etappen der proletarischen Revolution in jedem Lande, kann sich in verschiedenen Ländern auf verschiedene Weise und aus verschiedenen Elementen entwickeln. So kann unter gewissen Bedingungen bei einer tiefen und anhaltenden ökonomischen Krise (starker Organisiertheit der Arbeiter in den Betrieben, einer relativen Schwäche der revolutionären Partei, einer relativen Stärke des Staates, der in der Reserve einen starken Faschismus hat usw.) - die Arbeiterkontrolle über die Produktion der entwickelten politischen Doppelherrschaft in einem Lande vorausgehen.

Unter den oben in großen Zügen vorgezeichneten, besonders für Deutschland charakteristischen Bedingungen, kann die Doppelherrschaft sich im Lande gerade aus der Arbeiterkontrolle als aus ihrer Hauptquelle, entwickeln. Man muss bei dieser Tatsache verweilen, schon allein deshalb, um jenen Fetischismus der Sowjetunion zu verwerfen, den die Epigonen in der Komintern in Umlauf gebracht haben. Nach der gegenwärtig herrschenden offiziellen Ansicht kann sich die proletarische Revolution nur vermittels der Sowjets vollziehen, wobei die Sowjets zu entstehen haben unmittelbar für die Zwecke des bewaffneten Aufstandes. Diese Schablone ist absolut untauglich. Die Sowjets sind nur eine Organisationsform, entschieden wird die Frage durch den Klasseninhalt der Politik, keinesfalls durch ihre Form. In Deutschland hat es Ebert-Scheidemann-Sowjets gegeben. In Russland hatten sich die versöhnlerischen So-

wjets im Juli 1917 gegen die Arbeiter und Soldaten gewandt. Deshalb rechnete Lenin eine Zeitlang damit, wir würden den bewaffneten Aufstand nicht mit Hilfe der Sowjets, sondern der Fabrikkomitees durchführen müssen. Diese Berechnung wurde durch den Gang der Ereignisse widerlegt, da es uns gelang, in den anderthalb bis zwei Monaten vor dem Aufstande die wichtigsten Sowjets zu erobern. Doch zeigt schon dieses Beispiel, wie wenig wir geneigt waren, die Sowjets als das Allheilmittel zu betrachten. Im Herbst 1923 gegen Stalin und andere die Notwendigkeit verteidigend, zur revolutionären Offensive überzugehen, kämpfte ich gleichzeitig dagegen, dass in Deutschland Sowjets auf Kommando geschaffen würden, neben den Betriebsräten, die faktisch bereits die Rolle der Sowjets zu erfüllen begannen.

Vieles spricht dafür, dass auch bei dem heutigen revolutionären Aufstieg die Betriebsräte in Deutschland in einem bestimmten Stadium der Entwicklung die Rolle der Sowjets erfüllen und sie ersetzen werden. Worauf gründe ich diese Annahme? Auf der Analyse der Bedingungen, unter denen die Sowjets in Russland im Februar-März 1917, in Deutschland und Österreich im November 1918 entstanden. Dort wie hier waren Hauptorganisatoren der Sowjets Menschewiki und Sozialdemokraten, die dazu gezwungen wurden durch die Bedingungen der »demokratischen« Revolution während des Krieges. In Russland war es den Bolschewiki gelungen, die Sowjets den Versöhnlern zu entreißen. In Deutschland war es nicht gelungen, und deshalb verschwanden die Sowjets.

Heute, im Jahre 1931, klingt das Wort »Sowjets« ganz anders, als es 1917–1918 klang. Heute ist es das Synonym der Diktatur der Bolschewiki, somit das Schreckgespenst im Munde der Sozialdemokratie. In Deutschland werden die Sozialdemokraten nicht nur nicht zum zweiten Male die Initiative zur Schaffung der Sowjets ergreifen und sich nicht nur nicht freiwillig dieser Initiative anschließen, sondern sie werden sich ihr bis zur letzten Möglichkeit widersetzen. In den Augen des bürgerlichen Staates, besonders seiner faschistischen Garde, wird das Herangehen der Kommunisten an die Schaffung der Sowjets gleichbedeutend sein mit der direkten Erklärung des Bürgerkrieges seitens des Proletariats, und folglich einen entscheidenden Zusammenstoß hervorrufen können, noch bevor die Kommunistische Partei selbst es für zweckmäßig erachtet.

Alle diese Erwägungen zwingen stark, daran zu zweifeln, dass es gelingen könnte, in Deutschland vor dem Aufstande und der Machteroberung Sowjets zu schaffen, die wirklich die Mehrzahl der Arbeiter erfassen. Es ist meiner Ansicht nach wahrscheinlicher, dass in Deutschland die Sowjets erst am Tage nach dem Siege entstehen werden, bereits als unmittelbare Machtorgane.

Ganz anders verhält sich die Sache mit den *Betriebsräten*. Sie existieren bereits heute. Sie werden gebildet sowohl von Kommunisten wie von Sozialdemokraten. In gewissem Sinne verwirklichen die Betriebsräte die Einheitsfront der Arbeiterklasse. Diese ihre Funktion wer-

den sie verbreitern und vertiefen mit dem Steigen der revolutionären Flut. Ihre Rolle wird wachsen, wie auch ihre Eingriffe in das Leben der Fabrik, der Stadt, des Industriezweiges, des Bezirks, des gesamten Staates. Kreis-, Bezirks- wie auch Reichskongresse der Betriebsräte können als Basis für die Organe dienen, die faktisch die Rolle der Sowjets erfüllen werden, d. h. der Organe der Doppelherrschaft. In dieses Regime die sozialdemokratischen Arbeiter vermittelt der Betriebsräte hineinziehen wird viel leichter sein, als die Arbeiter direkt aufzurufen, an einem bestimmten Tag und zu einer bestimmten Stunde mit der Bildung von Sowjets zu beginnen.

Das Zentrum der Betriebsräte einer Stadt kann durchaus die Rolle des Stadtsowjets erfüllen. In Deutschland konnte man das im Jahre 1923 beobachten. Indem sie ihre Funktion erweitern, sich immer kühneren Aufgaben zuwenden und Reichsorgane schaffen, können die Betriebsräte, die sozialdemokratischen Arbeiter eng mit den Kommunisten verbindend, in Sowjets hineinwachsen und eine organisatorische Stütze für den Aufstand werden. Nach dem Siege des Proletariats werden diese Betriebsräte-Sowjets natürlicherweise sich scheiden müssen in Betriebsräte im eigentlichen Sinne des Wortes und in Sowjets als Organe der Diktatur des Proletariats.

Mit alledem wollen wir keinesfalls sagen, dass die Entstehung von Sowjets vor der proletarischen Umwälzung in Deutschland von vorn herein völlig ausgeschlossen ist. Es besteht keine Möglichkeit, alle denkbaren Varianten der Entwicklung vorauszu sehen. Würde der Verfall des bürgerlichen Staates der proletarischen Revolution weit zuvorkommen, der Faschismus sich noch vor dem Aufstande des Proletariats den Kopf einrennen oder auseinanderfallen, dann könnten Bedingungen für die Schaffung von Sowjets als Kampforgane um die Macht entstehen. Selbstverständlich würden in solchem Falle die Kommunisten rechtzeitig die Lage erkennen und die Parole der Sowjets erheben müssen. Dies wäre die denkbar günstigste Situation für den proletarischen Aufstand. Würde sie sich ergeben, müsste sie restlos ausgenutzt werden. Doch im Voraus damit zu rechnen, ist ganz unmöglich. Da die Kommunisten mit dem noch hinlänglich festen bürgerlichen Staat und der Reservearmee des Faschismus in seinem Rücken rechnen müssen, erscheint der Weg über die Betriebsräte als der wahrscheinliche.

Die Epigonen haben rein mechanisch den Gedanken akzeptiert, Arbeiterkontrolle der Produktion wie Sowjets seien nur unter revolutionären Bedingungen durchführbar. Würden die Stalinisten versuchen, ihre Vorurteile in ein bestimmtes System zu bringen, sie würden wahrscheinlich folgendermaßen argumentieren: Arbeiterkontrolle als eine Art ökonomische Doppelherrschaft ist undenkbar ohne politische Doppelherrschaft im Lande, die wiederum undenkbar ist, ohne dass die Sowjets der bürgerlichen Macht gegenübergestellt werden; folglich würden die Stalinisten Schlussfolgern - ist die Parole der Arbeiterkontrolle der Produktion nur zulässig gleichzeitig

mit der Parole der Sowjets.

Aus allem Obengesagten geht klar hervor, wie falsch, schematisch und leblos eine solche Konstruktion ist. In der Praxis geht sie auf das eigenartige Ultimatum hinaus, das die Partei den Arbeitern stellt: ich, die Partei, werde euch nur in dem Falle erlauben, für die Arbeiterkontrolle zu kämpfen, wenn ihr bereit seid, gleichzeitig Sowjets zu errichten. Gerade darum aber handelt es sich, dass diese zwei Prozesse keinesfalls unbedingt parallel und gleichzeitig laufen müssen. Unter dem Einfluss von Krisen, Arbeitslosigkeit und räuberischen Manipulationen der Kapitalisten kann die Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit bereit sein zu kämpfen für die Abschaffung des Geschäftsgeheimnisses und für Kontrolle über Banken, Handel und Produktion, noch ehe sie zu der Einsicht der revolutionären Machteroberung gelangt ist.

Den Weg der Kontrolle der Produktion beschreitend wird das Proletariat unvermeidlich in die Richtung der Eroberung der Macht und der Produktionsmittel weiter vorstoßen müssen. Fragen des Kredits, des Rohstoffes, des Absatzes führen die Kontrolle umgehend über die Mauern des isolierten Unternehmens hinaus. In einem industriell so hoch entwickelten Lande wie Deutschland genügen allein die Fragen des Exports und Imports, um die Arbeiterkontrolle sogleich bis zu den Staatsaufgaben emporzuheben und den offiziellen Organen des bürgerlichen Staates die zentralen Organe der Arbeiterkontrolle entgegenzustellen. Die ihrem Wesen nach unversöhnlichen Widersprüche des Regimes der Arbeiterkontrolle werden sich in dem Maße der Ausdehnung seines Wirkungsgebietes und seiner Aufgaben unvermeidlich verschärfen müssen, um sich bald als unerträglich zu erweisen. Ein Ausweg aus diesen Widersprüchen kann gefunden werden, entweder in der Machteroberung durch das Proletariat (Russland), oder in der faschistischen Konterrevolution, die die nackte Diktatur des Kapitals errichtet (Italien). Gerade in Deutschland mit seiner starken Sozialdemokratie wird der Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion am wahrscheinlichsten die erste Etappe der revolutionären Einheitsfront der Arbeiter sein, die dem offenen Kampf um die Macht vorangeht.

Darf man jedoch die Parole der Arbeiterkontrolle schon jetzt erheben? Ist die revolutionäre Situation »reif« dafür? Diese Frage ist schwer zu beantworten. Es gibt keinen solchen Meßapparat, der es erlauben würde, auf einmal und fehlerlos die Grade der revolutionären Situation zu bestimmen. Man ist gezwungen, sie durch die Tat, im Kampfe, mit Hilfe der verschiedensten Gradmesser nachzuprüfen. Einer dieser Meßapparate, unter den gegebenen Verhältnissen vielleicht einer der wichtigsten, ist gerade die Parole der Arbeiterkontrolle der Produktion. Die Bedeutung dieser Parole besteht vor allem darin, dass man auf ihrer Basis die Einheitsfront der kommunistischen Arbeiter mit den sozialdemokratischen, parteilosen, christlichen usw. vorbereiten kann. Entscheidend ist das Verhalten der sozialdemokratischen Arbeiter. Die revolutionäre Einheitsfront der Kommunisten mit den Sozialdemokraten - das ist ja die grundlegende poli-

tische Bedingung, die in Deutschland zur unmittelbaren revolutionären Situation fehlt. Das Vorhandensein eines starken Faschismus ist gewiss ein ernstliches Hindernis auf dem Wege zum Siege. Doch kann der Faschismus seine Anziehungskraft nur behalten, weil das Proletariat zersplittert und schwach ist, und weil ihm die Möglichkeit fehlt, das deutsche Volk auf den Weg der siegreichen Revolution zu führen. Die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiterklasse bedeutet an sich bereits den politischen Todesstoß für den Faschismus.

Aus diesem Grunde, nebenbei gesagt, trägt die Politik der KPD-Leitung in der Frage des Volksentscheids einen um so verbrecherischeren Charakter. Der wütendste Feind hätte kein sichereres Mittel ausdenken können, um die sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Kommunistische Partei zu verhetzen und das Fortschreiten der Politik der revolutionären Einheitsfront aufzuhalten.

Jetzt heißt es, diesen Fehler wieder gutzumachen. Die Parole der Arbeiterkontrolle kann dabei außerordentlich helfen. Doch muss man richtig an sie herangehen. Hingeworfen ohne die nötige Vorbereitung, als bürokratischer Befehl, kann sich die Parole der Arbeiterkontrolle nicht nur als ein Blindgänger erweisen, sondern die Partei in den Augen der Arbeitermassen noch stärker kompromittieren und das Vertrauen zu ihr auch bei jenen Arbeitern untergraben, die heute noch für sie stimmen. Bevor man diese äußerst verantwortliche Kampfparole aufstellt, muss man die Situation gut abfühlen und den Boden vorbereiten.

Man muss beginnen von unten, von der Fabrik, von der Werkstatt. Man muss die Fragen an einigen typischen Industrie-, Bank- und Handelsunternehmen überprüfen, sie ihnen anpassen. Man muss besonders krasse Spekulationsfälle zum Ausgangspunkt nehmen, verschleierte Aussperrung, böswillige Verkleinerung der Gewinne zum Zwecke der Lohnkürzung oder böswillige Übertreibung der Herstellungskosten zu dem gleichen Zwecke usw. Im Betrieb, der ein Opfer solcher Machinationen geworden ist, muss man durch die kommunistischen Arbeiter die Stimmung der übrigen Arbeitermasse abtasten, vor allem der sozialdemokratischen Arbeiter: in welchem Maße sie bereit wären, der Forderung entgegenzukommen, das Geschäftsgeheimnis aufzuheben und die Arbeiterkontrolle der Produktion zu errichten. Man muss aus Anlass besonders krasser Einzelfälle mit rein sachlicher Fragestellung beginnen, beharrliche Propaganda führen, und auf diese Weise die Widerstandskraft des sozialdemokratischen Konservatismus ermessen. Dies wäre eines der besten Mittel, um festzustellen, in welchem Maße die revolutionäre Situation »reif« ist.

Die vorherige Abtastung des Bodens setzt voraus eine gleichzeitige theoretische und propagandistische Bearbeitung der Frage durch die Partei, ernstliche und sachliche Instruierung der fortgeschrittenen Arbeiter, in erster Linie der Betriebsratsmitglieder, der hervorragenderen Gewerkschaftsarbeiter usw. Nur der Verlauf dieser Vorbereitungsarbeit, das heißt der Grad ihres Erfolges kann ergeben, in welchem Augenblick die Partei von

der Propaganda zur weiteren Agitation und zu unmittelbaren praktischen Handlungen unter der Parole der Arbeiterkontrolle übergehen kann.

Die Politik der linken Opposition in dieser Frage ergibt sich aus dem Dargelegten klar genug, wenigstens in ihren Grundzügen. Es handelt sich in der ersten Zeit um die *Propaganda* der richtigen prinzipiellen Fragestellung und gleichzeitig um das *Studium* der konkreten Bedingungen des Kampfes um die Arbeiterkontrolle. Die Opposition muss in kleinem Maßstabe und in bescheidenem, ihren Kräften entsprechendem Maße, an die Vorbereitungsarbeit gehen, die oben als die nächste Aufgabe der Partei charakterisiert worden ist. Auf dem Boden dieser Aufgabe muss die Opposition Verbindung mit den Kommunisten suchen, die in Betriebsräten und Gewerkschaften arbeiten, ihnen unsere Ansicht über die Gesamtsituation erklären und bei ihnen lernen, wie unsere richtige Ansicht über die Revolutionsentwicklung den konkreten Verhältnissen der Fabrik und der Werkstatt anzupassen wäre.

P. S. Ich wollte damit schließen, doch da kommt mir in den Sinn, dass die Stalinisten folgenden Einwand machen könnten: Ihr seid bereit, die Parole der Sowjets für Deutschland »abzusetzen«; uns aber habt ihr erbittert kritisiert und gebrandmarkt, weil wir uns seinerzeit geweigert hatten, die Parole der Sowjets in China zu proklamieren. In Wirklichkeit ist ein solcher »Einwand« nur niedriger Sophismus, der auf dem immer gleichen organisatorischen Fetischismus beruht, d. h. auf der Identifizierung des Klassenwesens mit der Organisationsform. Würden die Stalinisten seinerzeit erklärt haben: es bestünden in China Gründe, die die Anwendung der Sowjetform verhindern, und würden sie eine andere Organisationsform der revolutionären Einheitsfront der Massen, eine den chinesischen Verhältnissen angepasstere, empfohlen haben, wir würden selbstverständlich mit aller Aufmerksamkeit einem solchen Vorschlag begegnet sein. Man hat uns aber empfohlen, die Sowjets durch die Kuomintang zu ersetzen, das heißt, durch die Versklavung der Arbeiter an die Kapitalisten. Der Streit ging um den Klasseninhalt einer Organisation und nicht um ihre organisatorische »Technik«. Aber man muss gleich hinzufügen, dass es gerade in China keinerlei subjektive Hindernisse für die Sowjets gegeben hat, berücksichtigt man das Bewusstsein der Massen, nicht aber das der damaligen stalinschen Verbündeten Tschiang Kaischeck und Wan Tin-wei. Die chinesischen Arbeiter besitzen keine sozialdemokratischen, konservativen Traditionen. Der Enthusiasmus für die Sowjetunion war wahrlich ungeteilt. Sogar die heutige Bauernbewegung in China strebt danach, Sowjetformen anzunehmen. Um so allgemeiner war das Streben der Massen nach Sowjets in den Jahren 1925–1927.

20. August 1931

(Leo Trotzki, *Gegen den Nationalkommunismus, Lehren des »Roten Volksentscheids«*, Energiadruck, Berlin 1931, S. 27–36.)

Leo Trotzki

Gegen die Widersacher der Losung »Arbeiterkontrolle der Produktion« (Neuer Brief an die Well-Gruppe)

Kadiköy, 12. September 1931

Werte Genossen! Sie widersprechen der Losung der Arbeiterkontrolle über die Produktion im Allgemeinen und im Besonderen dem Versuch ihrer Verwirklichung durch die Betriebsräte. Ihr Hauptargument besteht in der „Feststellung“, dass die „gesetzlichen“ Betriebsräte in Deutschland dazu nicht fähig seien.

Ich habe in meinem Artikel nirgends von „gesetzlichen“ Betriebsräten gesprochen. Nicht nur das: ich habe ganz eindeutig darauf hingewiesen, dass die Betriebsräte zu Organen der Arbeiterkontrolle nur dann werden können, wenn der Druck der Arbeitermassen ausreicht, um eine Doppelherrschaft im Betrieb und im Lande teils vorzubereiten, teils aufzurichten. Es ist klar, dass dies im Rahmen des herrschenden Gesetzes über die Betriebsräte ebensowenig vor sich gehen kann wie die Revolution im Rahmen der Weimarer Verfassung.

Nur Anarchisten können daraus aber die Schlussfolgerung ziehen, dass man weder die Weimarer Verfassung, noch das Betriebsrätegesetz ausnützen dürfe. Ausnützen muss man sowohl das eine wie das andere. Aber auf revolutionäre Weise. Die Betriebsräte sind nicht das, wozu das Gesetz sie macht, sondern das, was die Arbeiter aus ihnen machen. Auf einer bestimmten Stufe „verschieben“ die Arbeiter den Rahmen des Gesetzes oder sie sprengen ihn oder gehen einfach über ihn hinweg. Darin besteht eben der Übergang zu einer revolutionären Situation. Dieser Übergang liegt noch vor uns, nicht aber hinter uns. Man muss ihn vorbereiten.

Dass in den Betriebsräten nicht selten Karrieristen, Faschisten, sozialdemokratische Bonzen usw. sitzen, spricht nicht gegen die Ausnutzung der Betriebsräte, sondern beweist nur die Schwäche der revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Solange die Arbeiter solche Betriebsräte dulden, werden sie keine Revolution machen. Abseits von den Arbeitern kann die Partei nicht stärker werden. Der Hauptschauplatz der Tätigkeit der Arbeiter ist aber der Betrieb.

Aber in Deutschland gibt es doch Millionen Arbeitslose!, antworten Sie. – Das übersehe ich nicht. Doch was folgt daraus? Ganz und gar auf die beschäftigten Arbeiter verzichten und alle Hoffnungen nur auf die erwerbslosen Arbeiter übertragen? Das wäre eine rein anarchistische Taktik. Natürlich bilden die Arbeitslosen, besonders in Deutschland, einen gewaltigen revolutionären Faktor. Aber nicht als selbständige proletarische Armee, sondern nur als „linker Flügel“ einer solchen. Den Hauptkern der Arbeiter hat man dennoch in den Betrieben zu suchen. Also bleibt die Frage der Betriebsräte in ihrer ganzen Schärfe bestehen.

Weiter. Auch für die Arbeitslosen ist es ganz und gar nicht gleichgültig, was in den Unternehmungen und überhaupt im Produktionsprozess vor sich geht. Zur Kon-

trolle über die Produktion sind unbedingt auch die Arbeitslosen heranzuziehen. Die organisatorischen Formen hierfür wird man finden, sie werden sich aus der Praxis selbst ergeben. Natürlich wird alles das nicht im Rahmen des gegenwärtig bestehenden Gesetzes vor sich gehen. Man muss aber Formen finden, die geeignet sind, sowohl die Beschäftigten wie die Arbeitslosen zu umfassen, und sich nicht zur Rechtfertigung der eigenen Schwäche und Passivität einfach auf das Vorhandensein der Arbeitslosen berufen.

Sie sagen, die Brandlerianer seien auch für die Arbeiterkontrolle durch die Betriebsräte. – Ich habe leider aus Zeitmangel seit langem aufgehört, die Literatur der Brandlerianer zu verfolgen, und weiß daher nicht, wie sie die Frage stellen. Es ist höchst wahrscheinlich, dass die Brandlerianer auch hier den Geist des Opportunismus und der Borniertheit nicht loswerden. Aber kann etwa die Position der Brandlerianer für uns entscheidende Bedeutung haben, sei es auch nur im negativen Sinn? Die Brandlerianer haben auf dem Dritten Weltkongress der Kommunistischen Internationale etwas gelernt. Sie versuchen, die bolschewistischen Methoden des Kampfes um die Massen mit opportunistischen Entstellungen anzuwenden oder zu propagieren. Müssen wir wirklich deshalb auf diese Methoden selbst verzichten?

Wenn ich Ihren Brief richtig verstehe, sind Sie auch Gegner der Arbeit in den Gewerkschaften und der Teilnahme am Parlament. Aber dann sind wir durch einen Abgrund voneinander getrennt. Ich bin Marxist, aber kein Bakuninist. Ich stehe auf dem Boden der Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft, um in ihr selbst die Kräfte und die Hebel zu ihrem Sturz zu finden.

· Sie stellen den Betriebsräten, den Gewerkschaften, dem Parlamentarismus das – Räte-System entgegen. Dazu gibt es im Deutschen einen schönen Vers: „Schön ist ein Zylinderhut, wenn man ihn besitzen tut.“ Sie haben nicht nur keine Räte, sondern nicht einmal eine Brücke zu ihnen, keine Straße zu dieser Brücke, keinen Fußweg zu dieser Straße. Pfemferts „Aktion“ verwandelte die Sowjets (Räte) in einen Fetisch, in ein übersoziales Gespenst, in einen religiösen Mythos. Jede Mythologie dient den Menschen dazu, ihre eigene Schwäche zu verdecken oder mindestens, sich mit ihr zu trösten . . . „Weil wir auf den Tod ohnmächtig sind, weil wir in den Betrieben nichts machen können, so . . . so steigen wir zum Lohn dafür auf einmal in eine solche Höhe, dass zu unserer Hilfe die Räte vom Himmel fallen.“ – Da haben Sie die ganze Philosophie der deutschen Ultra-Linken.

Nein, mit dieser Politik habe ich nichts gemein. Unsere Meinungsverschiedenheiten betreffen ganz und gar nicht das deutsche „Betriebsrätegesetz“, sondern die marxistischen Gesetze der proletarischen Revolution.

Ernest Mandel

ARBEITERKONTROLLE

Die Arbeiterkontrolle ist eine Übergangsforderung, ein mustergültiges Beispiel antikapitalistischer Strukturreform. Sie geht von unmittelbaren Hauptforderungen breiter Massen aus und führt zu Auseinandersetzungen, die in der Praxis das kapitalistische System und den kapitalistischen Staat in Frage stellen. Denn Arbeiterkontrolle ist eine Forderung, die der Kapitalismus weder verdauen noch integrieren kann: wie die Tagesforderungen der letzten 60 Jahre (Lohnerhöhung, 8-Stunden-Tag, gesetzliche Sozialversicherung und bezahlter Urlaub).

Greifen wir eine der Behauptungen heraus, wie wir sie von sektiererischen Vertretern der »reinen Lehre« zu hören bekommen: „Wenn Ihr antikapitalistische Strukturreformen fordert“, sagen sie, „dann seid Ihr Reformisten, denn Eure Formulierung enthält das Wort Reform“. Diese Behauptung ist kindisch. Sie ist auch unredlich von seiten jener, die sich dem Kampf um Reformen nicht systematisch widersetzen. Man könnte dies allenfalls noch von gewissen Anarchisten verstehen, die den Kampf um Lohnforderungen verwerfen. Sie haben zwar unrecht, aber sie sind meistens in sich logisch.

Aber was soll man zu jenen Leuten sagen, die zwar jeden Kampf um Lohnerhöhung, um Arbeitszeitverkürzung, Herabsetzung des Pensionsalters, zusätzliches Urlaubsgeld, kostenlose medizinische Betreuung und kostenlose Heilmittel bejahen, gleichzeitig jedoch den Kampf um antikapitalistische Strukturreformen ablehnen?

Sie legen sich selbst keine Rechenschaft darüber ab, dass sie zwar auch um Reformen kämpfen, aber dass der Unterschied zwischen ihnen und uns darin besteht, dass sie nur für solche Reformen kämpfen, die der Kapitalismus - wie mehrfach erwiesen - verwirklichen und in sein System integrieren kann, die jedoch *das System als solches nicht erschüttern*.

Das besondere an der Forderung nach antikapitalistischer Strukturreform ist die Tatsache, dass sie innerhalb eines normal funktionierenden kapitalistischen Systems nicht zu verwirklichen ist, dass sie dieses System sprengt, eine Situation der Doppelherrschaft herbeiführt und sehr rasch zu einer revolutionären Kraftprobe führt. Das mindeste, was man über Lohnerhöhungen sagen kann - so wichtig sie auch für die Hebung der Kampfbereitschaft und des Bewusstseins der Arbeiter sein mögen - ist, dass sie diese Logik nicht haben.

Tatsächlich beruht die ganze Argumentation unserer »reinen« Gegner auf einer kindischen Verwirrung. Denn nicht jeder, der für Reformen kämpft, ist Reformist, sonst wäre Lenin der erste in der Reihe, denn er hat den Kampf um die Verteidigung unmittelbarer Arbeiterinteressen niemals verworfen. Derjenige ist Reformist, der glaubt, dass der Kampf um Reformen genüge, um den Kapitalismus schrittweise zu überwinden, ohne die Macht der Bourgeoisie zu stürzen.

Aber die Verfechter des Programms antikapitalistischer Strukturreformen haben diese Illusion keineswegs. Sie glauben weder an die allmähliche Erreichung des Sozialismus noch an die Machteroberung durch Wahlen oder über das Parlament. Sie sind überzeugt, dass für den Sturz des Kapitalismus ein globaler Zusammenstoß auf außerparlamentarischer Ebene zwischen den im Kampf befindlichen Arbeitern und dem bürgerlichen Staat unausweichlich ist. Das Programm der antikapitalistischen Strukturreformen hat genau das Ziel, die Arbeiter zu Kämpfen anzuleiten, die zu diesem Zusammenstoß führen. Unsere »reinen« Kritiker begnügen sich im Allgemeinen mit Kämpfen um unmittelbare Tagesforderungen, während sie gleichzeitig eine abstrakte Propaganda für die Revolution machen, ohne sich jemals die Frage zu stellen, wie diese praktisch in Gang kommt.

Nach dem Generalstreik vom Dezember/Januar 1960/61 in Belgien liefert uns der Generalstreik vom Mai 1968 eine ausgezeichnete Illustration der entscheidenden Bedeutung dieses Problems.

Zehn Millionen Arbeiter standen im Streik. Sie besetzten ihre Betriebe. Waren sie ursprünglich beseelt von dem Wunsch, die im Verlauf des zehnjährigen Bestehens des gaullistischen Systems angehäuften sozialen Ungerechtigkeiten zu beseitigen, so gingen sie in der Folge weit über bloße Lohnforderungen hinaus. Die Zurückweisung der ersten »Vereinbarungen von Grenelles«, die ihnen immerhin eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 14% angeboten hatten, spiegelt klar den Willen wider, weiter zu gehen.

Aber wenn die Arbeiter auch nicht bereit waren, sich mit der Erfüllung von Tagesforderungen zufrieden zu geben, so hatten sie andererseits keine genauen Vorstellungen darüber, was sie eigentlich wollten. Sie wussten nicht, wie sie diesen Kampf in Angriff nehmen sollten.

Wären sie in den vorangegangenen Monaten und Jahren im Geiste der Arbeiterkontrolle erzogen worden, hätten sie gewusst, was zu tun ist: in jedem Unternehmen ein Komitee zu wählen, das daran geht, Einsicht in die Bücher zu nehmen, selbst die Gestehungskosten zu kalkulieren und die Profitrate festzustellen; ein Einspruchsrecht bei Einstellung und Entlassung sowie bei jeglicher Änderung der Arbeitsorganisation; Ablösung des vom Unternehmer eingesetzten Abteilungsleiters oder Werkmeisters durch Arbeitskollegen (oder durch Mitglieder der Abteilung, die sich turnusmäßig in der Verantwortung ablösen).

Ein solches Komitee wäre sofort auf allen Ebenen mit der Autorität der Unternehmensleitung zusammengestoßen. Die Arbeiter wären gezwungen gewesen, rasch von der Arbeiterkontrolle zur Arbeiterselbstverwaltung überzugehen. Aber diese Übergangszeit hätte genutzt werden müssen, um die Willkür, die Ungerechtigkeit, den Betrug und die Verschwendung der Unternehmer vor der

ganzen Nation anzuprangern, lokale, regionale und nationale Kongresse und Streikkomitees sowie Komitees der Arbeiterkontrolle zu bilden, um den im Kampf befindlichen Arbeitern die unerlässlichen Instrumente der Organisation und der Selbstverteidigung zu liefern, die sie instand gesetzt hätten, dem kapitalistischen Staat und der kapitalistischen Klasse als Ganzes gegenüberzutreten.

Das Beispiel vom Mai 68 zeigt einen der hauptsächlichen Gründe, warum die Forderung nach Arbeiterkontrolle zwingend einen entscheidenden Platz in der ganzen sozialistischen Strategie einnimmt, die darauf abzielt, den Kapitalismus in einem industriell entwickelten Land zu stürzen. Sie ist das Sprungbrett vom umfassenden Kampf der Arbeiterklasse gegen die Unternehmer (Generalstreik und Besetzung der Betriebe) zum Kampf um die Macht.

Wenn das eine aus dem anderen hervorgehen soll, so müssen es die Arbeiter nicht als etwas Abstraktes, durch revolutionäre Propagandatrüpps künstlich in ihre Kämpfe Hineingetragenes annehmen, *sondern es muss sich als eine Notwendigkeit ihres Kampfes entwickeln*. Die Forderung nach Arbeiterkontrolle (die die kapitalistische Macht auf allen Ebenen in Frage stellt und die dahin tendiert, erst in den Betrieben, dann im ganzen Land eine sich entwickelnde Arbeitermacht hervorzubringen, die sich der Macht des Kapitals entgegenstellt) ist die beste Brücke zwischen den unmittelbaren Tageskämpfen und dem Kampf um die Macht. Es gibt noch andere Gründe, die diese Forderung in der gegenwärtigen Etappe des Kapitalismus und des antikapitalistischen Kampfes der Arbeiter so bedeutsam machen. Die kapitalistische Konzentration, die wachsende Verflechtung zwischen den Monopolen und dem bürgerlichen Staat, diese Rolle, die der Staat in den imperialistischen Ländern als Garant der Monopolprofite in zunehmendem Maße spielt; die wachsende Tendenz zur Organisierung und »Programmierung« der neokapitalistischen Wirtschaft – all diese wesentlichen Züge der heutigen Wirtschaft verlegen den Schwerpunkt des Klassenkampfes von der Fabrik in den Bereich der Gesamtwirtschaft.

In der »dirigistischen«, kapitalistischen Wirtschaft hängt alles eng zusammen. Eine Lohnerhöhung wird durch Preissteigerungen, Steuererhöhungen oder ähnliche Mittel annulliert (z. B. Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung oder Herabsetzung der Leistungen). Der regionale Beschäftigungsgrad wird durch kapitalistische Rationalisierung oder durch Investitionen in anderen Gebieten über den Haufen geworfen. Die Unternehmer bemühen sich, eine »Einkommenspolitik« durchzusetzen, die die Löhne an die Produktivität bindet, die jedoch zugleich den Arbeitern die Mittel verweigert, diese zu bestimmen, indem sie die Ursachen kennen.

Wenn die Gewerkschaften sich damit zufrieden geben, immer wieder um die Anpassung oder Erhöhung der Löhne zu kämpfen, werden sie mit Sicherheit übervorteilt. Die Logik des nationalen (und internationalen) Klassenkampfes bringt sie dazu, den Zusammenhang zwi-

schen Preisen und Löhnen, Löhnen und Geld, Lohnerhöhung und Produktivitätssteigerung festzustellen, den ihnen die Unternehmer und die von ihnen bezahlten Regierungen als »unvermeidlich« aufzwingen wollen. Aber diese Auseinandersetzungen können nur wirksam, d. h. in Kenntnis der Ursachen, geführt werden, wenn die Bücher offengelegt werden, wenn das Bankgeheimnis gelüftet wird und die Arbeiter eines Tages den ganz geheimen Mechanismus des Profits und der kapitalistischen Ausbeutung enthüllen.

Es versteht sich, dass so gesehen die Arbeiterkontrolle von den gewählten Delegierten und vor der ganzen Nation ausgeübt wird und nicht von Gewerkschaftsführern, die sich mit einigen Unternehmern hinter verschlossenen Türen treffen. Wir kommen darauf nochmals zurück, denn diese Unterscheidung ist von außerordentlicher Wichtigkeit.

Wir leben in einer Epoche sich immer rascher vollziehender technischer Umwälzungen: in der dritten Industriellen Revolution. Im Verlaufe dieser Umwälzung werden ganze Industriebranchen, werden Arbeitsplätze und Berufe innerhalb weniger Jahre liquidiert. Unaufhörlich sind die Unternehmer bestrebt, die Arbeit des Menschen immer teureren, immer komplizierteren Maschinen unterzuordnen.

Während die Handarbeit allmählich aus den Betrieben verschwindet, steigt die Zahl der direkt im Produktionsprozess tätigen *Techniker*. Das Niveau der Qualifikation und der Bildung der Arbeiter steigt rasch an. Das sich immer klarer abzeichnende Streben nach Allgemeinbildung bis zum 17. oder 18. Lebensjahr ist dafür ein deutliches Indiz. Je mehr der Bildungsgrad der Arbeiter wächst, desto kampfbereiter werden sie und um so weniger nehmen sie es hin, dass Verwalter, Direktoren und »Chefs«, die oft weniger von der Produktion und von den Maschinen verstehen als sie, ihnen diktieren, was sie, wie sie und unter welchen Bedingungen sie zu produzieren haben. Die hierarchische Struktur der Unternehmen lastet um so schwerer auf den Arbeitern, als der Abstand der technischen Kenntnisse zwischen Arbeitern und Unternehmern immer geringer wird, ja mitunter nur durch ein künstliches Informationsmonopol über das Funktionieren des gesamten Unternehmens, das der Unternehmer hartnäckig für sich reserviert, aufrechterhalten wird.

Tatsächlich weisen die Statistiken über die Streikursachen in Großbritannien und Italien aus, dass die Arbeitskonflikte immer weniger reine Lohnforderungen, dagegen immer mehr Fragen der Arbeitsorganisation und des Arbeitsprozesses betreffen. Belgien hinkt in dieser Frage noch etwas hinterher; doch das wird nicht mehr lange dauern. Die Forderung nach Arbeiterkontrolle, die einem sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben ergebenden Bedürfnis entspricht, schließt das Recht der Einsichtnahme in die Bücher und das unmittelbare Veto der Arbeiter in einigen Bereichen des Unternehmens ein, weist aber zugleich jede Verantwortung zurück, solange das kapitalistische Eigentum und der kapitalistische Staat

bestehen. Die Struktur der Unternehmen entspricht nicht mehr den Erfordernissen der Wirtschaft und den Bestrebungen der Arbeiter.

In diesem Sinne ist diese Forderung zutiefst antikapitalistisch. Denn der Kapitalismus ist letztlich nicht charakterisiert durch niedrige Löhne oder durch eine große Zahl von Arbeitslosen (wenn auch die immer wiederkehrenden Rezessionen unvermeidlich und bedeutend sind). Er ist dadurch charakterisiert, dass das Kapital und die Kapitalisten die Menschen und die Maschinen kommandieren. Nur wer ihnen dieses Kommandorecht streitig macht, ihnen eine Macht von anderer Art entgegenstellt, beginnt tatsächlich den Sturz des kapitalistischen Regimes einzuleiten.

(Artikelserie in: *Was tun*, Jahrgang II, Nr. 6, Mannheim 1969.)

Leo Trotzki

VERSTAATLICHTE INDUSTRIE UND ARBEITERKONTROLLE

Vorbemerkung:

Als die mexikanische Cardenas-Regierung 1938 die Ölindustrie der anglo-amerikanischen Imperialisten enteignete, schrieben solche Zeitungen wie die New-Yorker "Daily News" dies dem in Mexiko im Exil befindlichen Leo Trotzki zu. Das entsprach natürlich nicht der Wahrheit.

Trotzki hatte ein von ihm genauestens eingehaltenes Abkommen getroffen, dass er als Entgelt für das Asyl nicht in die mexikanische Politik eingreifen würde. Infolgedessen war er gezwungen, seine Stellungnahme zu der Enteignung ganz allgemein zu halten. Er unterstützte diese Maßnahme und erklärte seine Auffassungen in einem Artikel vom 5. Juni 1938, der im "Socialist Appeal", dem späteren *Militant*, veröffentlicht wurde. Es war nicht bekannt, dass Trotzki ausführlicher über einen anderen Aspekt der Enteignung geschrieben hatte, dass nämlich die mexikanische Regierung die Ölindustrie unter die Verwaltung der Arbeiter gestellt hatte.

Im April 1946 wurde Natalia Trotzki vom früheren Sekretär Trotzkis, von Joseph Hansen, aufgesucht. Dort traf er auch verschiedene Freunde Trotzkis. Darunter befand sich einer, der eine Untersuchung der Enteignung gemacht hatte. Dieser Freund teilte mit, dass er sich mit Trotzki einen ganzen Nachmittag über die Einmaligkeit einer Arbeiterverwaltung einer enteigneten Industrie in einem kapitalistischen Lande unterhalten habe.

Trotzki versprach, über diese Frage noch gründlicher nachzudenken. Drei Tage später rief Trotzkis französischer Sekretär an und teilte mit, dass Trotzki einen kurzen Artikel geschrieben habe.

Dieser bemerkenswerte Artikel ist nirgendwo bisher gedruckt worden. Genosse Hansen untersuchte das Manu-

skript. Mit der Schreibmaschine auf französisch geschrieben, ohne Datum und Unterschrift, schienen jedoch die Einfügungen und stilistischen Verbesserungen (mit Tinte) in Trotzkis Handschrift zu sein. Der Stil und vor allem die analytische Methode und die revolutionären Schlussfolgerungen waren zweifellos die Trotzkis. Genosse Hansen ließ sofort eine Kopie mit der Schreibmaschine anfertigen und brachte sie Natalia. Sie war ebenfalls von der Echtheit des Artikels überzeugt. Das wahrscheinliche Entstehungsdatum kann auf Mai oder Juni 1938 festgelegt werden.

(Einleitung zur einzigen bisher erschienenen Ausgabe dieses Artikels in *Writings of Leon Trotsky [1938-39]*, New York [Pathfinder], 1969)

In den industriell rückständigen Ländern spielt das ausländische Kapital eine entscheidende Rolle. Von da rührt die relative Schwäche der nationalen Bourgeoisie im Verhältnis zum nationalen Proletariat. Für die Staatsmacht ergeben sich daraus besondere Bedingungen. Die Regierung schwankt zwischen ausländischem und einheimischem Kapital, zwischen der schwachen nationalen Bourgeoisie und dem relativ mächtigen Proletariat. Dies gibt der Regierung einen bonapartistischen Charakter besonderer Art. Sie erhebt sich sozusagen über die Klassen. Sie kann entweder regieren, indem sie sich zum Instrument des Auslandskapitalismus macht und das Proletariat in den Ketten einer Polizeidiktatur hält, oder sie kann mit dem Proletariat manövrieren und sogar so weit gehen, ihm Konzessionen einzuräumen und damit die Möglichkeit gewinnen, eine gewisse Freiheit gegenüber den ausländischen Kapitalisten zu erringen. Die gegenwärtige Politik [der mexikanischen Regierung – d. Übersetzer] schlägt die zweite Linie ein; ihre größten Erfolge waren die Enteignungen der Eisenbahnen und der Ölindustrie.

Diese Maßnahmen bewegen sich völlig im Rahmen des Staatskapitalismus. Indessen steht ein Staatskapitalismus in einem halbkolonialen Lande unter starken Druck privaten Auslandskapitals und seiner Regierungen, und kann sich ohne aktive Unterstützung der Arbeiter nicht halten. Deshalb versucht die Regierung, ohne die wirkliche Macht ihren Händen entgleiten zu lassen, den Arbeiterorganisationen einen beträchtlichen Teil der Verantwortung für die Produktionsentwicklung in den verstaatlichten Industriezweigen aufzubürden.

Wie sollte die Politik der Arbeiterpartei in diesem Falle aussehen? Es wäre natürlich ein verhängnisvoller Irrtum, ein ausgesprochener Betrug, zu behaupten, dass der Weg zum Sozialismus nicht über die proletarische Revolution, sondern über die Nationalisierung von verschiedenen Industriezweigen durch den bürgerlichen Staat und ihre Überführung in die Hände von Arbeiterorganisationen führe. Aber darum handelt es sich nicht. Die bürgerliche Regierung hat selber die Nationalisierung durchgeführt und ist gezwungen gewesen, die Ar-

beiter zu einer Beteiligung an der Verwaltung der verstaatlichten Industrie aufzufordern. Man kann natürlich der Frage ausweichen, indem man folgende Tatsache anführt: Solange das Proletariat nicht die Macht ergreift kann die Teilnahme der Gewerkschaften an der Verwaltung von Betrieben des Staatskapitalismus keine sozialistischen Ergebnisse zeitigen. Jedoch würde eine solche negative Politik seitens des revolutionären Flügels von den Massen nicht verstanden werden und die opportunistischen Positionen stärken. Für Marxisten handelt es sich nicht darum, den Sozialismus mit den Händen der Bourgeoisie aufzubauen, sondern Situationen auszunutzen, die sich innerhalb des Staatskapitalismus anbieten, und die revolutionäre Bewegung der Arbeiter zu fördern.

Eine Beteiligung in bürgerlichen Parlamenten kann keine bedeutsamen positiven Ergebnisse mehr bringen; unter gewissen Umständen kann sie sogar zur Demoralisierung der Arbeiterabgeordneten führen. Dies ist jedoch für Revolutionäre kein Argument für einen Antiparlamentarismus.

Es wäre ungenau, die Politik einer Arbeiterbeteiligung bei der Verwaltung einer verstaatlichten Industrie mit der Beteiligung von Sozialisten in einer bürgerlichen Regierung (die wir mit "Ministerialismus" bezeichnet haben), gleichzusetzen. Alle Mitglieder der Regierung sind durch Bande der Solidarität miteinander verbunden. Eine in der Regierung vertretene Partei ist vollständig für die Politik der Regierung als Ganze verantwortlich. Eine Teilnahme an der Verwaltung eines bestimmten Industriezweigs gibt weitestgehende Gelegenheit zur politischen Opposition. Sollten die Arbeitervertreter in der Verwaltung in der Minderheit sein, so haben sie jede Möglichkeit, ihre Vorschläge, die von der Mehrheit abgelehnt wurden, darzulegen und zu veröffentlichen, sie den Arbeitern bekanntzumachen, usw.

Die Teilnahme von Gewerkschaften bei der Verwaltung der verstaatlichten Industrie kann mit der Teilnahme von Sozialisten in den "Gemeinderäten" verglichen werden, wo die Sozialisten manchmal eine Mehrheit erringen und gezwungen sind, eine bedeutende Gemeindegewirtschaft zu leiten, während die Bourgeoisie noch die Macht im Staate hat und die bürgerlichen Eigentumsgesetze weiter gelten. Reformisten in den Gemeindeparlamenten passen sich passiv dem bürgerlichen Regime an. Revolutionäre an dieser Stelle machen alles für die Arbeiterinteressen, und zeigen ihnen gleichzeitig bei jedem Schritt, dass Gemeindepolitik ohne Eroberung der Staatsmacht machtlos ist.

Sicherlich besteht der Unterschied darin, dass auf dem Felde der Gemeindepolitik die Arbeiter über demokratische Wahlen bestimmte Positionen errungen haben, während im Falle einer verstaatlichten Industrie die Regierung selber sie dazu auffordert, bestimmte Positionen zu übernehmen. Aber dieser Unterschied hat einen rein formalen Charakter. In beiden Fällen ist die Bourgeoisie gezwungen, den Arbeitern gewisse Wirkungskreise zu überlassen. Die Arbeiter nutzen diese in "ih-

rem eigenen" Interesse.

Es wäre leichtsinnig, die Augen vor den Gefahren zu verschließen, die sich aus einer Situation ergeben, in der die Gewerkschaften in der verstaatlichten Industrie eine führende Rolle spielen. Die Gefahr beruht auf den Verbindungen zwischen den führenden Gewerkschaftsvertretern mit dem staatskapitalistischen Apparat, in der Verwandlung von Amtsträgern des Proletariats in Geiseln des bürgerlichen Staates. Aber so groß diese Gefahr auch sein mag – sie ist nur Teil einer allgemeinen Gefahr, genauer gesagt, einer allgemeinen Krankheit, nämlich der bürgerlichen Degeneration der Gewerkschaftsapparate in der imperialistischen Epoche – nicht nur in den alten Industriestaaten, sondern auch in den Kolonialländern. Die Gewerkschaftsführer sind in ihrer überwältigenden Mehrheit *politische* Agenten der Bourgeoisie und ihres Staates. In einer verstaatlichten Industrie können sie direkte *administrative* Agenten werden und sind bereits auf dem Wege dorthin. Dagegen gibt es keinen anderen Weg als der Kampf für die Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung im allgemeinen, und im besonderen durch die Bildung von festen revolutionären Kernen innerhalb der Gewerkschaften, die imstande sind, bei gleichzeitiger Bewahrung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, für eine Klassenpolitik und für eine revolutionäre Zusammensetzung der Leitungsgremien zu kämpfen.

Eine andere Gefahr besteht darin, dass die Banken und andere kapitalistische Unternehmen, von denen ein bestimmter Zweig der verstaatlichten Industrie ökonomisch abhängig ist, bestimmte Sabotagemethoden benutzen können und werden, um der Arbeiterverwaltung Hindernisse in den Weg zu legen, sie zu diskreditieren und sie ins Verderben zu stürzen. Die reformistischen Führer werden versuchen, diese Gefahr abzuwenden, indem sie den Forderungen ihrer kapitalistischen Auftraggeber, vor allem der Banken, gehorsam nachkommen.

Die revolutionären Führer werden umgekehrt die Folgerungen aus der Sabotage der Banken ziehen, dass man die Banken enteignen und eine "einzige Nationalbank" für eine Gesamtbuchführung der Wirtschaft schaffen muss. Diese Frage muss natürlich unlösbar mit der Frage der "Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse" verknüpft werden.

Ganz unvermeidlich werden die verschiedenen nationalen und ausländischen kapitalistischen Unternehmen mit den Staatsbehörden gemeinsam eine Verschwörung anzetteln, um der Arbeiterverwaltung in der verstaatlichten Industrie Hindernisse in den Weg zu legen. Dagegen müssen die Arbeiterorganisationen, die sich in der Verwaltung der verschiedenen Zweige der verstaatlichten Industrie befinden, sich zusammenschließen, um ihre Erfahrungen auszutauschen, müssen einander wirtschaftlich unterstützen, müssen mit vereinten Kräften auf die Regierung, auf die Kreditbedingungen usw. einwirken. Natürlich muss ein solches Zentralbüro der Arbeiterselbstverwaltung von verstaatlichten Industriezweigen in engstem Kontakt mit den Gewerkschaften sein.

Zusammengefasst kann man sagen, dass dieses neue Arbeitsfeld die größten Chancen und die größten Gefahren einschließt. Die Gefahren bestehen darin, dass der Staatskapitalismus durch Vermittlung kontrollierter Gewerkschaften die Arbeiter beherrschen, sie grausam ausbeuten und ihren Widerstand lähmen kann. Die revolutionären Möglichkeiten bestehen darin, dass die Arbeiter sich auf ihre Positionen in außerordentlich wichtigen Industriezweigen stützen und damit den Angriff gegen alle Kräfte des Kapitals und gegen den bürgerlichen Staat führen können. Welche dieser Möglichkeiten wird die Oberhand gewinnen? Das ist natürlich unmöglich vorauszusagen. Das hängt völlig von dem Kampf der verschiedenen Tendenzen innerhalb der Arbeiter-

klasse ab, von der Erfahrung der Arbeiter selber, von der Weltrevolution. In jedem Falle ist für die Anwendung dieser neuen Form der Aktivität im Interesse der Arbeiterklasse, und nicht der Arbeiteraristokratie und -bürokratie nur eine Bedingung nötig: dass eine revolutionär-marxistische Arbeiterpartei besteht, die sorgfältig jede Form der Arbeiterklassenaktivität untersucht, jede Abweichung kritisiert, die Arbeiter erzieht und organisiert, Einfluss in den Gewerkschaften gewinnt und eine Vertretung der revolutionären Arbeiter in der verstaatlichten Industrie sichert.

Übersetzung aus dem Englischen: Rudi Segall

die internationale *theorie*

Bisher erschienen:

- Heft 1 Faschismus 1 - Theorien über den Faschismus
Heft 2 Mai '68 in Frankreich
Heft 3 Ernest Mandel: Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie
Heft 4 Hans Jürgen Schulz: Zusammenbruch der DDR
Heft 5 Ernest Mandel: Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewußtseins
Heft 6 Das Patriachat zum Tanzen bringen
Heft 7 Faschismus heute
Heft 8 Faschismus 2 - Theorien über den Faschismus
Heft 9 Europa und das Ende des 2. Weltkrieges
Heft 10 Ernest Mandel: Die Stellung des Marxismus in der Geschichte
Heft 11 Freies Kurdistan
Heft 12 Israel - Palästina
Heft 13 Eigentum verpflichtet - zu nichts
Heft 14 Mexiko: Aufstand der Zapatistas
Heft 15 Sozialismus oder ? - Manifest der Vierten Internationale
Heft 16 Harte Zeiten erfordern starke Gewerkschaften
Heft 17 Der Mythos der Globalisierung
Heft 18 Che Guevara
Heft 19 Im Herzen der Bestie - Zur Theorie und Praxis der Stadtguerilla.
Teil 1 - Modell Deutschland
Heft 20 Im Herzen der Bestie - Zur Theorie und Praxis der Stadtguerilla.
Teil 2 - Brigade Rosse in Italien
Heft 21 Intelligenz und Klassenkampf
Heft 22 1968 - Die unvollendete Revolte
Heft 23 Helmut Dahmer: Stalinismus
Heft 24 Wer hat die Macht in Euroland ? Die EU - ein antidemokratisches Projekt
Heft 25 Bernhard Brosius: Strukturen der Geschichte
- Eine Einführung in den historischen Materialismus (8,- DM)
Heft 26 Arbeiterkontrolle der Produktion

Redaktion: Gerlef Gleiss (verantw.), Axel Senkrecht, Harry Tuttle, Andy Byte

Bestellungen: Gerlef Gleiss, Steinwegspassage 6, 20355 Hamburg.

Je Exemplar 5,- DM plus 3,- DM Porto, bei Sammelbestellungen ab 5 Exemplaren je 4,- DM.

Überweisung auf das Konto:

Gerlef Gleiss, Kto.-Nr.: 250 183 202, Postbank Hamburg, BLZ: 200 100 12;

Vermerk: Internationale Theorie

Herausgeber:

Revolutionär-Sozialistischer Bund / IV. Internationale
(RSB)

Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim

Tel./Fax: 0621 - 1 56 40 46

e-Mail: info@rsb4.de

Internet: www.rsb4.de